

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Parteibindung und Parteiaffinität im Vergleich

Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen

Sabine Pokorny

- › Mit der klassischen Parteibindung wird die Bindung an eine einzige Partei gemessen. Die Welt ist jedoch komplexer. Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Partiaffinität eine neue Messmethode eingeführt, die auch Mehrfachsympathien erfasst.
- › Positive und negative Mehrfachaffinitäten sind weit verbreitet: Zwei Drittel der Wahlberechtigten mögen mehr als eine Partei sehr oder etwas. 87 Prozent lehnen mehr als eine Partei sehr oder etwas ab.
- › Mit der klassischen Parteibindung ist es nicht möglich, negative Haltungen zu Parteien zu messen. Die Bedeutung negativer Partiaffinität im polarisierten und fragmentierten Parteiensystem wird deshalb bisher unterschätzt. Die neue Messmethode zeigt jedoch, wie wichtig negative Partiaffinitäten sind.
- › Anhand der Partiaffinitäten können fünf Typen gebildet werden: die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger, Mitte-links, Konservativ-Liberale, linke Gleichgültige und AfD-Affine.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Komplexere Beziehungen zwischen Parteien und Wahlberechtigten	5
Die Studien	6
Die klassische Parteibindung	7
Langzeitentwicklung der klassischen Parteibindung	8
Die klassische Parteibindung vor und nach der Bundestagswahl 2025.....	10
Parteibindung und Wahlabsicht	21
Parteiaffinitäten	23
Parteiaffinität im Zeitvergleich.....	25
Mehrfachaffinitäten	30
Das Verhältnis von Parteibindung und Parteiaffinität	38
Positive Parteiaffinität.....	38
Negative Parteiaffinität.....	40
Aspekte einer positiven Parteiaffinität	42
Einfluss von positiver und negativer Parteiaffinität auf politische Einstellungen	47
Parteiaffinitätstypen.....	47
Parteibindung und Wahlverhalten der Parteiaffinitätstypen.....	53
Politische Einstellungen der Parteiaffinitätstypen	56
Parteibindung und Parteiaffinität nach Alter und Geschlecht	60
Die klassische Parteibindung nach Alter und Geschlecht	61
Parteiaffinität nach Alter und Geschlecht	64
Fazit	75
Glossar	77
Literatur	78
Impressum	82

Zusammenfassung

Die klassische Parteibindung ist ein lange etabliertes Konzept der Wahlforschung, mit dem sich ein großer Teil der Wahlabsicht erklären lässt. Entwickelt wurde das Konzept in den USA für das dortige Zweiparteiensystem. In den 1960er Jahren wurde es dann auf Deutschland mit seinem damaligen 2,5-Parteiensystem übertragen (Kaase 1970) und hat sich lange Zeit bewährt. Auch wenn der Anteil an Parteigebundenen gesunken und der Anteil Ungebundener gestiegen ist, fühlt sich auch heute noch die Mehrheit der Wahlberechtigten in Deutschland langfristig an eine Partei gebunden. Das deutsche Parteiensystem hat sich aber ausdifferenziert, sodass deutlich mehr Parteien eine Rolle spielen. Deshalb kann inzwischen an der häufig verwendeten Messmethode der Parteibindung kritisiert werden, dass sie nur eine einzelne positive Bindung an eine Partei erfassen kann. Die klassischen politischen Lager spielen inzwischen in der Koalitionsrealität eine geringere Rolle und auch die Wählerwanderungen zeigen lagerübergreifende Wählerströme. Dazu ist eine negative Affinität, also eine Ablehnung von Parteien, mit dem Aufkommen neuer Parteien in den letzten 15 Jahren bedeutsamer geworden. Wenn keine oder auch mehrere positive Affinitäten zu Parteien vorliegen, kann am Ende auch eine negative Affinität für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sein, indem diejenige Partei gewählt wird, die sich am deutlichsten von der abgelehnten Partei abgrenzt. Mehrfachbindungen oder negative Affinitäten kann das klassische Messkonzept aber nicht erfassen, obwohl eine zunehmende Volatilität und Veränderungen im deutschen Parteiensystem darauf hindeuten, dass beides an Bedeutung gewinnt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat daher 2019 zum ersten Mal ein neues Messmodell eingeführt, um Parteiaffinitäten zu erheben. Diese Messung erfasst für alle auf Bundesebene relevanten Parteien, ob eine Person diese Partei mag, sie ablehnt oder sie ihr gleichgültig ist. Hiermit können also auch Mehrfachaffinitäten zwischen Wahlberechtigten und Parteien sowie eine explizite Ablehnung erfasst werden. Die verbalisierte Antwortskala hat zudem gegenüber den Sympathieskalometern den Vorteil, dass kein willkürlicher, sondern ein inhaltlicher Grenzwert festgelegt werden kann. Es kann unterschieden werden, ob eine Person nach eigener Auskunft eine Partei sehr oder etwas mag. Analog gilt das für die Ablehnung einer Partei. Gleichzeitig können beide Gruppen gemeinsam betrachtet werden. Die vorliegende Studie untersucht anhand von Daten zur Bundestagswahl 2025, in welchem Verhältnis die neue Messung mehrfacher Parteiaffinitäten zur klassischen Parteibindung und zur Wahlabsicht steht.

Nach der Bundestagswahl 2025 geben 31 Prozent an, keine Parteibindung zu besitzen, 62 Prozent fühlen sich dagegen an eine Partei gebunden. Besonders stark fällt die Bindung zur AfD und zur Linken aus, am schwächsten die Bindung an die CSU. Gleichzeitig neigen AfD-Gebundene der Partei seltener grundsätzlich zu als die anderen Parteigebundenen und bevorzugen die Partei häufiger im Augenblick.

Die Parteiaffinität ist deutlich stabiler als die sogenannte Sonntagsfrage, die von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten regelmäßig veröffentlicht wird. Die Wählerpotenziale sind relativ stabil, es verändert sich aber, wie gut Parteien ihre Potenziale ausschöpfen können. Vor allem für CDU, SPD und Grüne ergibt die Messung der Parteiaffinität seit 2020 deutlich höhere Wählerpotenziale, als es die Sonntagsfrage seit einiger Zeit ausweist. Diese Parteien können ihre Potenziale derzeit also weniger gut ausschöpfen als andere Parteien, haben aber auch höhere Wählerpotenziale als andere.

Positive Mehrfachaffinitäten sind sehr verbreitet. Zwei Drittel der Wahlberechtigten mögen mehr als eine Partei sehr oder etwas. Nur ein Fünftel mag lediglich eine Partei sehr oder etwas und 12 Prozent mögen keine Partei. Die Bindung an nur eine Partei ist also die Ausnahme, nicht mehr die Regel.

Negative Mehrfachaffinitäten sind noch weiter verbreitet. 87 Prozent lehnen mehr als eine Partei sehr oder etwas ab. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, auch negative Affinitäten zu berücksichtigen.

Bei der Untersuchung von Parteibindung und Parteiaffinitäten drängt sich zudem die Frage auf, wie sich die Altersgruppen voneinander unterscheiden. Die Parteibindung ist theoretisch eine langfristige Bindung, die sich in der Sozialisation entwickelt und im Laufe des Lebens festigt. Jüngere Menschen sollten demnach also schwächere und weniger Bindungen haben. Die vorliegende Studie zeigt jedoch, dass jüngere schon genauso häufig an Parteien gebunden sind wie Ältere. Lediglich die ab 70-Jährigen sind häufiger an Parteien gebunden als alle anderen. Aber es ist keineswegs so, dass Parteibindungen bei Jüngeren besonders selten wären. Jüngere fühlen sich nur mit anderen Parteien verbunden als Ältere. Jüngere neigen weniger zu CDU und SPD, aber mehr zu Grünen, Linken und AfD. Der Einfluss der Parteibindung auf das Wahlverhalten ist bei den unter 30-Jährigen besonders stark ausgeprägt (mit Ausnahme der FDP). Zudem weisen Jüngere seltener Mehrfachaffinitäten auf, schwanken also weniger zwischen Parteien als Ältere. Es bleibt abzuwarten, ob die Parteibindungen der unter 30-Jährigen auf Dauer Bestand haben oder ob Mehrfachaffinitäten mit der Zeit zunehmen werden. Wenn ein gewisser Teil dieser Parteibindungen langfristig stabil bleibt, kann das nachhaltige Konsequenzen für das Parteiensystem haben.

Anhand der Parteiaffinität können Typen gebildet werden, die in sich ähnliche Sympathien und Antipathien besitzen, sich darin aber von den anderen Typen unterscheiden. Dabei ergeben sich fünf Parteiaffinitätstypen: die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger, Mitte-links, Konservativ-liberal, linke Gleichgültige und AfD-Affine.

Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger haben Sympathien für CDU, SPD und Grüne und lehnen die AfD entschieden ab. Entsprechend wählten die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger bei der Bundestagswahl 2025 auch überwiegend CDU, SPD und Grüne. Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger sind überdurchschnittlich zufrieden mit ihrem Leben und mit der Demokratie, sie sind durchschnittlich an Politik interessiert und vertreten in Fragen zu Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz eher ausgewogene Haltungen.

Der Typus Mitte-links dagegen weist Sympathien für Grüne, SPD und Linke auf und lehnt die AfD sogar noch entschiedener ab als die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger. Bei der Bundestagswahl 2025 wählte Mitte-links überwiegend Grüne, SPD und Linke. Die linke Mitte ist leicht überdurchschnittlich mit ihrem Leben und mit der Demokratie zufrieden, aber weniger zufrieden als die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger. Sie ist stärker an Politik interessiert als alle anderen Typen. Bezüglich Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz vertritt sie politisch linke Positionen.

Auch der konservativ-liberale Typ lehnt die AfD deutlich ab, wenn auch weniger entschieden als die beiden anderen Typen. Die Sympathien der Konservativ-Liberalen liegen dagegen bei CDU, CSU und FDP. Über die Hälfte der Konservativ-Liberalen wählte die Union bei der Bundestagswahl und auch die FDP wurde überdurchschnittlich häufig gewählt. Konservativ-Liberale sind leicht überdurchschnittlich mit ihrem Leben zufrieden. Ihre Demokratiezufriedenheit und ihr politisches Interesse liegen im Durchschnitt. Bei den Themen Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz sind sie politisch leicht rechts der Mitte anzusiedeln.

Die linken Gleichgültigen haben eine eher schwache Sympathie für Linke, SPD und BSW, stehen Grünen und CDU eher gleichgültig gegenüber und lehnen die AfD eher ab. Bei der Bundestagswahl 2025 finden sich bei den linken Gleichgültigen die höchsten Anteile an Personen, die nicht gewählt haben oder keine Angabe machen. Die linken Gleichgültigen haben bei der

Bundestagswahl überdurchschnittlich für die Linke und das BSW gestimmt. Aber auch SPD, CDU und Grüne wurden gewählt. Die linken Gleichgültigen sind etwa durchschnittlich mit ihrem Leben und mit der Demokratie zufrieden, sind aber unterdurchschnittlich und damit weniger als alle anderen Typen an Politik interessiert. Bei den Dimensionen Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz liegen sie so nah am Skalenmittelpunkt, dass sie eher als indifferent und weniger als mittig beschrieben werden können.

Neben diesen vier Typen, die alle die AfD mehr oder weniger stark ablehnen, gibt es nur einen Typ mit Sympathien für die AfD: die AfD-Affinen. Sie mögen die AfD und nur die AfD. Grüne, SPD, Linke und CDU lehnen sie stärker, FDP und CSU etwas schwächer ab. Wenig überraschend wählten 60 Prozent der AfD-Affinen die AfD, andere Parteien spielten keine Rolle. AfD-Affine sind mit Abstand am wenigsten zufrieden mit ihrem Leben und mit der Demokratie, sind aber etwa durchschnittlich politisch interessiert. Inhaltlich positionieren sie sich bei den Themen Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz politisch weiter rechts als alle anderen Typen.

Die AfD-Affinen sind der einzige Typ, in dem es Sympathien für eine einzige Partei, die AfD, gibt. Alle anderen Typen zeichnen sich durch Mehrfachaffinitäten aus. Für die Parteien heißt das, dass ihre Wählerpotenziale in mehreren Typen zu finden sind, die sich z. T. erheblich in ihren politischen Einstellungen unterscheiden. Die Wählerpotenziale der CDU liegen beispielsweise bei den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern und den Konservativ-Liberalen. Die SPD hat gleich in drei Typen Potenziale: bei den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern, Mitte-links und in geringerem Ausmaß den linken Gleichgültigen. Die Potenziale der Grünen sind auch unter den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern und Mitte-links zu finden. Die FDP verfügt vor allem unter den Konservativ-Liberalen über Wählerpotenziale, während die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Linken bei den Typen Mitte-links und linke Gleichgültige zu finden sind.

Die meisten Parteien müssen also ihre Wählerpotenziale in unterschiedlichen Typen ansprechen und aktivieren, was bei teils sehr unterschiedlichen politischen Haltungen durchaus eine Herausforderung ist. Dies sollte vor allem Parteien gelingen, die sich nicht allein auf eine (kleine) Kernwählerschaft fokussieren, sondern für die breite politische Mitte Angebote unterbreiten.

Komplexere Beziehungen zwischen Parteien und Wahlberechtigten

Die Parteibindung ist ein lange bekanntes und etabliertes Konzept zur Erklärung von Wahlverhalten, das zudem einer der wichtigsten Faktoren für die Wahlentscheidung ist. Das Konzept wurde in den USA für das dortige Zweiparteiensystem entwickelt. In den 1960er Jahren wurde es dann auf Deutschland mit seinem damaligen 2,5-Parteiensystem übertragen (Kaase 1970).

Die langfristige Bindung an eine Partei hat sowohl einen direkten als auch einen indirekten Einfluss auf das Wahlverhalten (Kroh 2020: 473, Schoen/Weins 2014: 249 ff.). Auf direktem Weg führt sie dazu, dass Parteigebundene stark zur Wahl der ihnen nahestehenden Partei tendieren. Personen mit einer Parteibindung können somit als Stamm- oder Kernwählerschaft dieser Partei bezeichnet werden. Weiß man, an welche Partei sich eine Person gebunden fühlt, kann man mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch ihre Wahlpräferenz vorhersagen. Zusätzlich prägt eine Parteibindung die Wahrnehmung der Kandidatinnen und Kandidaten, der programmatischen Positionen sowie tagespolitischer Ereignisse. Durch eine Parteibindung werden Personen und Inhalte dieser Partei positiver wahrgenommen als Personen und Inhalte anderer Parteien unabhängig von den objektiven Unterschieden oder Gemeinsamkeiten. Die politische Welt wird

gewissermaßen durch eine „Brille“ der Parteibindung wahrgenommen, wodurch das Wahlverhalten indirekt beeinflusst wird.

Allerdings hat in allen Lebensbereichen die Individualisierung zugenommen und die Anzahl der Parteien, die Chancen auf den Einzug in den Bundestag und die Landtage haben, ist gestiegen. Spielt die Parteibindung unter diesen Rahmenbedingungen überhaupt noch eine Rolle? Fühlt sich die Mehrheit der Wahlberechtigten an keine Partei mehr gebunden? Oder führt das erweiterte Angebot möglicherweise dazu, dass sich Personen an mehr als eine Partei langfristig gebunden fühlen? Und was passiert, wenn eine oder mehrere Parteien explizit abgelehnt werden, also eine negative Affinität besteht? Was bedeuten die verschiedenen Bindungen für das Wahlverhalten? Diesen Fragen geht die vorliegende Studie nach.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat deshalb ein neues Instrument entwickelt, mit dem die Nähe zu Parteien und gleichzeitig die Ablehnung von Parteien erfasst werden kann. Die neue Messung wird im Folgenden Parteiaffinität genannt. Die vorliegende Studie untersucht die klassische Parteibindung, die neue Messung der Parteiaffinität sowie das Verhältnis beider Messungen zueinander. Damit kann nicht nur die Stammwählerschaft, sondern auch ein erweitertes Wählerpotenzial analysiert werden. Zudem wird untersucht, welche Aspekte einer Parteibindung mit der Parteiaffinität einhergehen. Anhand der Haltung zu den Parteien können Parteiaffinitätstypen gebildet werden, die sich durch die gleichzeitige Nähe zu bestimmten Parteien und der gleichzeitigen Ablehnung anderer Parteien voneinander unterscheiden.

Im Rahmen dieser Studie werden Personen mit einer Parteibindung als Parteigebundene bezeichnet. Personen mit einer Bindung an die CDU sind also CDU-Gebundene. Personen, die eine Partei anhand der neuen Messung mögen, werden dagegen als Partei affine bezeichnet, also z. B. CDU-Affine. Personen, die entweder bei der Sonntagsfrage angeben, eine bestimmte Partei wählen zu wollen, oder bei der Recallfrage zur Bundestagswahl 2025 angeben, eine Partei gewählt zu haben, werden als Wählerinnen und Wähler bezeichnet.

Die Studien

In einer Vor- und einer Nachwahlauffrage zur Bundestagswahl 2025 geht die Konrad-Adenauer-Stiftung den politischen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft nach und analysiert die Haltung der Menschen zu den Parteien im Umfeld einer (vorgezogenen) Bundestagswahl. Durch die beiden Befragungen, einmal im Herbst 2024 und einmal im Frühjahr 2025, kann untersucht werden, inwiefern sich die Parteibindung im Umfeld der Wahl verändert oder stabil bleibt.¹ Die tiefergehenden Analysen werden mit der Nachwahlauffrage durchgeführt. Um die langfristige Entwicklung der Parteibindung nachzuvollziehen, analysiert die vorliegende Studie zusätzlich Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Die Vorwahlauffrage besteht aus einer repräsentativen, standardisierten Telefonbefragung mit insgesamt 2.525 Interviews, die ein breites Themenspektrum rund um Parteien abdeckt (Umfrage 1056 der Konrad-Adenauer-Stiftung). Die Befragung führte das Meinungsforschungsinstitut Ipsos vom 4. bis 29. November 2024 durch. Für die Nachwahlauffrage führte Ipsos vom 25. Februar bis 14. April 2025 (Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) ebenfalls eine repräsentative, standardisierte Telefonbefragung durch, diesmal unter 4.001 Befragten. Für beide Umfragen erstellte die Konrad-Adenauer-Stiftung den Fragebogen. Auch die Auswertung der Rohdaten erfolgte durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Beide Befragungen fanden jeweils telefonisch im Dual-Frame-Modus statt. In der Vorwahlumfrage wurden 60 Prozent der Interviews über Mobilfunk und 40 Prozent über Festnetz geführt. In der Nachwahlumfrage wurden dann 46 Prozent der Interviews über Mobilfunk und 54 Prozent über Festnetz geführt. Die Stichproben wurden nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu 10-mal kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen. Für beide Umfragen wurde die Stichprobe hinsichtlich der Ost-West-Verteilung disproportional angelegt, sodass Ostdeutsche überproportional enthalten sind. Dadurch lassen sich belastbare Ost-West-Vergleiche analysieren.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Vor- und der Nachwahlumfrage jeweils um Querschnittbefragungen. D. h., es wurden unterschiedliche Personen befragt. Als feststand, dass es vorgezogene Wahlen geben würde, wurde ein Teil der Personen in der Vorwahlbefragung gefragt, ob sie bereit wären, an einer späteren Befragung erneut teilzunehmen. 1.294 Personen waren dazu bereit. Diese Wiederbefragungsbereiten wurden nach der Bundestagswahl 2025 erneut kontaktiert. Mit 709 Personen konnte tatsächlich ein zweites Interview geführt werden. Für diese Personen liegen also Informationen für ihre Einstellungen vor und nach der Bundestagswahl 2025 vor (Paneldaten). Da es sich um eine kleinere Fallzahl handelt, die nicht alle Analysen zulässt, dienen die Paneldaten nur als Ergänzung der Befunde aus den beiden Querschnittbefragungen.

Die Daten der Vor- und Nachwahlumfragen wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Zudem wurde die disproportionale Ost-West-Verteilung mittels Gewichtung ausgeglichen. Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten.² Die Umfragen sind repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Der Paneldatensatz wurde mit einer speziellen Panelgewichtung versehen, die die Wiederbefragung von bereits kontaktierten Personen berücksichtigt. Da es sich bei der Wiederbefragung jedoch nicht um eine Zufallsauswahl handelt, sind die Ergebnisse der Panelbefragung nicht repräsentativ. Sie ermöglichen aber Rückschlüsse auf Veränderungen zwischen den beiden Befragungen.

Trotz der insgesamt hohen Zahl an Befragten sind die Fallzahlen für Personen mit einer Parteibindung an die CSU, die FDP und die Linke in der Vorwahlumfrage und für das BSW in der Vor- und der Nachwahlumfrage für tieferegehende Analysen zu gering.³ Daher werden sie nur in einem Teil der Häufigkeitsverteilungen ausgewiesen, wo dies sinnvoll möglich ist. Tiefere Analysen sind jedoch für diese Gruppen für die Vorwahlstudie und für das BSW auch für die Nachwahlstudie nicht möglich.

Die klassische Parteibindung

Die in Deutschland etablierte Frage nach der Parteibindung wird seit Jahrzehnten von der Forschungsgruppe Wahlen für das Politbarometer erhoben. Die genaue Frageformulierung lautet:

„In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“

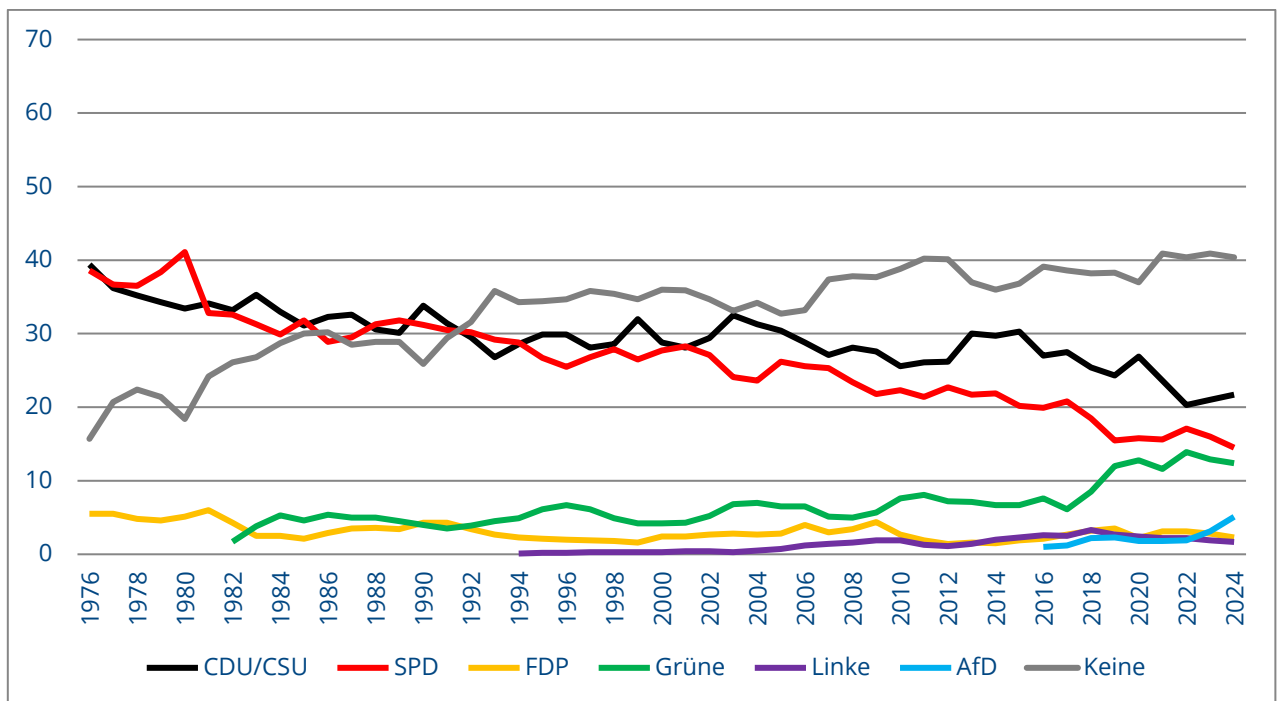
Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung hat diese Frage zur Messung der klassischen Parteibindung verwendet.

Langzeitentwicklung der klassischen Parteibindung

Der Langzeitvergleich der Politbarometer-Daten⁴ zeigt für Westdeutschland einen deutlichen Anstieg an Wahlberechtigten, die keiner Partei zuneigen.⁵ 1976 gaben nur knapp 16 Prozent der Westdeutschen keine Parteibindung an, 2024⁶ waren es dagegen 40 Prozent. Seit 2007 liegt der Anteil an Ungebundenen in Westdeutschland konstant zwischen 37 und 40 Prozent. Auch wenn der Anteil an ungebundenen Wahlberechtigten seit den 1970er Jahren deutlich gestiegen ist, besitzt trotzdem noch eine Mehrheit von rund 60 Prozent der Westdeutschen eine Parteibindung. Die Parteibindung ist also keineswegs ausgestorben oder eine Ausnahmerecheinung.

Besonders stark gesunken ist der Anteil an SPD-gebundenen Wahlberechtigten, aber auch der Anteil an CDU/CSU-Gebundenen ist deutlich zurückgegangen. 1976 gaben noch je 39 Prozent der Wahlberechtigten an, eine Bindung an die SPD oder eine der Unionsparteien zu besitzen. 2024 sagten das 15 Prozent von der SPD und 22 Prozent von der Union. Gestiegen ist hingegen der Anteil an Wahlberechtigten mit Parteibindung zu den Grünen: 2022 erreichten sie mit 14 Prozent ihren bisherigen Höchstwert. Seitdem liegen sie auf einem ähnlichen Niveau. Zudem gaben 5 Prozent der Westdeutschen im Jahr 2024 an, eine Parteibindung zur AfD zu besitzen.

Abbildung 1: Entwicklung der Parteibindung in Westdeutschland 1976 bis 2024 (Politbarometer)



Quelle: Politbarometer-Jahreskumulationen, Forschungsgruppe Wahlen e. V.; eigene Berechnungen; Angaben in Prozent.

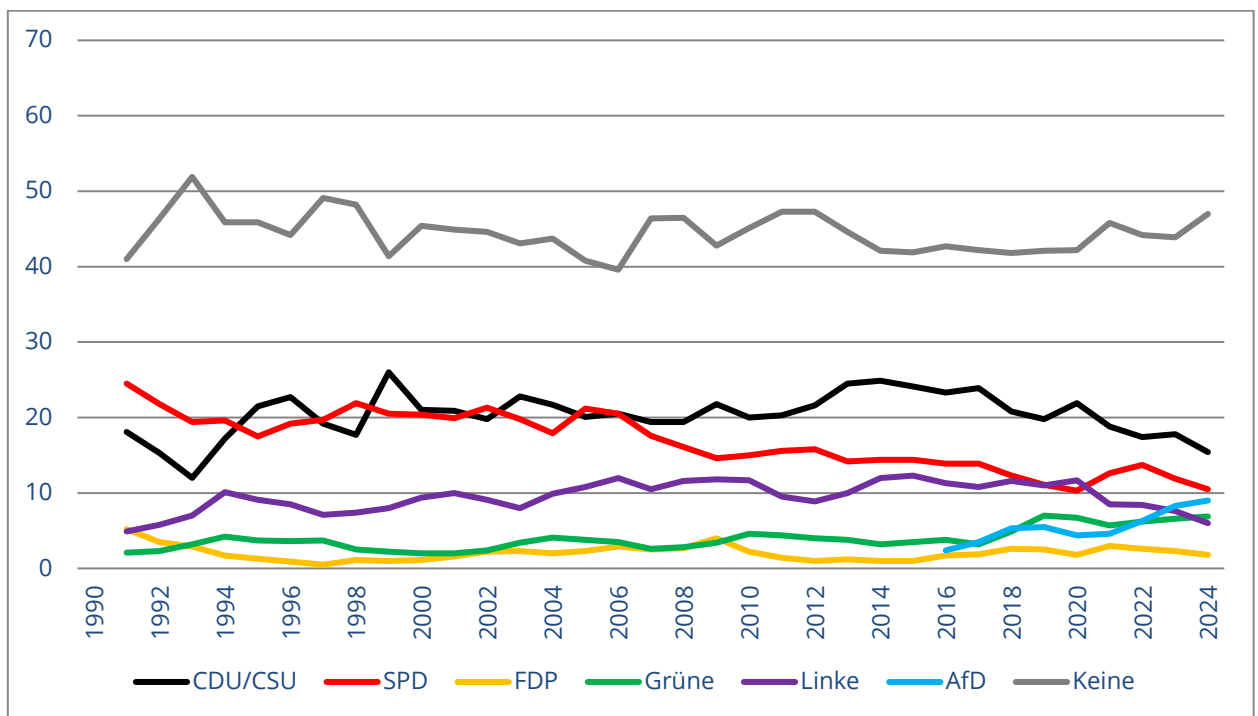
Frage: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“

In Ostdeutschland liegt der Anteil an ungebundenen Wahlberechtigten seit Beginn der Datenerhebung über dem westdeutschen Niveau. Zwischenzeitlich lag der Anteil Ostdeutscher ohne Parteibindung bei um die 50 Prozent, zwischen 2014 und 2020 hatte er sich dann bei etwa

42 Prozent eingependelt. Im Jahr 2024 gaben wieder 47 Prozent der Ostdeutschen an, sich an keine Partei gebunden zu fühlen.

Anfang der 1990er Jahre lag der Anteil an Ostdeutschen mit Bindung an die CDU bei unter 20 Prozent. Seit den 2000er Jahren schwankte der Anteil CDU-Gebundener um 20 Prozent. Zwischenzeitlich lag er sogar einige Zeit bei 24 bis 25 Prozent (2013 bis 2017). Seit 2021 ist er wieder unter die 20-Prozent-Marke gerutscht. 2024 gaben nur noch 15 Prozent der Ostdeutschen an, sich an die CDU gebunden zu fühlen. Auch die Bindung an die SPD ist deutlich gesunken. Von den 1990er Jahren bis 2006 schwankte der Anteil an Personen mit Parteibindung zu den Sozialdemokraten zwischen 18 und 22 Prozent. Ab 2007 gab es jedoch einen Abwärtstrend, sodass 2024 nur noch 11 Prozent der Wahlberechtigten eine Bindung an die SPD berichteten. Anders als in Westdeutschland gibt es in Ostdeutschland auch einen nennenswerten Anteil an Wahlberechtigten mit Bindung an die Linke. Anfang der 1990er Jahre lag der Anteil nur bei um die 5 Prozent. Seit Mitte der 1990er Jahre schwankte der Anteil an Personen mit Bindung an die Linke zwischen 7 und 12 Prozent. 2024 lag der Anteil mit 6 Prozent so niedrig wie zuletzt 1992. Wie in Westdeutschland ist auch in Ostdeutschland die Bindung an die AfD hinzugekommen. Mit 9 Prozent fühlten sich 2024 in Ostdeutschland mehr Menschen an die AfD gebunden als an die Linke oder die Grünen.

Abbildung 2: Entwicklung der Parteibindung in Ostdeutschland 1991 bis 2024 (Politbarometer)



Quelle: Politbarometer-Jahreskumulationen, Forschungsgruppe Wahlen e. V.; eigene Berechnungen; Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 1.

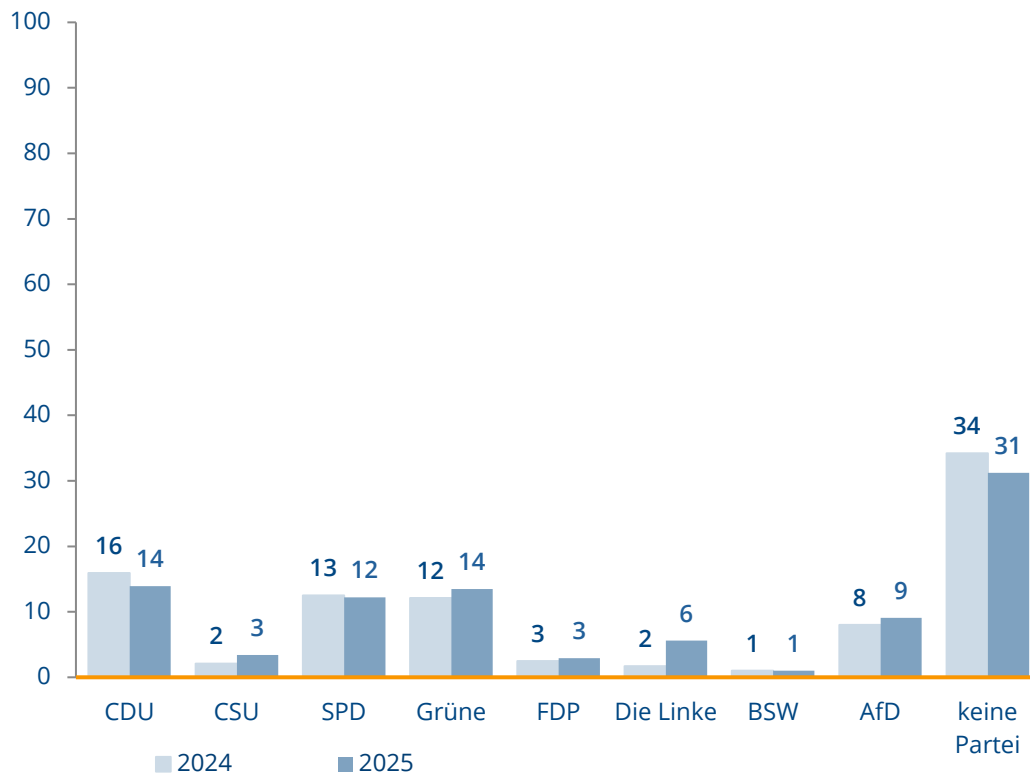
Die klassische Parteibindung vor und nach der Bundestagswahl 2025

In den Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) fallen die Werte für 2024 und 2025 etwas anders aus als in der Jahreskumulation des Politbarometers 2024. Vor allem der Anteil an Ungebundenen, also Personen, die sich an keine Partei längerfristig gebunden fühlen, fällt in den Daten der KAS geringer aus. 2024 geben 34 Prozent an, keine Parteibindung zu besitzen, 2025 sagen das 31 Prozent (s. Abbildung 3). Die Betrachtung nach Ost- und Westdeutschland zeigt für 2024 (ohne Abbildung) und 2025 (s. Abbildung 4), dass die Umfrage der KAS in Ostdeutschland einen höheren Anteil an Gebundenen an die AfD misst als das Politbarometer. Das kann verschiedene methodische Ursachen haben, da sich beide Erhebungen in einigen methodischen Details unterscheiden. Zieht man als weitere Vergleichsquelle den Nachwahl-Querschnitt der deutschen Wahlstudie (GLES) von 2025⁷ heran, ergeben sich wieder andere Werte. In den GLES-Daten fällt der Anteil Ungebundener noch einmal deutlich niedriger aus als in den Daten der KAS (ohne Abbildung). Der Nachwahl-Querschnitt der GLES unterscheidet sich wiederum in der Erhebungsmethode sowohl vom Politbarometer als auch von den KAS-Umfragen. Welche Werte näher an der tatsächlichen Verteilung sind, kann mit den vorhandenen Daten nicht geklärt werden. Dass die Verteilung der Parteibindung offensichtlich sensibel auf die Erhebungsmethode reagiert, sollte bei der Interpretation der Daten jedoch berücksichtigt werden. Auch zeigt sich hier einer der Gründe, weshalb die KAS ein neues Instrument entwickelt hat, um die Parteiaffinität zu erfassen.

Unabhängig davon zeigt sich aber bei gleicher Erhebungsmethodik eine erstaunliche Konstanz der Parteibindung zwischen Herbst 2024 und Frühjahr 2025, wenn man bedenkt, dass dazwischen ein Wahlkampf und eine Bundestagswahl lagen (s. Abbildung 3). Da es sich um Querschnittbefragungen handelt, könnte es natürlich sein, dass sich zwar im Aggregat wenig geändert hat, auf der individuellen Ebene aber durchaus Wechsel stattfand. Hier gibt ein Blick in die Panelbefragung einen Hinweis. Durch die insgesamt eher geringe Fallzahl der Panelbefragung können nur belastbare Aussagen für die Parteigebundenen der CDU, der SPD und der Grünen sowie für Ungebundene getroffen werden. Unter den Gebundenen an CDU, SPD und Grünen zeigt sich eine hohe Konstanz. Jeweils rund 80 Prozent derjenigen, die im Herbst 2024 eine Parteibindung an CDU, SPD oder Grüne angaben, geben auch nach der Bundestagswahl 2025 eine Bindung an diese Partei an (ohne Abbildung). Wenn ein Wechsel stattfand, dann am ehesten in Richtung Ungebundene. Für diejenigen, die im Herbst 2024 keine Parteibindung angaben, ist die Haltequote etwas geringer. Hier zeigt sich vermutlich ein Effekt des Wahlkampfes. Etwa zwei Drittel der Ungebundenen bleiben auch nach der Wahl ungebunden. Das andere Drittel gibt nach der Wahl eine Bindung an. Dabei verteilen sich die Neugebundenen relativ gleichmäßig auf CDU, SPD, Grüne und Linke. Die AfD gewinnt nach der Wahl etwas weniger Neugebundene hinzu.

Insgesamt bestätigen die Daten der Panelbefragung eine hohe Konstanz bei der Parteibindung über Wahlkampf und Bundestagswahl hinweg. Diese Konstanz zeigte sich im Vorfeld der Wahl auch in der geringen Dynamik der Sonntagsfrage.

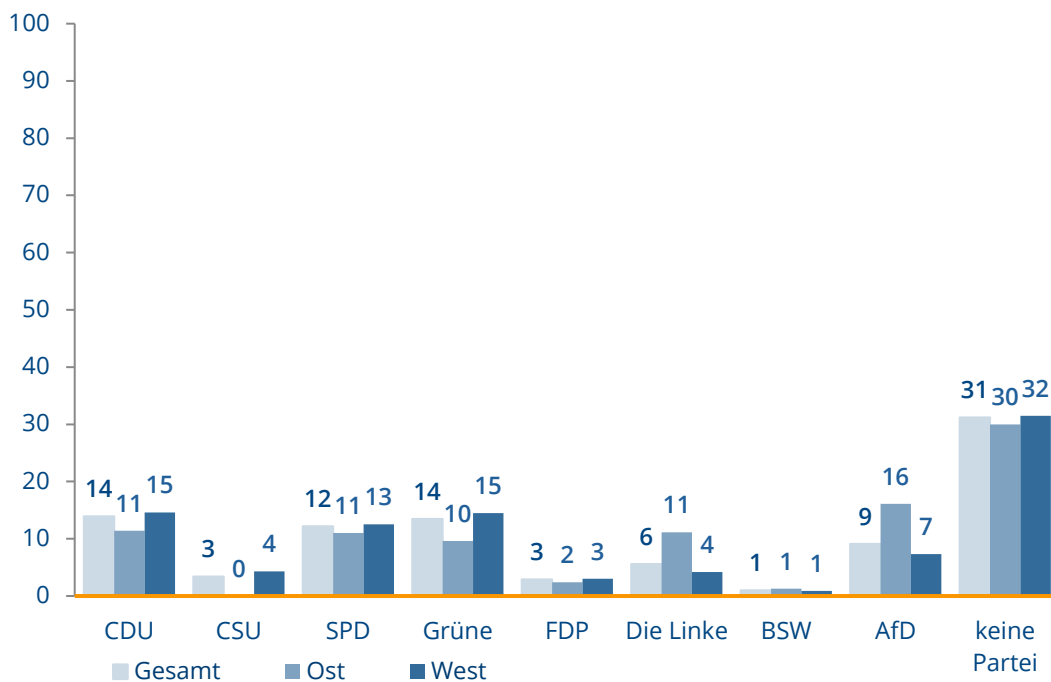
Abbildung 3: Parteibindung 2024 und 2025



Quelle: Umfragen 1056 und 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: andere Partei/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 1.

Abbildung 4: Parteibindung in Ost- und Westdeutschland 2025



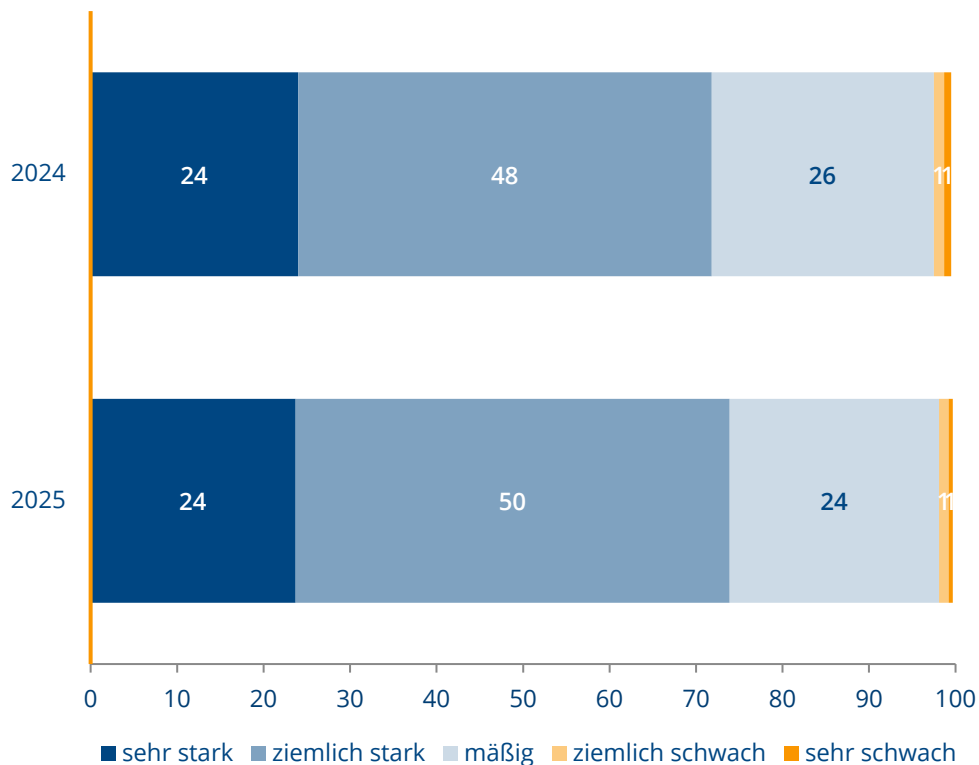
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent; andere Partei/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 1.

Auch bei der Stärke der Parteibindung hat sich zwischen 2024 und 2025 im Aggregat nichts verändert (s. Abbildung 5). Ein Viertel der Menschen mit Parteibindung gibt an, sehr stark zu dieser Partei zu neigen. Die Hälfte der Parteigebundenen neigt ziemlich stark zu ihrer Partei und ein weiteres Viertel neigt ihr mäßig zu. Eine ziemlich oder sehr schwache Parteibindung ist die absolute Ausnahme.

Hinter dieser ausgeprägten Konstanz im Aggregat gibt es aber eine geringe Wechselaktivität auf individueller Ebene, wie die Panelbefragung zeigt (ohne Abbildung). Rund 60 Prozent derjenigen mit sehr oder ziemlich starker Bindung bleiben auch dabei. Das Gleiche gilt für etwa 40 Prozent derjenigen mit mäßiger Bindung. Bei den anderen gibt es einen Wechsel in der Bindungsintensität, überwiegend in eine benachbarte Kategorie, also von mäßig zu ziemlich stark oder von ziemlich stark zu sehr stark oder umgekehrt. Wechsel über zwei Kategorien kommen seltener vor. Insgesamt sind auch die Befragten der Panelerhebung relativ konstant in ihrer Bindungsintensität.

Abbildung 5: Stärke der Parteibindung 2024 und 2025 bei Parteigebundenen



Quelle: Umfragen 1056 und 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark oder wie schwach neigen Sie - alles zusammengenommen - dieser Partei zu?“

Aufgrund der geringen Fallzahlen der an CSU-, FDP- und Linke-Gebundenen in der Vorwahlbefragung werden die Analysen nach Parteibindung im Folgenden nur für die Nachwahlbefragung durchgeführt. Die verschiedenen Gruppen unterscheiden sich nach der Bundestagswahl durchaus in der Bindungsintensität (s. Abbildung 6).

Mit Abstand am stärksten neigen die AfD-Gebundenen der Partei zu. 42 Prozent der AfD-Gebundenen neigen der Partei sehr stark zu. Weitere 39 Prozent neigen ziemlich stark zur AfD und nur 17 Prozent neigen ihr mäßig stark zu.

Auch die Linke-Gebundenen fühlen sich stark an die Partei gebunden. 29 Prozent der Linke-Gebundenen neigen der Partei sehr stark, weitere 56 Prozent neigen ihr ziemlich stark zu. Nur 14 Prozent geben eine mäßige Neigung zur Linken an.

Die sehr starke Bindung an die Grünen ist mit 19 Prozent seltener als bei AfD und Linke, aber auf ähnlichem Niveau wie bei CDU, SPD und FDP. Die Grünen-Gebundenen geben aber mit 63 Prozent häufiger als alle anderen Gebundenen an, der Partei ziemlich stark zuzuneigen. Der Anteil der mäßig Gebundenen fällt bei den Grünen mit 14 Prozent ähnlich gering aus wie bei AfD und Linke.

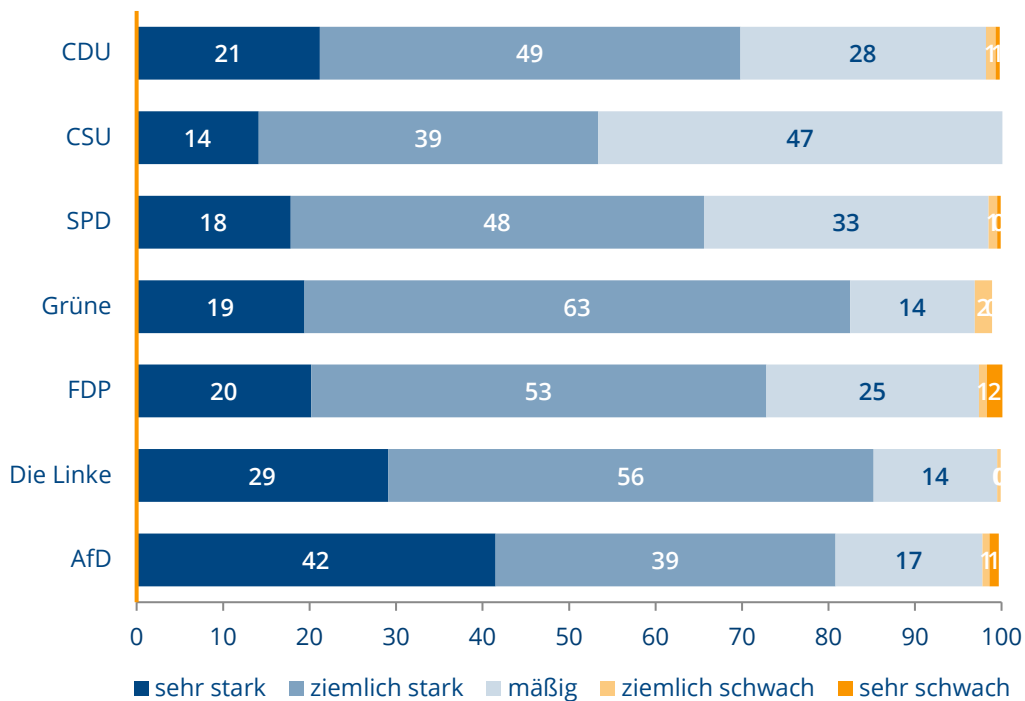
20 Prozent der FDP-Gebundenen neigen der FDP sehr stark und 53 Prozent ziemlich stark zu. 25 Prozent geben eine mäßige Bindung an die FDP an.

Mit 21 Prozent geben CDU-Gebundene ähnlich häufig eine sehr starke Bindung an. Mit 49 Prozent fällt der Anteil der ziemlich stark Gebundenen bei der CDU aber geringer aus als bei Grünen, Linke oder FDP. 28 Prozent der CDU-Gebundenen geben eine mäßige Bindung an die Partei an.

Die SPD-Gebundenen unterscheiden sich bei der Bindungsintensität kaum von den CDU-Gebundenen. 18 Prozent fühlen sich sehr stark an die SPD gebunden, 48 Prozent neigen ihr ziemlich stark zu. Ein Drittel neigt mäßig zur SPD.

Die schwächste Bindung weisen die CSU-Gebundenen auf. Nur 14 Prozent der CSU-Gebundenen neigen der Partei sehr stark zu, 39 Prozent neigen ihr ziemlich stark zu. Knapp die Hälfte der CSU-Gebundenen neigt lediglich mäßig zu ihrer Partei.

Abbildung 6: Stärke der Parteibindung nach Parteien 2025 bei Parteigebundenen



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

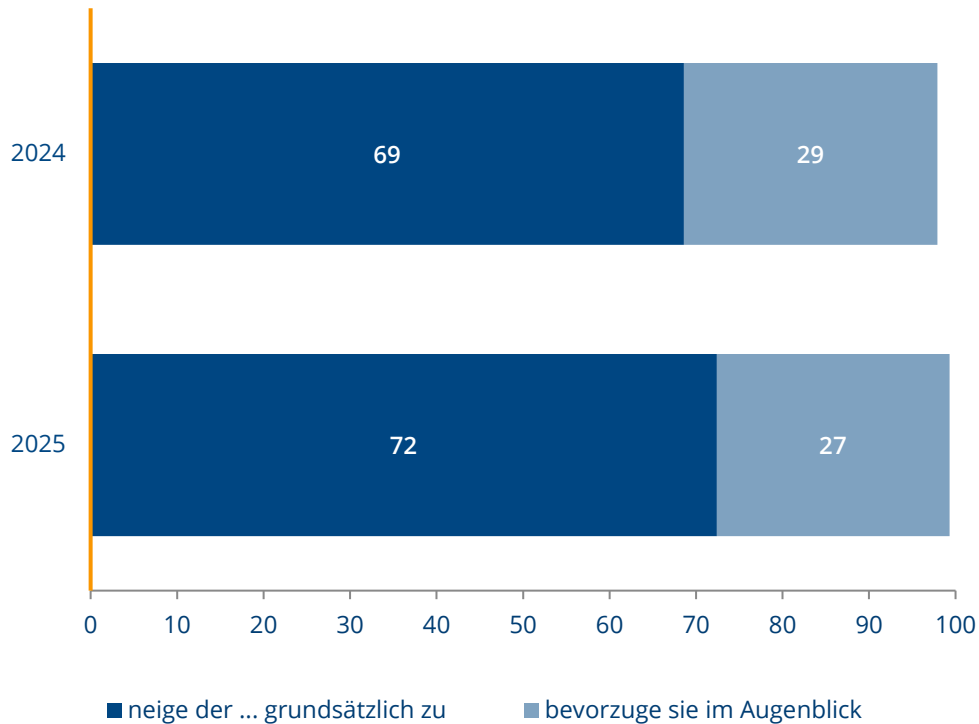
Frage: siehe Abbildung 5.

Zusätzlich zur Stärke der Parteibindung wurde auch gefragt, ob man der Partei grundsätzlich zuneigt oder sie im Augenblick bevorzugt. Die Mehrheit von rund 70 Prozent der Parteigebundenen gibt an, der Partei grundsätzlich zuzuneigen (s. Abbildung 7). Das entspricht dem eigentlichen Konzept einer langfristigen, emotionalen Bindung an eine Partei. Knapp 30 Prozent der Parteigebundenen bevorzugen die Partei im Augenblick. Zwischen 2024 und 2025 gibt es im Aggregat keine Veränderungen.

Die Befragten, die an der Wiederholungsbefragung teilgenommen haben, unterscheiden sich leicht von der Gesamtstichprobe (ohne Abbildung). Sie neigen vor der Wahl etwas häufiger grundsätzlich zur Partei und bevorzugen sie etwas seltener im Augenblick. Nach der

Bundestagswahl verändert sich das aber bei manchen Befragten, sodass sich die Panelbefragten an die Gesamtheit anpassen.

Abbildung 7: Grundsätzliche Parteibindung versus im Augenblick 2024 und 2025 bei Parteigebundenen



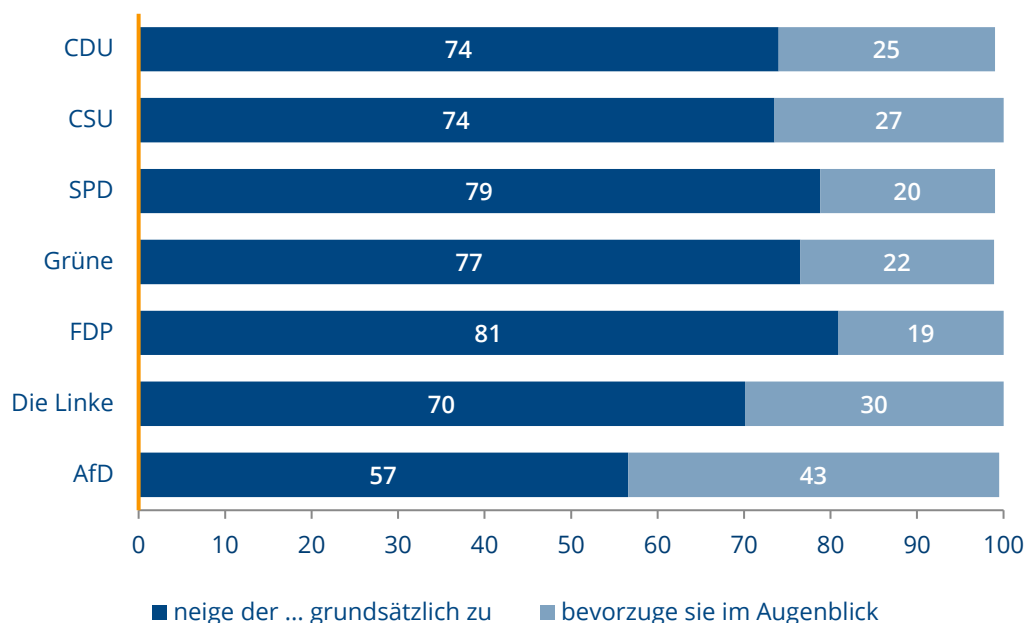
Quelle: Umfragen 1056 und 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Würden Sie sagen, Sie neigen der [Partei] grundsätzlich zu oder bevorzugen Sie diese Partei im Augenblick, weil sie Ihnen in der jetzigen Situation besser geeignet erscheint?“

Die Parteigebundenen unterscheiden sich bei der Frage, ob es sich um eine grundsätzliche Neigung handelt, nur geringfügig zwischen den Parteien (s. Abbildung 8). Lediglich die AfD-Gebundenen unterscheiden sich deutlich von den anderen Gebundenen. Die AfD-Gebundenen haben zwar eine besonders starke Bindung an die AfD, eine große Minderheit bevorzugt sie aber im Augenblick und neigt ihr nicht grundsätzlich zu.

Unter den Parteigebundenen an CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke geben zwischen 70 und 81 Prozent an, der jeweiligen Partei grundsätzlich zuzuneigen. Der höchste Anteil findet sich bei den FDP-Gebundenen, der niedrigste bei denen der Linken. Zwischen 19 und 30 Prozent bevorzugen die jeweilige Partei im Augenblick. Die AfD-Gebundenen neigen der Partei deutlich seltener grundsätzlich zu: Nur 57 Prozent der AfD-Gebundenen neigen nach eigener Auskunft der Partei grundsätzlich zu. Dagegen bevorzugen 43 Prozent die AfD im Augenblick. Eine Erklärung hierfür könnte sich in den Wählerwanderungen der letzten Landtags- und Bundestagswahlen finden. Bei den meisten Wahlen hat die AfD deutlich aus dem Nichtwählerlager mobilisiert. Es liegt nahe, dass diese früheren Nichtwählerinnen und Nichtwähler eher eine augenblickliche und keine grundsätzliche Bindung an die AfD haben.

Abbildung 8: Grundsätzliche Parteibindung versus im Augenblick nach Parteien 2025 bei Parteigebundenen

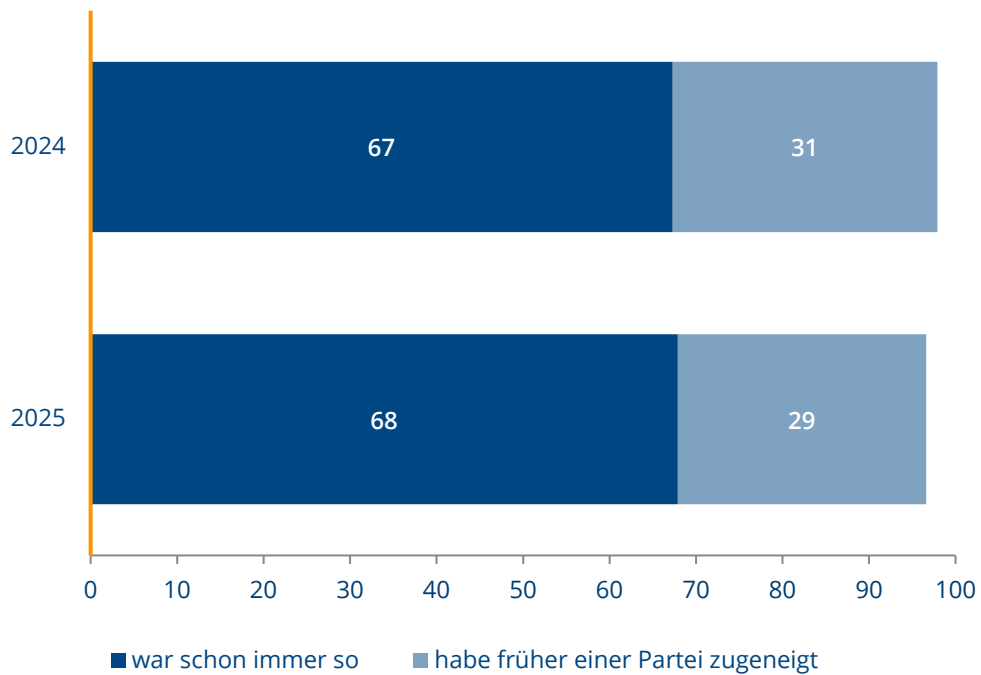


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 7.

Diejenigen, die keine Parteibindung angeben, wurden gefragt, ob das schon immer so war, oder ob sie früher einer Partei zugeneigt haben (s. Abbildung 9). Gut zwei Drittel geben an, das sei immer schon so gewesen. Neben einer langfristigen Bindung gibt es offensichtlich auch eine langfristige Ungebundenheit. Etwas weniger als ein Drittel hatte dagegen früher eine Parteibindung. Auch hier gibt es zwischen 2024 und 2025 keine Veränderung.

Abbildung 9: Keine Parteibindung 2024 und 2025



Quelle: Umfragen 1056 und 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Sie sagten, Sie neigen keiner bestimmten Partei zu. War das schon immer so oder haben Sie früher einer Partei längere Zeit zugeneigt?“

Welche Faktoren können das Vorhandensein einer klassischen Bindung an eine Partei erklären? Mithilfe binär logistischer Regressionen wurde geprüft, welchen Einfluss soziodemografische Faktoren wie das Geschlecht, das Alter oder der formale Bildungsabschluss, aber auch die Region (Ost-/Westdeutschland), die Bewertung des Einkommens, die Demokratiezufriedenheit und das politische Interesse nach der Bundestagswahl 2025 auf die Parteibindung an CDU, SPD, Grüne, FDP, die Linke oder die AfD haben bzw. darauf, keine Parteibindung zu haben (s. Tabelle 1).⁸ Für das BSW war aufgrund zu geringer Fallzahl keine Analyse möglich. Für die CSU wurde ebenfalls keine Analyse durchgeführt, da nahezu alle Befragten mit Parteibindung an die CSU in Bayern leben und daher die Region nicht variiert und ihr Einfluss nicht untersucht werden kann.

Besonders spannend sind die Ergebnisse bezüglich der Bewertung des Einkommens, der Demokratiezufriedenheit und des politischen Interesses. Die Wahrscheinlichkeit für eine Bindung an CDU oder FDP steigt, je besser Menschen mit ihrem Einkommen zurechtkommen. Dagegen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen sich an die Linke oder die AfD gebunden fühlen, je schlechter sie mit ihrem Einkommen zurechtkommen.

Eine höhere Demokratiezufriedenheit erhöht die Wahrscheinlichkeit für eine Bindung an CDU, SPD oder die Grünen. Dagegen erhöht eine niedrigere Demokratiezufriedenheit die Wahrscheinlichkeit für eine Bindung an die AfD oder dafür, keine Parteibindung zu besitzen.

Je höher ihr politisches Interesse ist, desto wahrscheinlicher fühlen Menschen sich an die Grünen, die Linke oder die AfD gebunden. Je geringer das politische Interesse ausfällt, desto wahrscheinlicher besitzen Menschen gar keine Parteibindung.

Eine klassische Parteibindung an die CDU ist wahrscheinlicher für Männer als für Frauen, für alle Altersgruppen über 30 Jahren (im Vergleich zu den 18- bis 29-Jährigen) und für Personen mit maximal einem Hauptschulabschluss als formalem Bildungsabschluss. Außerdem steigt die Wahrscheinlichkeit für eine Bindung an die CDU, je besser Personen mit ihrem Einkommen zurechtkommen und je zufriedener sie mit der Demokratie sind.

Ganz ähnlich fällt das Ergebnis bei der Bindung an die SPD aus. Allerdings spielen hier weniger Faktoren eine Rolle als bei der Bindung an die CDU. Eine Bindung an die SPD ist wahrscheinlicher für die Altersgruppen über 50 Jahre und für Personen mit Hauptschulabschluss. Zudem wird eine Bindung an die SPD wahrscheinlicher, je zufriedener eine Person mit der Demokratie ist.

Bei der Bindung an die Grünen zeigt sich, dass sich Ostdeutsche und Männer mit geringerer Wahrscheinlichkeit an die Grünen gebunden fühlen als Westdeutsche und Frauen. Ab 70-Jährige weisen seltener eine Bindung an die Grünen auf als jüngere Menschen und Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss sind seltener an die Grünen gebunden als Personen mit Hochschulabschluss. Zudem wird die Bindung an die Grünen wahrscheinlicher, je zufriedener Menschen mit der Demokratie sind und je stärker sie an Politik interessiert sind.

Eine Bindung an die FDP ist dagegen weniger wahrscheinlich für Personen zwischen 30 und 69 Jahren sowie für Menschen mit maximal Hauptschulabschluss. Dagegen steigt die Wahrscheinlichkeit, sich mit der FDP zu identifizieren, je besser Menschen mit ihrem Einkommen zurechtkommen.

Ostdeutsche sind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an die Linke gebunden als Westdeutsche und Frauen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als Männer. Personen über 30 Jahren fühlen sich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit an die Linke gebunden als Personen unter 30 Jahren. Bei der Bildung gibt es nur einen Effekt für Personen mit Abitur, die sich mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Linken identifizieren. Je besser Menschen mit ihrem Einkommen zurechtkommen, desto unwahrscheinlicher wird eine Bindung an die Linke. Das heißt im Umkehrschluss, dass eine Bindung an die Linke umso wahrscheinlicher wird, je schlechter Menschen mit ihrem Einkommen zurechtkommen. Höheres politisches Interesse erhöht dagegen die Wahrscheinlichkeit für eine Bindung an die Linke.

Eine Bindung an die AfD ist wahrscheinlicher unter Ost- als unter Westdeutschen und wahrscheinlicher unter Männern als unter Frauen. Über 50-Jährige weisen mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Bindung an die AfD auf, Menschen mit Haupt- oder Realschulabschluss dagegen mit höherer Wahrscheinlichkeit. Die Bewertung des Einkommens und die Zufriedenheit mit der Demokratie haben einen signifikanten Einfluss auf die Bindung an die AfD. Je schlechter Personen mit ihrem Einkommen zurechtkommen und je unzufriedener sie mit der Demokratie sind, desto wahrscheinlicher wird eine Bindung an die AfD. Mit steigendem politischem Interesse steigt die Wahrscheinlichkeit, sich mit der AfD zu identifizieren.

Die Wahrscheinlichkeit, sich an keine Partei gebunden zu fühlen, ist niedriger für Ost- als für Westdeutsche und niedriger für Personen ab 70 Jahren als für Menschen unter 70 Jahren. Außerdem neigen Menschen ohne Hochschulabschluss mit geringerer Wahrscheinlichkeit keiner Partei zu als Menschen mit Hochschulabschluss. Bivariat zeigt sich allerdings, dass die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sehr gering sind. Die Befunde dienen damit nicht zu

einer Neuauflage der Diskussion um die Rolle von kognitiver (De-)Mobilisierung für die Entwicklung der Parteibindung (u. a. Dalton 2000; Ohr et al. 2009). Darüber hinaus gibt es signifikante Effekte der Demokratiezufriedenheit und des politischen Interesses. Je unzufriedener Menschen mit der Demokratie sind und je weniger sie an Politik interessiert sind, desto wahrscheinlicher neigen sie keiner Partei zu.

Tabelle 1: Einflussfaktoren auf die Parteibindung nach der Bundestagswahl 2025

Parteibindung an:	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Keine Partei
Ostdeutschland (Referenz: Westdeutschland)			-		+	+	-
Männer (Referenz: Frauen)	+		-		-	+	
18-29 Jahre (Referenz)							
30-49 Jahre	+			-	-		
50-69 Jahre	+	+		-	-	-	
70 Jahre und mehr	+	+	-		-	-	-
Hauptschulabschluss oder weniger	+	+	-	-		+	-
Realschulabschluss			-			+	-
Abitur					+		-
Hochschulabschluss (Referenz)							
Bewertung Einkommen	+			+	-	-	
Demokratiezufriedenheit	+	+	+			-	-
Politisches Interesse			+		+	+	-

Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Fragen: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“, „Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten, wie Sie Ihr gegenwärtiges Haushaltseinkommen beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich/können wir sehr gut leben, gut leben, zurechtkommen, nur schwer zurechtkommen, nur sehr schwer zurechtkommen.“ (Für die Analyse wurde die Variable so kodiert, dass höhere Werte ein besseres Zurechtkommen bedeuten.); „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?“ (Für die Analyse wurde die Variable so kodiert, dass höhere Werte eine höhere Demokratiezufriedenheit bedeuten.); „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ (Für die Analyse wurde die Variable so kodiert, dass höhere Werte ein höheres politisches Interesse bedeuten.)

Anmerkungen: Für jede Partei bzw. keine Parteibindung wurden separate binär logistische Regressionen durchgeführt. Die abhängigen Variablen waren jeweils als Dummy-Variablen kodiert: 1 für Parteibindung an die jeweilige Partei versus 0 Parteibindung an eine andere oder keine Partei bzw. 1 für keine Parteibindung versus 0 Parteibindung an eine Partei. Lesehilfe: + in der Zelle Männer und Parteibindung CDU bedeutet, dass Männer mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zur CDU neigen als Frauen.

Parteibindung und Wahlabsicht

Die Parteibindung hat einen starken Einfluss auf die Wahlabsicht, gemessen anhand der sogenannten Sonntagsfrage (z. B. Ohr/Stelzle 2021, Ohr/Quandt 2012). Eine Bindung an eine Partei erhöht deutlich die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Partei bei einer Wahl auch die Stimme gegeben wird. Dennoch ist die Parteibindung nicht identisch mit der Wahlabsicht. Wenn man beide Fragen miteinander kombiniert, kann man zum einen sehen, wie gut die Parteien ihr engeres Wählerpotenzial mobilisieren können. Zum anderen zeigt sich, wie gut die Parteien jenseits der eigenen Parteigebundenen Wählerinnen und Wähler gewinnen können.

In Abbildung 10 ist die Parteibindung nach Sonntagsfrage für die Nachwahlumfrage 2025 dargestellt, also wie hoch der Anteil der Wählerinnen und Wähler der einzelnen Parteien mit einer bestimmten Parteibindung ist. Hier können auch die Wählerinnen und Wähler des BSW ausgewiesen werden, da die Fallzahl anders als bei der Parteibindung zum BSW ausreichend groß ist.

53 Prozent der Unionswählerschaft (laut Sonntagsfrage) haben eine Parteibindung an die CDU, weitere 14 Prozent an die CSU. Insgesamt sind damit zwei Drittel der Unionswählerschaft an eine der beiden Unionsparteien gebunden. Darüber hinaus neigt ein Viertel der Unionswählerschaft keiner Partei zu.

Bei der SPD sieht es ähnlich aus: 63 Prozent der SPD-Wählerschaft geben eine Bindung an die SPD an, während gut ein Viertel der Wählerinnen und Wähler der SPD keine Parteibindung hat.

In der Grünen-Wählerschaft ist der Anteil an parteigebundenen Wählerinnen und Wählern besonders hoch. 72 Prozent der Grünen-Wählerschaft geben auch eine Parteibindung an die Grünen an. Darüber hinaus sagen 6 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler, sie sind eigentlich an die SPD gebunden. Nur 18 Prozent sind ungebunden.

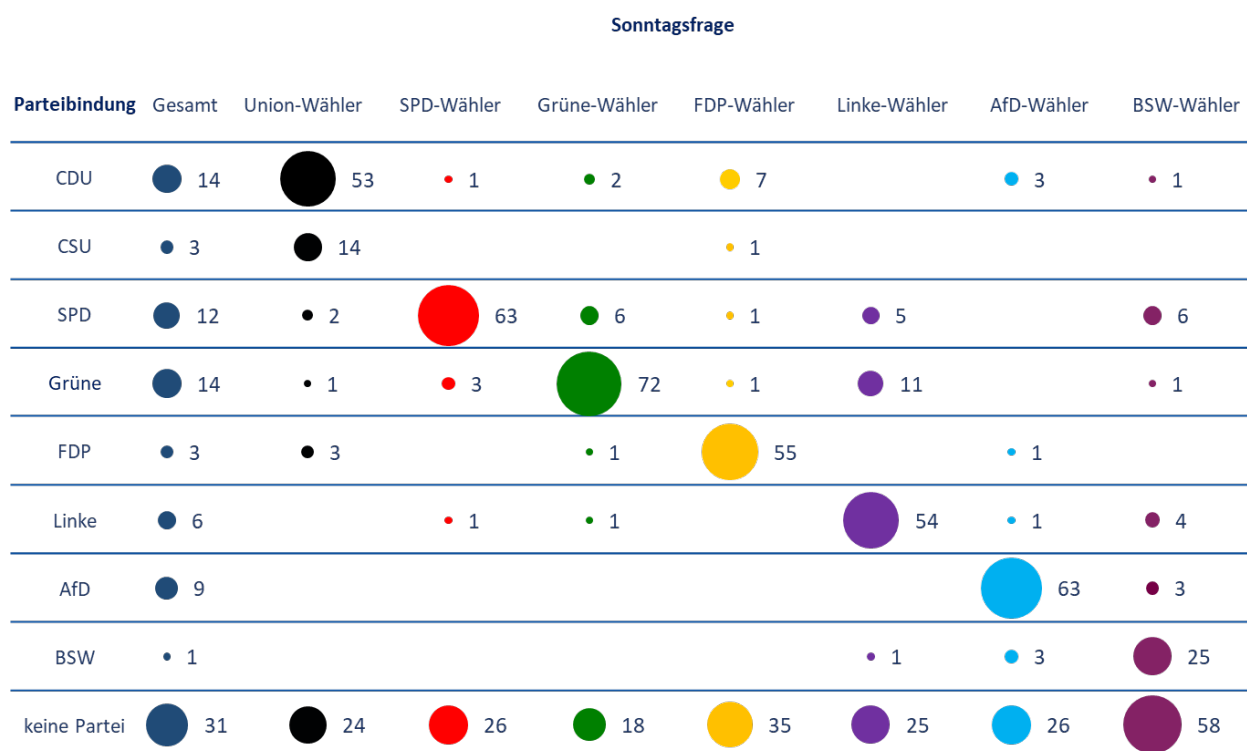
Bei der Wählerschaft der FDP fällt der Anteil an Parteigebundenen vergleichsweise gering aus. 55 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler geben eine Parteibindung an die FDP an. Zudem haben 7 Prozent der FDP-Wählerschaft eine Bindung an die CDU. Ganze 35 Prozent der FDP-Wählerschaft besitzen keine Parteibindung.

Auch bei der Wählerschaft der Linken ist der Anteil der Parteigebundenen vergleichsweise gering. Nur 54 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Linken geben eine Parteibindung an die Linke an. Ganze 11 Prozent sagen, sie haben eine Parteibindung an die Grünen. Hier spiegelt sich die Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2025 von den Grünen zur Linken wider (vgl. Neu/Pokorny 2025). Ein Viertel der Linken-Wählerschaft ist dagegen an keine Partei gebunden.

Die AfD-Wählerschaft ähnelt bezüglich der Parteibindung eher den Wählerschaften von Union und SPD. 63 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler geben eine Bindung an die AfD an. Ein Viertel der AfD-Wählerschaft hat dagegen keine Parteibindung.

Am geringsten fällt der Anteil der Parteigebundenen in der BSW-Wählerschaft aus, was sicherlich mit der kurzen Existenz der Partei zu erklären ist. Nur ein Viertel der BSW-Wählerschaft hat auch eine Parteibindung an das BSW. 6 Prozent geben eine Bindung an die SPD an. Ganze 58 Prozent der Wählerinnen und Wähler des BSW besitzen hingegen keine Bindung an eine Partei.

Abbildung 10: Parteibindung nach Sonntagsfrage 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: andere Partei/weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 1. Lesehilfe: 53 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Union geben eine Parteibindung an die CDU an, 14 Prozent eine Bindung an die CSU.

Man kann die Analyse auch umdrehen, sich also nicht ansehen, wie hoch der Anteil Parteigebundener unter den Wählerschaften ist, sondern welche Parteien die Parteigebundenen (und die Ungebundenen) wählen würden, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Hier zeigt sich gewissermaßen die Treue der Parteigebundenen zu ihrer Partei. Außer bei den FDP-Gebundenen ist die Quote derjenigen, die die Partei, an die sie sich gebunden fühlen, auch wählen, unter allen Parteigebundenen sehr hoch (s. Abbildung 11).

Am treuesten sind die CSU- und die AfD-Gebundenen. Hier würden über 90 Prozent die jeweilige Partei auch wählen. Unter den Parteigebundenen an CDU, Linke und Grüne gilt das für über 80 Prozent. Unter den Grünen-Gebundenen würden aber auch 8 Prozent die Linke wählen. Erneut zeigt sich hier die Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2025.

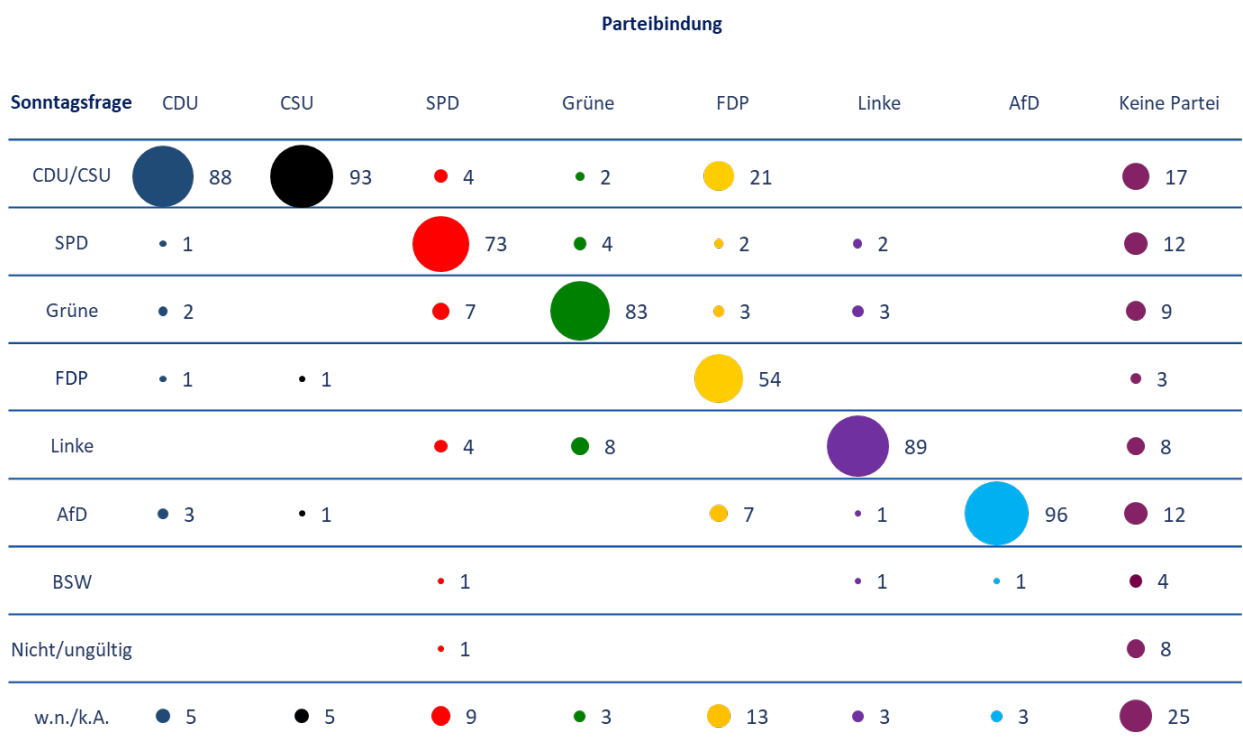
Die SPD-Gebundenen sind etwas weniger treu. 73 Prozent der SPD-Gebundenen geben die Partei auch bei der Sonntagsfrage an. 9 Prozent derjenigen mit einer Bindung an die SPD wissen dagegen nicht, welche Partei sie wählen würden oder machen keine Angabe. Weitere 7 Prozent der SPD-Gebundenen würden die Grünen wählen.

Die FDP-Gebundenen gehen ihrer Partei am häufigsten fremd, um im Bild zu bleiben. Nur 54 Prozent der FDP-Gebundenen würde auch die FDP wählen. Ganze 21 Prozent geben bei der Sonntagsfrage dagegen die Union an. Weitere 13 Prozent derjenigen mit Bindung an die FDP

wissen nicht, wen sie wählen würden, oder machen keine Angabe, und 7 Prozent würden die AfD wählen.

Personen ohne Parteibindung bleiben häufiger der Wahl fern als Personen mit Parteibindung. 8 Prozent der Ungebundenen sagen, sie würden ungültig oder gar nicht wählen, und ein Viertel weiß nicht, welche Partei sie wählen würden, oder macht keine Angabe. Bei der Wahlabsicht der Ungebundenen zeichnet sich keine besondere Präferenz für eine Partei ab. 17 Prozent der Ungebundenen würden die Union wählen, 12 Prozent die SPD und weitere 12 Prozent die AfD. 9 Prozent der Ungebundenen geben bei der Sonntagsfrage die Grünen an, 8 Prozent die Linke. FDP und BSW liegen unter 5 Prozent.

Abbildung 11: Sonntagsfrage nach Parteibindung 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent; andere Partei/weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 1. Lesehilfe: 88 Prozent der Personen mit einer Parteibindung an die CDU würden CDU/CSU wählen.

Parteiaffinitäten

Die Parteibindung ist eine wichtige Komponente des sozialpsychologischen Modells zur Erklärung von Wahlverhalten. Und auch im Wahlkampf der Parteien spielt sie eine bedeutende Rolle, da sie zur Identifizierung der Kernwählerschaft dienen kann. Die Umsetzung der Parteibindung in Umfragen wird aber immer wieder diskutiert (s. exemplarisch Ambrasat 2017, Mayer 2017, Mayer 2015; für einen Überblick über die Diskussion s. Kroh 2020). An dem häufig genutzten Standardinstrument wird kritisiert, dass damit nur die Bindung an eine einzige Partei gemessen werden kann. Multiple Bindungen können damit hingegen nicht abgebildet werden und auch

negative Affinitäten sind nicht erfassbar, können aber durchaus relevant sein. Daher gibt es Versuche, die Messung der Parteibindung weiterzuentwickeln (Ambrasat 2017, Mayer 2017, Mayer 2015) oder bestehende Instrumente wie das Parteienskalometer zur Analyse multipler positiver und negativer Parteibindungen zu verwenden (Vehrkamp/Bischoff 2020).

An der klassischen Frage nach der Parteibindung, wie sie schon lange in Deutschland verwendet wird, wird zusätzlich ihre mangelnde sozialpsychologische Fundierung kritisiert (Mayer 2015, 2017). Deshalb wird eine Messung auf Basis der Theorie der sozialen Identität vorgeschlagen (ebd.). Diese Theorie geht davon aus, dass Menschen sich verschiedenen sozialen Gruppe zugehörig fühlen (Tajfel/Turner 1986). Dabei streben sie danach, die eigene Gruppe im Vergleich zu den Fremdgruppen möglichst positiv zu sehen. Solche Gruppenvergleiche werden umso häufiger vorgenommen, je stärker die soziale Identität ist (Tougas/Beaton 2002). Wenn der Vergleich mit Fremdgruppen negativ ausfällt, gibt es zwei mögliche Strategien, um zu einer positiven Selbstwahrnehmung zu gelangen. Eine Möglichkeit besteht darin, die Gruppe zu wechseln und so zu einer positiv wahrgenommenen Gruppe zu gehören. Das ist jedoch nicht immer möglich. Eine zweite Strategie besteht daher darin, über soziale Kreativität die Vergleichsdimension oder die Vergleichsgruppe zu wechseln und so zu einer Aufwertung der Eigen- und Herabwertung der Fremdgruppe zu gelangen (Tajfel/Turner 1986; Hogg/Abrams 1988). Für die soziale Identität ist somit nicht nur ein positives Bild der eigenen Gruppe, sondern auch ein negatives Bild der Fremdgruppe(n) relevant. Auf die Wahrnehmung von Parteien übertragen bedeutet das, dass es nicht nur eine positive Sicht auf eine oder mehrere Parteien gibt, sondern für die (positive) Selbstwahrnehmung ebenfalls eine negative Sicht auf eine oder mehrere andere Parteien bedeutsam sein kann. Diese negative Bewertung von Parteien kann dann ebenfalls für die Wahlentscheidung relevant sein, indem beispielsweise eine Partei gewählt wird, die sich von der negativ bewerteten Partei maximal unterscheidet oder die eine Koalition mit dieser Partei besonders glaubwürdig ausschließt.

Deshalb wurde zusätzlich zur klassischen Parteibindung in beiden Umfragen für jede Partei, die vor der Wahl eine potenzielle Chance hatte, in den Bundestag einzuziehen, die Nähe zu oder Ablehnung der Partei (Parteiaffinität) erhoben. Die Frageformulierung lautet:

„Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CDU/CSU/SPD/Grünen/FDP/Linke/BSW/AfD?“

Damit sind sowohl multiple positive als auch multiple negative Parteiaffinitäten messbar. Über die Antwortkategorie „gleichgültig“ ist es zudem möglich, komplett Ungebundene zu identifizieren, die allen Parteien gleichgültig gegenüberstehen. Im Gegensatz zur klassischen Parteibindung kann nicht nur die Kernwählerschaft, sondern auch ein erweitertes Wählerpotenzial identifiziert und analysiert werden.

Grundsätzlich ist es auch möglich, multiple positive und negative Bewertungen mit den Parteiskalometern von +5 bis -5 zu erfassen (Vehrkamp/Bischoff 2020). Allerdings haben die Parteiskalometer den Nachteil, dass ein Grenzwert definiert werden muss, ab dem eine Person eine positive oder negative Bindung aufweist. Vehrkamp und Bischoff (2020: 189) setzen den Grenzwert bei +3 für eine positive und bei -3 für eine negative Bindung. Das ist legitim, gleichzeitig wäre es aber auch legitim, den Grenzwert bei +/-2 oder +/-4 anzusetzen. Die Entscheidung für einen bestimmten Grenzwert hat dabei massive Auswirkungen auf das Ergebnis.

Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelte Frage hat dagegen den Vorteil, dass Nähe und Ablehnung sprachlich explizit formuliert sind. Ob eine Person, die eine Partei mit +3 bewertet,

diese nach eigener Auskunft etwas oder sehr mag, ist unklar. Hier ist die verbalisierte Skala im Vorteil. Aber auch mit dieser Skala muss entschieden werden, ob eine Person eine Partei sehr mögen muss, oder ob es reicht, die Partei etwas zu mögen, um eine positive Affinität zu haben. Wo es möglich ist, werden beide Anteile ausgewiesen. Wenn das nicht möglich ist, wird die jeweilige Entscheidung kenntlich gemacht.

Parteiaffinität im Zeitvergleich

Nach der Bundestagswahl 2025 sind SPD, CDU und die Grünen am beliebtesten, wenn man die Kategorien „mag ich sehr“ und „mag ich etwas“ addiert (s. Abbildung 12). 44 Prozent mögen die SPD, 41 Prozent mögen die CDU und 40 Prozent mögen die Grünen sehr oder etwas. Gleichzeitig lehnen 24 Prozent die SPD sehr oder etwas ab, 34 Prozent lehnen die CDU ab und 38 Prozent die Grünen.

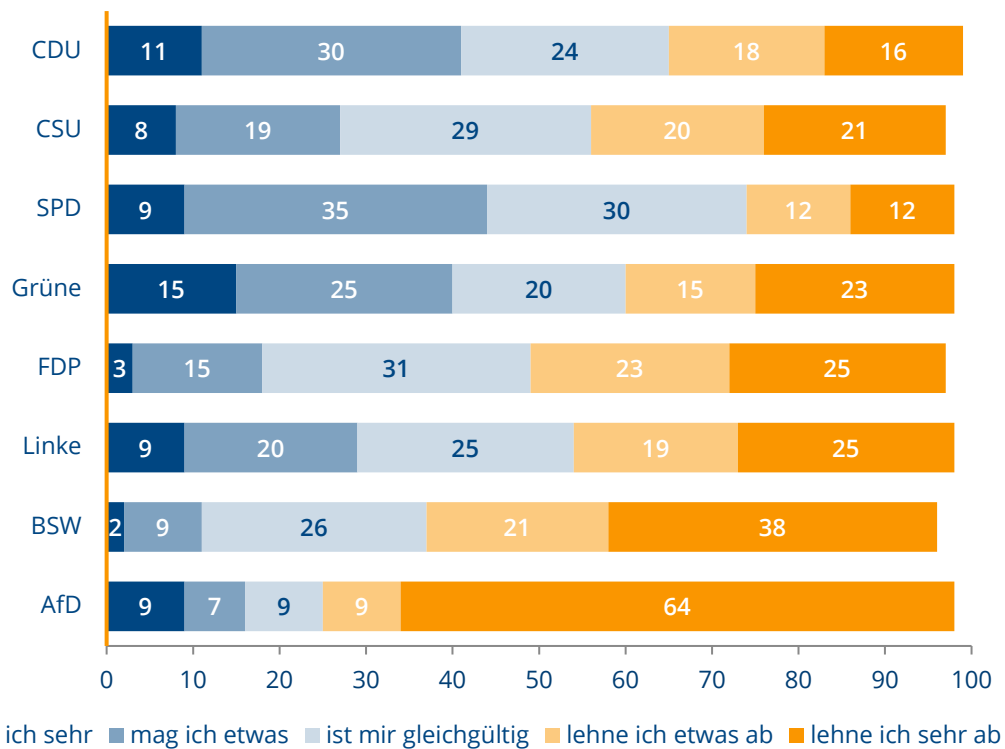
Auf Platz 4 der Beliebtheit liegt die Linke. 29 Prozent mögen die Linke, 44 Prozent lehnen sie ab. Ähnlich sieht es bei der CSU aus. 27 Prozent mögen die CSU, 41 Prozent lehnen die CSU ab.

Die FDP wird zwar nur von sehr wenigen Menschen sehr gemocht, aber insgesamt mögen 18 Prozent die FDP sehr oder etwas. Knapp die Hälfte lehnt die FDP aber sehr oder etwas ab.

Die AfD liegt bei der Gesamtsympathie mit 16 Prozent auf dem vorletzten Platz. Gleichzeitig wird die AfD aber von mehr Menschen abgelehnt als alle anderen Parteien. 64 Prozent lehnen die AfD sehr und weitere 9 Prozent lehnen sie etwas ab. Nur 9 Prozent ist die AfD gleichgültig. Das ist mit Abstand der niedrigste Wert aller Parteien. Bei allen anderen Parteien liegt die Gleichgültigkeit zwischen 20 und 31 Prozent. Die AfD polarisiert damit stärker als alle anderen Parteien.

Das BSW ist zwar mit nur 11 Prozent weniger beliebt als die AfD, allerdings ist die Ablehnung des BSW weniger stark ausgeprägt. Trotzdem lehnen immerhin 59 Prozent das BSW sehr oder etwas ab.

Abbildung 12: Parteiaffinitäten 2025



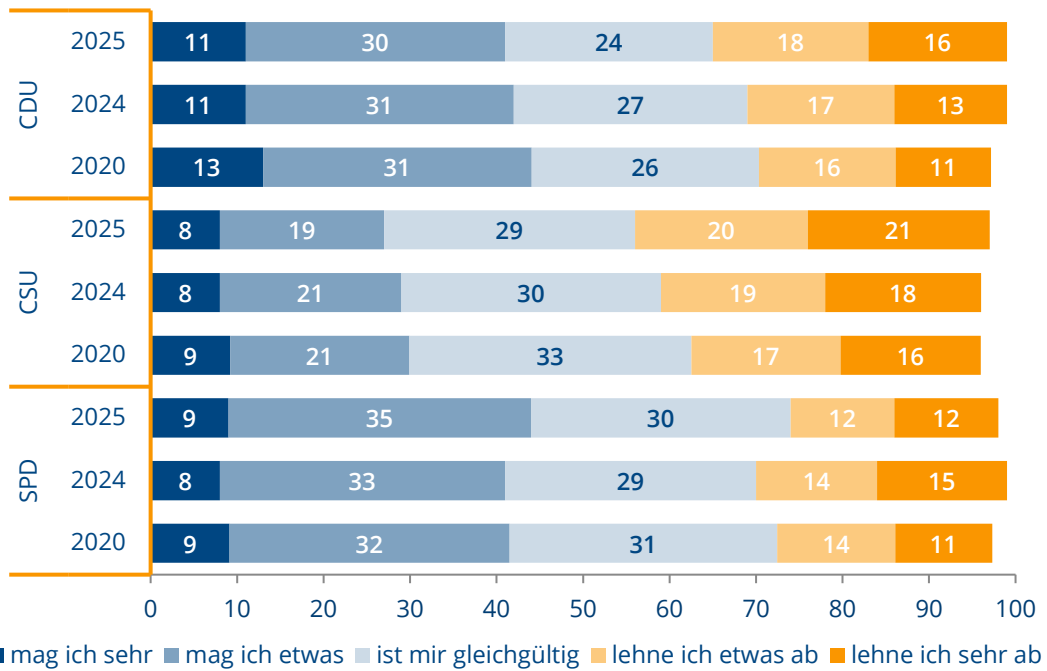
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CDU/CSU/SPD/Grünen/FDP/Linke/BSW/AfD?“

Die Frage nach den Parteiaffinitäten wurde schon 2020 in einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung erhoben (Neu/Pokorny 2021). Daher ist es möglich, neben dem eher kurzfristigen Zeitvergleich mit 2024 auch einen längerfristigen Vergleich mit 2020 durchzuführen, um zu untersuchen, wie stabil oder veränderlich die Parteiaffinitäten sind.

Für CDU, CSU und SPD zeigt sich eine erstaunliche Stabilität (s. Abbildung 13). In der Tendenz hat die Ablehnung der CDU und der CSU seit 2020 leicht zugenommen. Darüber hinaus gibt es keine nennenswerten Veränderungen bei den Affinitäten gegenüber CDU, CSU und SPD zwischen 2020 und 2025.

Abbildung 13: Parteilaffinitäten 2020 bis 2025: CDU, CSU, SPD



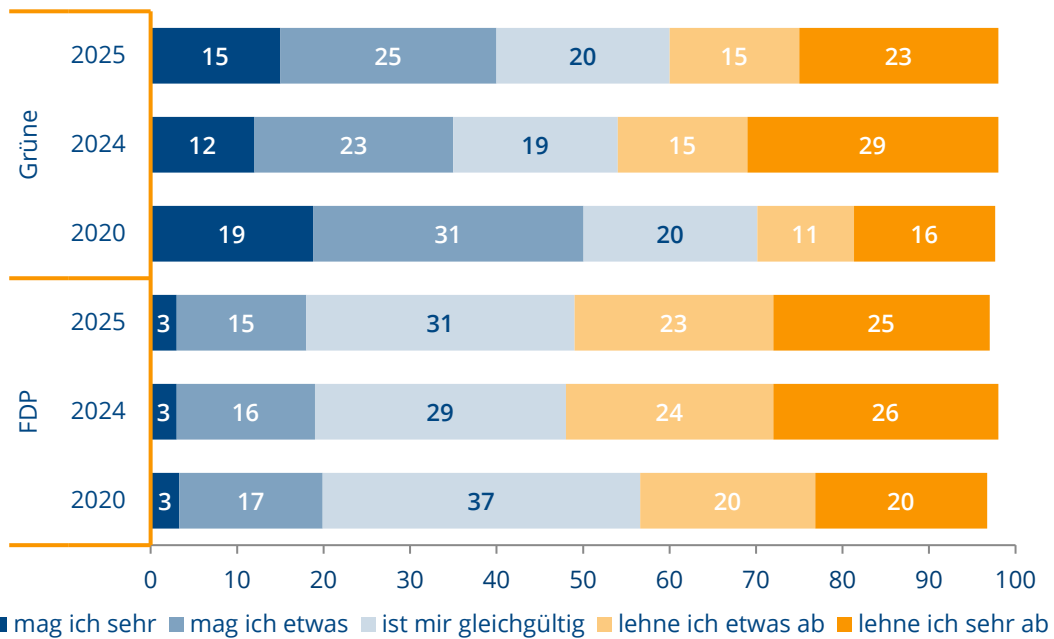
Quelle: Umfragen 1018, 1056, 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12.

Etwas mehr Veränderung zeigt sich dagegen bei Grünen und FDP (s. Abbildung 14). Die Nähe zu den Grünen ist vor allem zwischen 2020 und 2024 deutlich gesunken, während gleichzeitig die Ablehnung der Partei gestiegen ist. Zwischen 2024 und 2025 ist die Nähe zu den Grünen wieder etwas gestiegen und die Ablehnung wieder etwas gesunken, die Werte sind aber noch deutlich vom 2020er Niveau entfernt. 2020 gaben 50 Prozent an, die Grünen sehr oder etwas zu mögen. Damit lagen sie damals vor allen anderen Parteien. 2025 sagen das nur noch 40 Prozent.

Bezüglich der Nähe zur FDP hat sich seit 2020 nichts verändert. 18 Prozent geben 2025 an, die FDP sehr oder etwas zu mögen (2020: 20 Prozent). Gewisse Veränderungen gibt es aber bei der Gleichgültigkeit gegenüber der Partei und der Ablehnung. Die Gleichgültigkeit gegenüber der FDP ist gesunken. Die Ablehnung ist dagegen gestiegen.

Abbildung 14: Parteiaffinitäten 2020 bis 2025: Grüne, FDP



Quelle: Umfragen 1018, 1056, 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

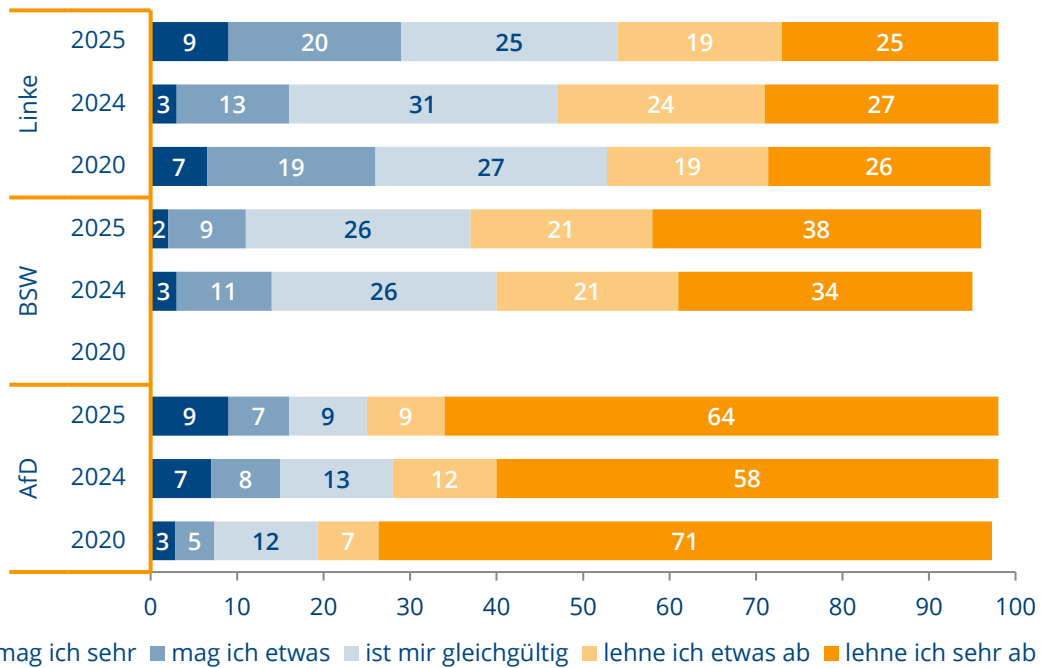
Fragen: siehe Abbildung 12.

Bei den Parteien der politischen Ränder gibt es teilweise Veränderungen (s. Abbildung 15). Die Sympathie für die Linke ist zwischen 2020 und 2024 leicht gesunken, zeitgleich ist die Ablehnung leicht gestiegen. 2025 ist beides jedoch wieder auf dem Niveau von 2020. Sahra Wagenknechts Austritt aus der Linken hat nur kurzfristig zu einem Rückgang der Sympathie für die Linke geführt, von dem sich die Partei schnell erholt hat.

Für das BSW liegen naturgemäß keine Werte für 2020 vor. Zwischen Herbst 2024 und Frühjahr 2025 sind die Werte nahezu unverändert. 2025 mögen 11 Prozent das BSW sehr oder etwas und 59 Prozent geben an, das BSW sehr oder etwas abzulehnen.

Die Sympathie für die AfD ist immer noch gering ausgeprägt, hat sich aber seit 2020 insgesamt verdoppelt. Damals mochten 8 Prozent die AfD sehr oder etwas. 2025 mögen 16 Prozent die AfD sehr oder etwas. Wenn man nur diejenigen betrachtet, die die AfD sehr mögen, hat sich der Anteil von 3 auf 9 Prozent sogar (auf niedrigem Niveau) verdreifacht. Die Ablehnung der AfD ist (auf hohem Niveau) leicht gesunken. 2020 lehnten 71 Prozent die AfD sehr ab (Gesamtablehnung: 78 Prozent), 2025 lehnen sie 64 Prozent sehr ab (Gesamtablehnung: 73 Prozent).

Abbildung 15: Parteiaffinitäten 2020 bis 2025: Linke, BSW, AfD



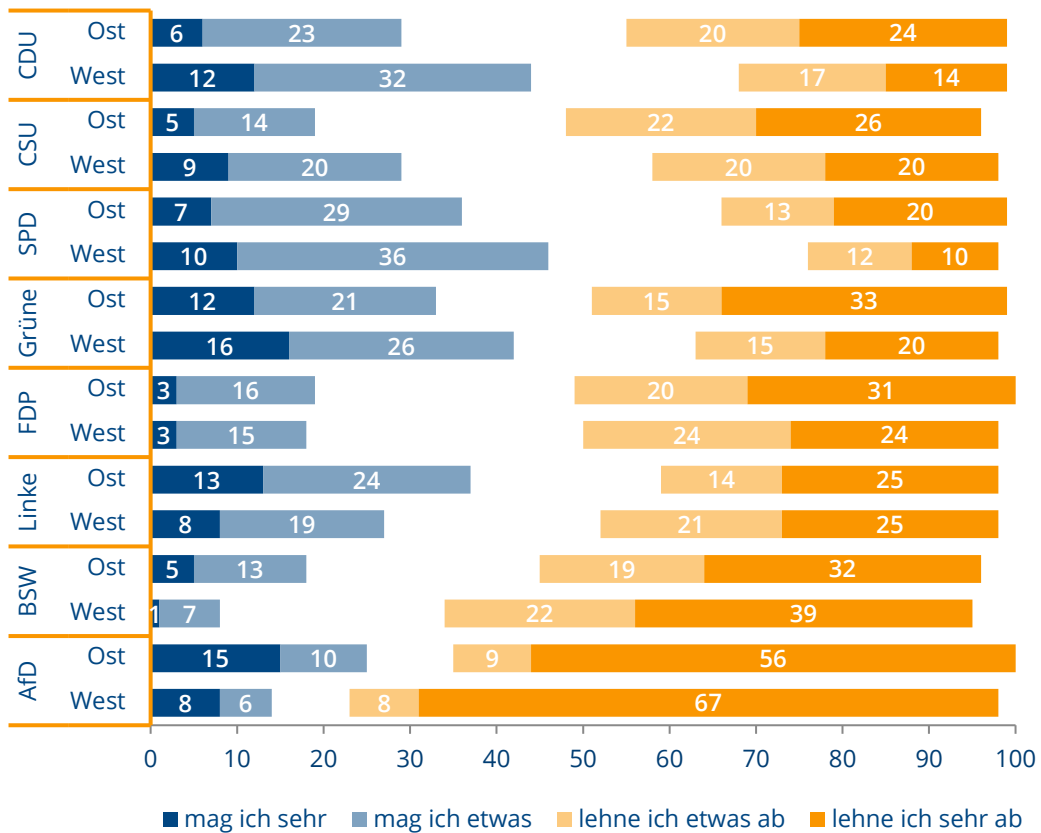
Quelle: Umfragen 1018, 1056, 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12.

Die Unterscheidung nach Ost- und Westdeutschland zeigt, dass CDU, CSU, SPD und Grüne in Westdeutschland beliebter sind als in Ostdeutschland (s. Abbildung 16). Gleichzeitig ist die Ablehnung dieser Parteien in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Die Haltung zur FDP unterscheidet sich nicht zwischen Ost- und Westdeutschland. Dagegen sind die Parteien der Ränder – Linke, BSW und AfD – in Ostdeutschland beliebter als in Westdeutschland und werden in den westdeutschen Bundesländern häufiger abgelehnt als in den ostdeutschen Ländern.

In Westdeutschland sind SPD, CDU und Grüne die beliebtesten Parteien und liegen nahezu gleichauf. AfD und BSW sind am wenigsten beliebt. In Ostdeutschland sind dagegen die Linke, SPD und Grüne⁹ am beliebtesten, die CDU folgt erst auf Platz 4. Betrachtet man allerdings nur die Kategorie „mag ich sehr“, sind AfD, Linke und Grüne die beliebtesten Parteien in Ostdeutschland. Am wenigsten beliebt sind in Ostdeutschland FDP, CSU und BSW.

Abbildung 16: Parteilaffinitäten in Ost- und Westdeutschland 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12.

Mehrfachaffinitäten

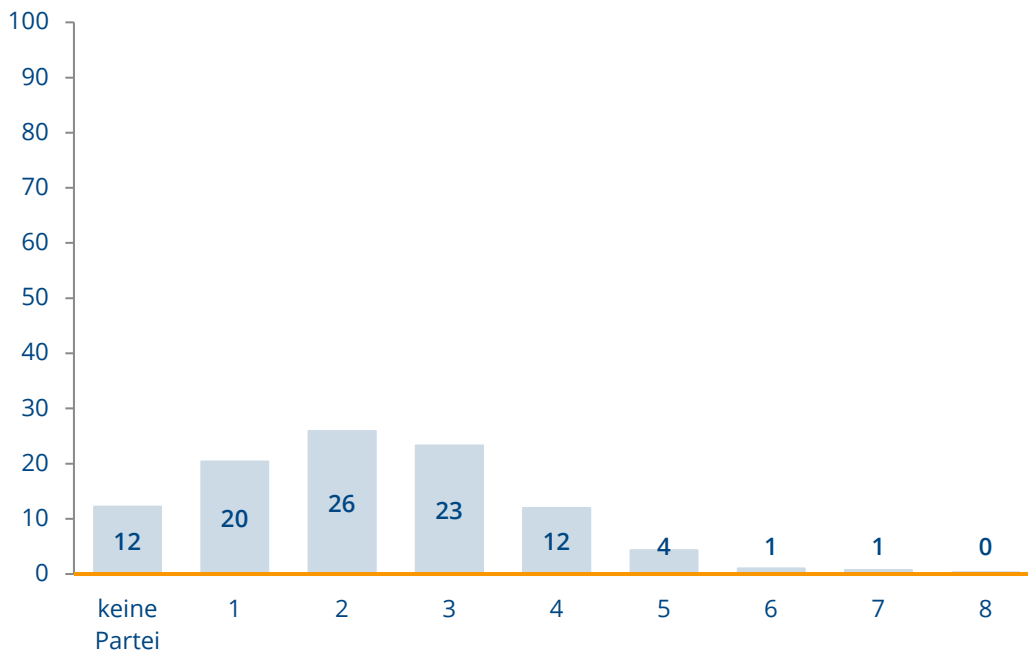
Mit einem erweiterten Parteienangebot liegt es nahe, dass Menschen mehr als einer Partei zuneigen können. Daher wurden im Gegensatz zur klassischen Frage nach der Parteibindung bei der Parteilaffinität-Frage alle Personen zu allen Parteien mit einer Chance, 2025 in den Bundestag einzuziehen, befragt, sodass es möglich ist, mehrere oder sogar alle Parteien zu mögen. Wie viele Parteien eine Person mag, variiert dabei je nachdem, ob man nur die Parteien zählt, die die Person sehr mag, oder auch die Parteien, die die Person etwas mag. Berücksichtigt man „mag ich sehr“ und „mag ich etwas“ zusammen, zeigt sich, dass rund zwei Drittel der Wahlberechtigten angeben, mehr als eine Partei (sehr oder etwas) zu mögen (s. Abbildung 17).

Lediglich ein Fünftel gibt an, nur eine Partei zu mögen. Ein gutes Viertel mag zwei Parteien sehr oder etwas, ein weiteres knappes Viertel gar drei Parteien. Zudem geben 12 Prozent bei ganzen vier Parteien an, diese sehr oder etwas zu mögen. Auf fünf Parteien kommen lediglich 4 Prozent. Je 1 Prozent mögen sechs und sieben Parteien sehr oder etwas.

Zudem gibt es eine kleine Anzahl Befragter, die bei keiner einzigen Partei angeben, sie zu mögen. Nur 12 Prozent äußern zu keiner abgefragten Parteien eine gewisse Verbundenheit.

Zusammenhangsanalysen zeigen, dass die Zahl der Parteien, die eine Person sehr oder etwas mag, mit zunehmender Demokratiezufriedenheit und zunehmendem politischen Interesse steigt (ohne Abbildung). Menschen, die sehr zufrieden mit der Demokratie und politisch sehr interessiert sind, mögen also mehr Parteien als Menschen, die mit der Demokratie unzufrieden und politisch uninteressiert sind.¹⁰

Abbildung 17: Mehrfache positive Parteiaffinitäten 2025 (mag ich sehr/mag ich etwas)



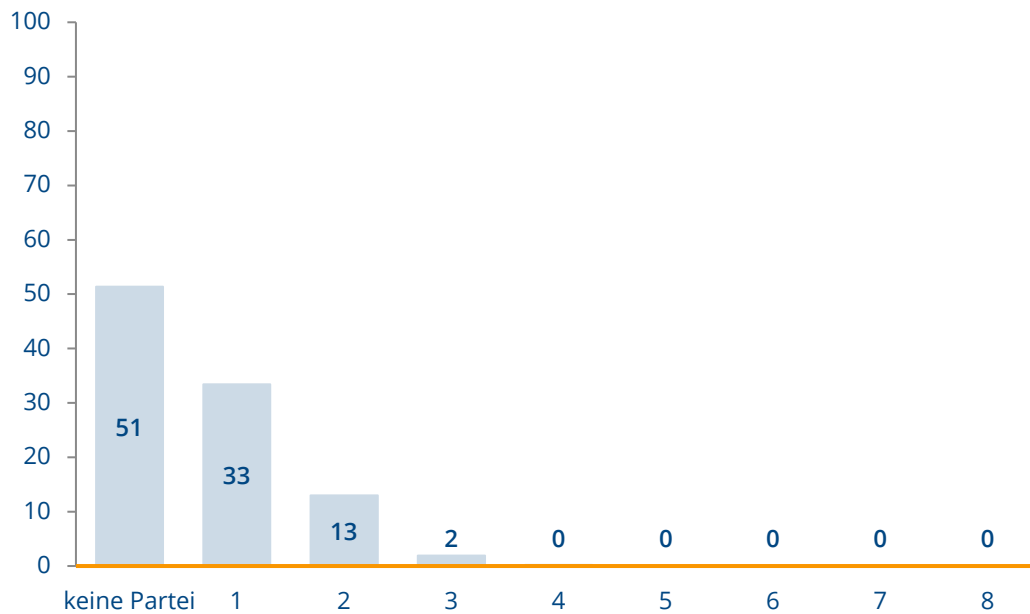
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Fragen: siehe Abbildung 12.

Ganz anders sieht es aus, wenn man nur diejenigen betrachtet, die eine (oder mehrere) Partei(en) sehr mögen (s. Abbildung 18). Ein Drittel der Wahlberechtigten mag eine Partei sehr. Nur 13 Prozent mögen zwei Parteien sehr und 2 Prozent mögen drei Parteien sehr. Dagegen gibt gut jede und jeder Zweite bei keiner Partei an, sie sehr zu mögen.

Die Befunde deuten darauf hin, dass positive Mehrfachaffinitäten an Parteien zwar bestehen, sie aber möglicherweise nicht gleichwertig in ihrer Bindungskraft sind. Es wird vermutlich einen Unterschied machen, ob man die Partei sehr und eine andere Partei etwas mag.

Abbildung 18: Mehrfache positive Parteiaffinitäten 2025 (mag ich sehr)

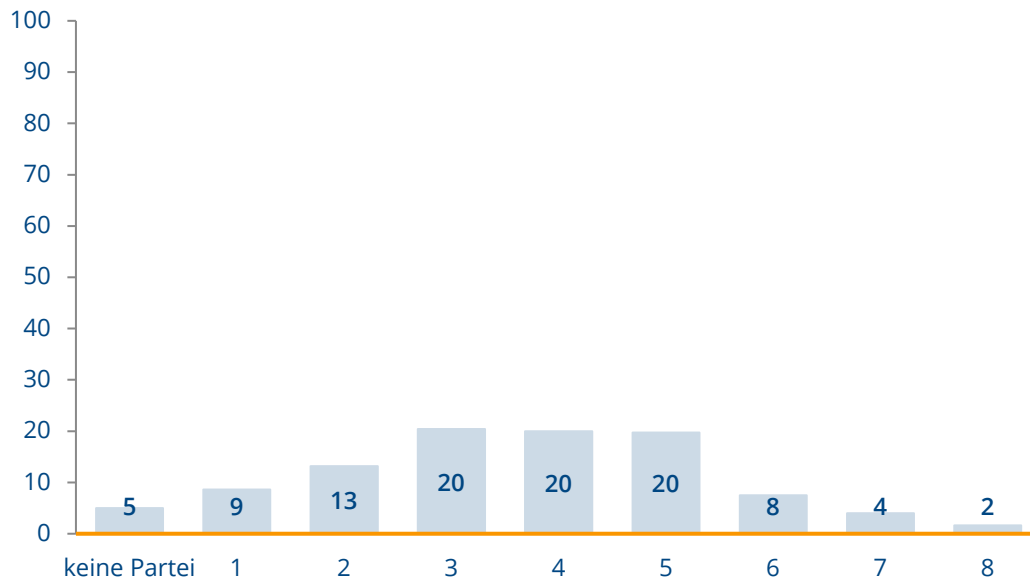


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 12.

Neben der positiven kann es auch eine negative Affinität geben. Auch hier sind mehrfache negative Affinitäten denkbar. Und auch hier macht es einen Unterschied, ob man nur diejenigen betrachtet, die eine Partei sehr ablehnen, oder ob man auch diejenigen einbezieht, die eine Partei etwas ablehnen. Berücksichtigt man alle, die eine Partei sehr oder etwas ablehnen, gibt es nur 5 Prozent, die keine Partei ablehnen (s. Abbildung 19). 9 Prozent lehnen eine Partei sehr oder etwas ab, 13 Prozent zwei Parteien. Jeweils 20 Prozent lehnen drei, vier oder fünf Parteien ab. 8 Prozent lehnen ganze sechs Parteien sehr oder etwas ab. 4 Prozent lehnen sieben von acht abgefragten Parteien ab und 2 Prozent sogar alle acht erhobenen Parteien. Damit ist die Ablehnung mehrerer Parteien deutlich verbreiteter als die Nähe zu mehreren Parteien.

Abbildung 19: Mehrfache negative Parteiaffinitäten 2025 (lehne ich sehr ab/lehne ich etwas ab)

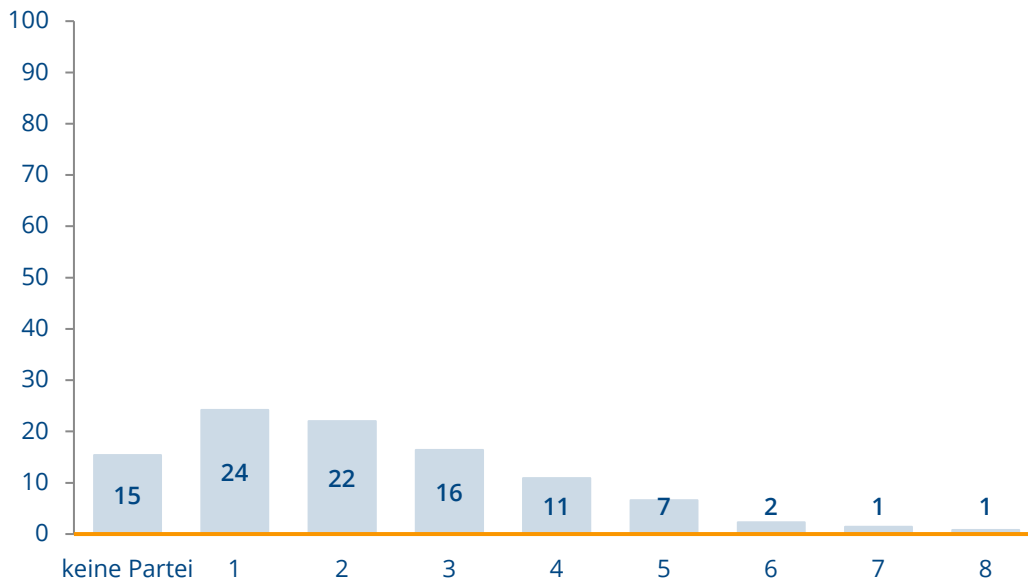


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 12.

Etwas geringer wird das Ausmaß der Ablehnung, wenn man nur diejenigen betrachtet, die eine Partei sehr ablehnen (s. Abbildung 20). Immerhin 15 Prozent lehnen keine Partei sehr ab. Ein knappes Viertel lehnt eine Partei sehr ab. 22 Prozent lehnen zwei Parteien ab und 16 Prozent drei Parteien. 11 Prozent äußern große Ablehnung gegenüber vier Parteien, 7 Prozent gegen fünf und 2 Prozent gegen sechs Parteien. Je 1 Prozent lehnt sieben und acht von acht abgefragten Parteien sehr ab. Auch wenn die Ablehnung hier geringer ausfällt, ist eine negative Mehrfachaffinität auf jeden Fall weiter verbreitet als eine positive Mehrfachaffinität.

Abbildung 20: Mehrfache negative Parteiaffinitäten 2025 (lehne ich sehr ab)



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 12.

Neben der Anzahl der gemochten oder abgelehnten Parteien ist es besonders interessant, welche Parteien gemeinsam gemocht werden und welche ParteiAffine welche anderen Parteien eher ablehnen. Im Folgenden werden diejenigen als ParteiAffine bezeichnet, die eine Partei sehr oder etwas mögen.

CDU und CSU bilden zwar eine gemeinsame Bundestagsfraktion, werden aber durchaus unterschiedlich wahrgenommen, wie schon weiter oben deutlich wurde. Zwar mögen große Teile der CSU-Affinen die CDU und umgekehrt, aber gerade die CDU-Affinen zeigen auch eine gewisse Skepsis gegenüber der CSU. 88 Prozent derjenigen, die die CSU sehr oder etwas mögen, mögen auch die CDU sehr oder etwas (s. Tabelle 2). Umgekehrt mögen nur 57 Prozent derjenigen, die die CDU sehr oder etwas mögen, auch die CSU. Ganzen 27 Prozent der CDU-Affinen ist die CSU gleichgültig, 13 Prozent lehnen sie sogar sehr oder etwas ab.

Auch wenn es teilweise große Minderheiten gibt, die lagerübergreifend Parteien mögen, sind die klassischen politischen Lager („schwarz-gelb“ und „rot-grün“) nicht verschwunden. 70 Prozent der FDP-Affinen mögen auch die CDU sehr oder etwas, 53 Prozent die CSU. Umgekehrt sind die CDU- und die CSU-Affinen jeweils ungefähr gedrittelt in ihrer Haltung zur FDP (mögen – gleichgültig – ablehnen).

Ebenfalls „lagerkonform“ sieht es bei SPD, Grünen und Linken aus. 67 Prozent der SPD-Affinen mögen auch die Grünen, immerhin 43 Prozent die Linke. 74 Prozent der Grünen-Affinen mögen die SPD, 50 Prozent mögen die Linke. Und unter den Linke-Affinen mögen 65 Prozent die SPD sehr oder etwas und 69 Prozent die Grünen.

Zwischen SPD- und CDU-Affinen gibt es ebenfalls gewisse Überschneidungen, auch wenn es den klassischen politischen Lagern nicht entspricht. Hier zeigt sich aber eine gewisse Nähe zwischen den Parteien der Mitte. 50 Prozent der SPD-Affinen mögen die CDU und 55 Prozent der CDU-

Affinen mögen die SPD. Mit der CSU hadern die SPD-Affinen dagegen stärker. Nur 30 Prozent der SPD-Affinen mögen die CSU, 43 Prozent lehnen die CSU sehr oder etwas ab.

Noch uneindeutiger ist das Verhältnis aus CDU- bzw. CSU- und Grünen-Affinen. Zwar mögen 42 Prozent der Grünen-Affinen auch die CDU, 36 Prozent lehnen die CDU aber ab. Die CSU wird sogar von 51 Prozent der Grünen-Affinen abgelehnt. Umgekehrt mögen 42 Prozent der CDU- und 33 Prozent der CSU-Affinen die Grünen. Aber auch 40 Prozent der CDU- und 48 Prozent der CSU-Affinen lehnen die Grünen ab.

Die BSW- und AfD-Affinen ähneln sich. Beide Gruppen lehnen fast alle anderen Parteien mehrheitlich ab oder ihnen sind die Parteien gleichgültig. Für keine andere Partei hegen sie mehrheitlich Sympathien. Gleichzeitig lehnen auch fast alle anderen ParteiAffinen das BSW und die AfD als Partei mehrheitlich ab. Besonders hoch ist die Ablehnung zwischen den AfD- und Grünen-Affinen. 85 Prozent der AfD-Affinen lehnen die Grünen ab und 94 Prozent der Grünen-Affinen lehnen die AfD ab. Aber auch zu anderen Parteien fühlen sich die AfD-Affinen nicht hingezogen. 55 Prozent derjenigen, die die AfD mögen, lehnen die CDU sehr oder etwas ab, 52 Prozent lehnen die CSU ab, 65 Prozent die SPD und 69 Prozent die Linke. Insgesamt lehnen 4 Prozent derjenigen, die die AfD sehr oder etwas mögen, alle etablierten Parteien der politischen Mitte (CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP) sehr oder etwas ab (ohne Abbildung). In Ostdeutschland fällt dieser Anteil mit 8 Prozent höher aus als in Westdeutschland mit 3 Prozent.

Tabelle 2: Parteiaffinitäten nach Parteinähe 2025

	Ich mag die ... sehr/etwas.	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	BSW	AfD
CDU	mag ich sehr/etwas		88	50	42	70	29	34	25
	ist mir gleichgültig		7	21	21	14	18	22	20
	lehne ich sehr/etwas ab		5	28	36	16	53	44	55
CSU	mag ich sehr/etwas	57		30	22	53	15	31	24
	ist mir gleichgültig	27		25	25	25	21	25	23
	lehne ich sehr/etwas ab	13		43	51	20	63	42	52
SPD	mag ich sehr/etwas	55	50		74	48	65	35	13
	ist mir gleichgültig	25	25		20	24	24	30	22
	lehne ich sehr/etwas ab	20	24		6	28	10	35	65
Grüne	mag ich sehr/etwas	42	33	67		35	69	25	8
	ist mir gleichgültig	19	19	15		15	14	14	7
	lehne ich sehr/etwas ab	40	48	18		50	16	61	85

	Ich mag die ... sehr/etwas.	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	BSW	AfD
FDP	mag ich sehr/etwas	32	37	20	16		13	25	21
	ist mir gleichgültig	34	32	28	26		22	23	28
	lehne ich sehr/etwas ab	33	30	51	57		65	49	48
Linke	mag ich sehr/etwas	21	16	43	50	20		41	12
	ist mir gleichgültig	23	21	25	24	18		20	18
	lehne ich sehr/etwas ab	55	61	31	25	60		37	69
BSW	mag ich sehr/etwas	9	13	8	7	14	15		30
	ist mir gleichgültig	24	25	20	19	27	21		34
	lehne ich sehr/etwas ab	64	59	68	72	56	61		33
AfD	mag ich sehr/etwas	10	14	5	3	18	7	45	
	ist mir gleichgültig	8	10	4	2	11	2	6	
	lehne ich sehr/etwas ab	82	75	91	94	70	91	47	

Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

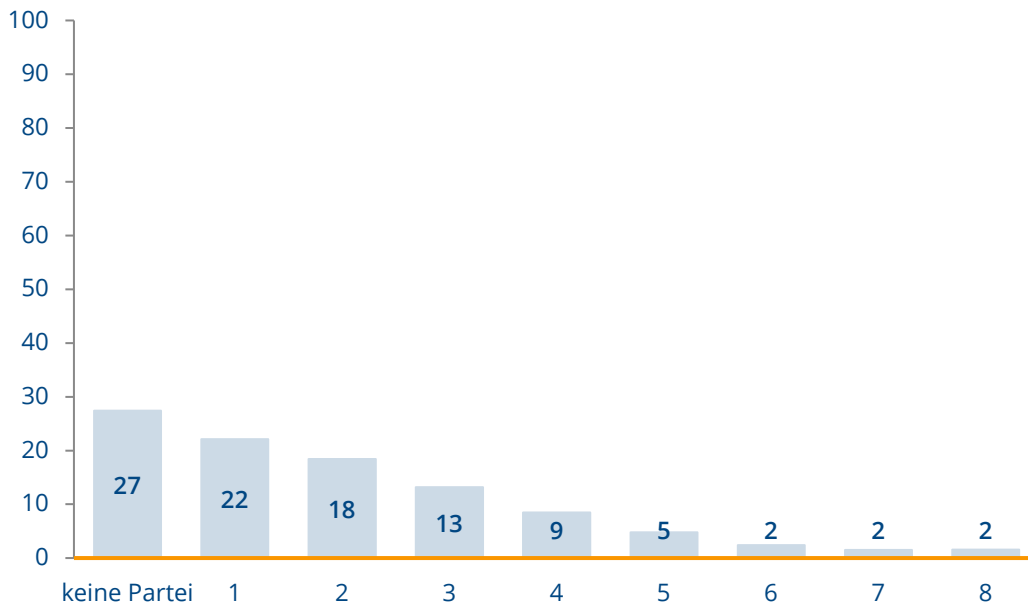
Frage: siehe Abbildung 12. Lesehilfe: 50 Prozent derjenigen, die die SPD sehr oder etwas mögen, mögen auch die CDU sehr oder etwas. 21 Prozent derjenigen, die die SPD sehr oder etwas mögen, sagen, die CDU sei ihnen gleichgültig. 28 Prozent derjenigen, die die SPD sehr oder etwas mögen, lehnen die CDU sehr oder etwas ab. Rosa markiert sind Werte, die eine überwiegende Ablehnung ausdrücken, grün markierte Werte stehen für eine überwiegende Nähe.

Politisch ungebundene Wahlberechtigte können mit der Antwortkategorie „ist mir gleichgültig“ identifiziert werden. Diese Personen haben weder eine positive noch eine negative Parteiaffinität. Personen, die allen acht abgefragten Parteien gegenüber indifferent sind, können als Indifferente bezeichnet werden, auch wenn theoretisch eine Bindung an eine der kleineren, nicht erhobenen Parteien möglich ist. Der Anteil scheint aber vernachlässigbar.

Insgesamt kann auf diese Art nur ein sehr kleiner Anteil als komplett indifferent bezeichnet werden (s. Abbildung 21). Lediglich 2 Prozent geben an, allen acht Parteien gegenüber gleichgültig zu sein. Ein gutes Viertel steht sogar keiner Partei indifferent gegenüber. Im Gegensatz zur

klassischen Frage nach der Parteibindung fällt der Anteil Indifferenter viel niedriger aus als der Anteil Ungebundener, weil er nur Indifferenz erfasst, die klassische Parteibindung hingegen auch eine negative Affinität als fehlende Parteibindung kategorisiert. Dabei kann auch eine negative Affinität einen wichtigen Einfluss auf die Wahlentscheidung nehmen.

Abbildung 21: Indifferenz gegenüber Parteien 2025 (ist mir gleichgültig)



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 12.

Das Verhältnis von Parteibindung und Parteiaffinität

Im Vergleich zur klassischen Frage nach der Parteibindung stellt die Frage nach der Parteiaffinität eine differenziertere Erhebungsmethode für die Neigung zu einer Partei dar. Daher ist es besonders interessant zu untersuchen, in welchem Verhältnis die klassische Parteibindung und die (mehrfache) Parteiaffinität zueinanderstehen? Hier gibt eine Verteilung der Parteiaffinität nach Parteibindung einen ersten Anhaltspunkt. Nur 4 Prozent der Gebundenen mögen keine Partei sehr oder etwas, das gilt aber für 24 Prozent der Ungebundenen (ohne Abbildung). Dagegen sind positive Mehrfachaffinitäten unter Parteigebundenen häufiger als unter Ungebundenen. 75 Prozent der Parteigebundenen mögen mehr als eine Partei sehr oder etwas. Das Gleiche gilt nur für 56 Prozent der Ungebundenen.

Positive Parteiaffinität

Wenig überraschend findet sich unter den Personen mit einer Parteibindung zu einer Partei auch ein besonders hoher Anteil an Personen, die diese Partei sehr oder etwas mögen (s. Abbildung 22). Am höchsten fällt dieser Anteil 2025 bei den Bindungen an die Grünen und die Linke aus (je 97 Prozent), aber auch bei den Gebundenen an die CSU und die AfD (je 95 Prozent), am

niedrigsten, aber auch auf sehr hohem Niveau, bei denjenigen mit einer Bindung an die SPD (87 Prozent) und die CDU (88 Prozent).

Bei einigen Parteigebundenen zeigt sich 2025 zudem eine große Affinität zu anderen Parteien. Lediglich die AfD-Gebundenen weisen kaum Affinität zu anderen Parteien auf. Zudem finden sich in keiner anderen Gruppe Parteigebundener nennenswerte Affinitäten für die AfD. Ähnlich sieht es beim BSW aus. Nur die AfD-Gebundenen haben etwas Affinität zum BSW. Die Fallzahl derjenigen mit Bindung an das BSW reicht erneut nicht für tiefere Analysen aus.

Parteigebundene an die CDU mögen zu 62 Prozent die CSU, zu 41 Prozent die SPD, zu 34 Prozent die FDP und zu 25 Prozent die Grünen. Lediglich die Linke, das BSW und die AfD finden keine nennenswerte Zuneigung bei den CDU-Gebundenen. Sehr ähnlich verhält es sich bei denjenigen mit einer Parteibindung zur CSU.

Die SPD-Gebundenen mögen zu 61 Prozent die Grünen, gefolgt von 41 Prozent, die die Linke mögen, und 40 Prozent, die die CDU mögen. Nur 18 Prozent mögen die CSU und 12 Prozent können sich für die FDP erwärmen. Lediglich dem BSW und der AfD wird unter SPD-Gebundenen nahezu keine Affinität entgegengebracht.

Diejenigen mit einer Parteibindung an die Grünen besitzen mit 67 Prozent eine ähnlich hohe Affinität für die SPD wie umgekehrt die SPD-Gebundenen für die Grünen. Zusätzlich mögen 56 Prozent der Grünen-Gebundenen die Linke. Nur 19 Prozent mögen die CDU. Für CSU, FDP, BSW und AfD hegen Personen mit Parteibindung an die Grünen keine Affinitäten.

Die FDP-Gebundenen mögen vor allem die CDU mit 54 Prozent. Zusätzlich mögen die FDP-Gebundenen zu 38 Prozent die CSU, zu 18 Prozent die SPD und ebenfalls zu 18 Prozent die AfD. Die Grünen sind bei Personen mit Bindung an die FDP mit 11 Prozent weniger beliebt und Linke und BSW liegen im einstelligen Bereich.

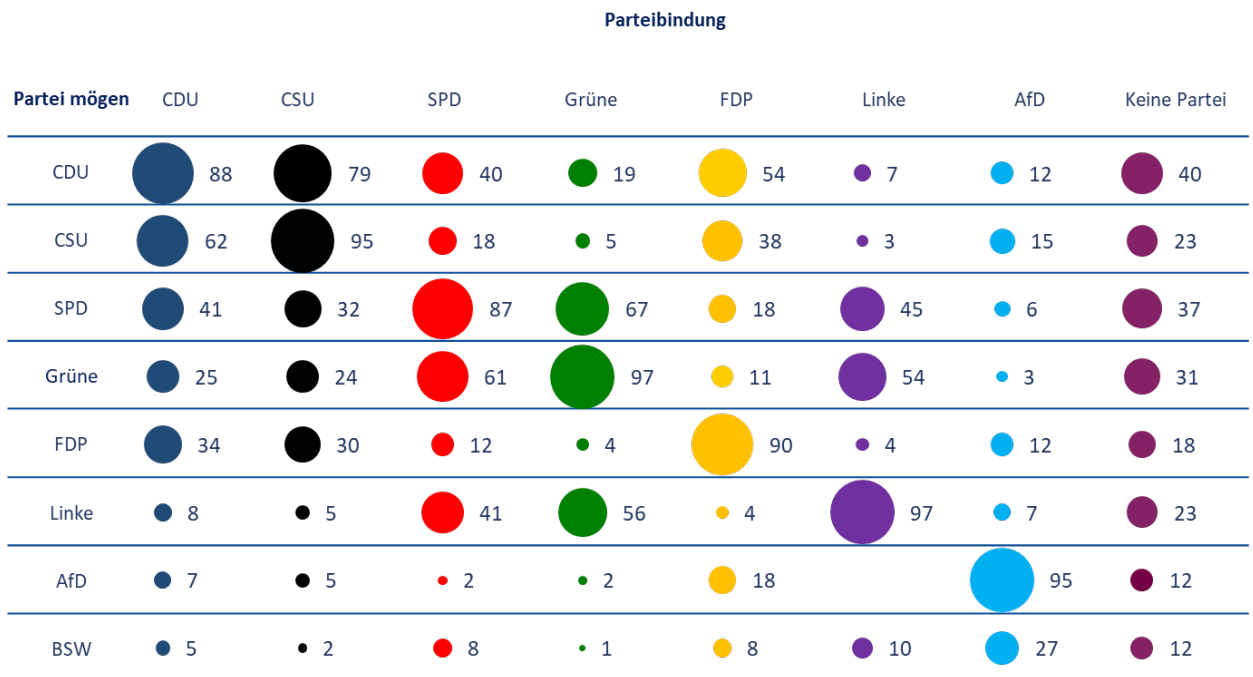
Diejenigen mit Parteibindung an die Linke besitzen vor allem Affinitäten zu den Grünen (54 Prozent) und der SPD (45 Prozent). Ein deutlich geringerer Anteil der Linken-Gebundenen mag das BSW (10 Prozent). CDU, CSU, FDP und AfD spielen unter Personen mit Bindung an die Linke keine nennenswerte Rolle.

Diejenigen mit Parteibindung an die AfD besitzen im Gegensatz zu den anderen Gruppen nur wenig Affinitäten zu anderen Parteien als die AfD. Einzig das BSW mögen immerhin 27 Prozent der AfD-Gebundenen. 15 Prozent mögen die CSU, 12 Prozent die CDU und weitere 12 Prozent die FDP. Hier bestätigt sich einmal mehr, dass AfD-Gebundene für andere Parteien besonders wenig empfänglich sind (Neu/Pokorny 2021, Hirndorf 2025).

Unter Personen ohne Parteibindung liegen CDU und SPD in der Affinität vorn. 40 Prozent der Ungebundenen mögen die CDU, 37 Prozent die SPD. Zudem mögen 31 Prozent der Ungebundenen die Grünen. Jeweils 23 Prozent mögen die CSU und die Linke. Die FDP mögen 18 Prozent der Personen ohne Parteibindung und je 12 Prozent mögen die AfD und das BSW.

Wenn eine Person eine Parteibindung zu einer Partei angibt und diese Partei mag, dann ist die Bindung nach eigener Auskunft stärker, wenn die Person die Partei sehr mag, als wenn sie die Partei nur etwas mag (ohne Abbildung).

Abbildung 22: Nähe zu Parteien nach Parteibindung 2025 (mag ich sehr/mag ich etwas)



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 1 und Abbildung 12.

Negative Parteiaffinität

Neben einer positiven Affinität zu einer oder mehreren Parteien kann es auch eine negative Parteiaffinität geben. Diese wird hier als Ablehnung von Parteien gemessen, wobei die Kategorien „lehne ich sehr ab“ und „lehne ich etwas ab“ analog zur positiven Parteiaffinität zusammengefasst werden. In Abbildung 23 ist die Ablehnung von Parteien nach klassischer Parteibindung dargestellt. So wird deutlich, welche Parteigebundenen (mehrheitlich) welche Parteien ablehnen.

Insgesamt werden andere Parteien als diejenige, an die man sich gebunden fühlt, häufiger abgelehnt als gemocht. Besonders die AfD-Gebundenen fallen durch Ablehnung anderer Parteien auf. Die Gebundenen an die AfD lehnen sechs Parteien mehrheitlich ab. Aber auch diejenigen mit Parteibindung an die Grünen und die Linken weisen mehr negative Affinitäten auf als die anderen Parteigebundenen. Eine Mehrheit der Gebundenen an Grüne und Linke lehnt fünf Parteien sehr oder etwas ab.

Die CDU-Gebundenen lehnen am häufigsten die AfD ab (81 Prozent), gefolgt vom BSW (68 Prozent) und der Linken (65 Prozent). Zusätzlich lehnt etwa die Hälfte derjenigen mit Parteibindung an die CDU die Grünen sehr oder etwas ab (51 Prozent).

Die CSU-Gebundenen weisen ähnliche Ablehnungsmuster auf wie die mit Bindung an die CDU. Allerdings lehnen Personen mit Bindung an die CSU am häufigsten die Linke ab (78 Prozent)

gefolgt von der AfD (72 Prozent) und dem BSW (57 Prozent). CSU-Gebundene lehnen die Grünen etwas seltener ab (43 Prozent) als die CDU-Gebundenen.

Die Personen mit Parteibindung an die SPD lehnen ebenfalls besonders häufig die AfD ab (95 Prozent). Aber auch das BSW (72 Prozent) und die FDP (62 Prozent) treffen auf mehrheitliche Ablehnung.

Die Grünen-Gebundenen lehnen mehrheitlich die AfD ab (97 Prozent), aber auch das BSW (82 Prozent), die FDP (73 Prozent), die CSU (72 Prozent) und knapp mehrheitlich die CDU (53 Prozent).

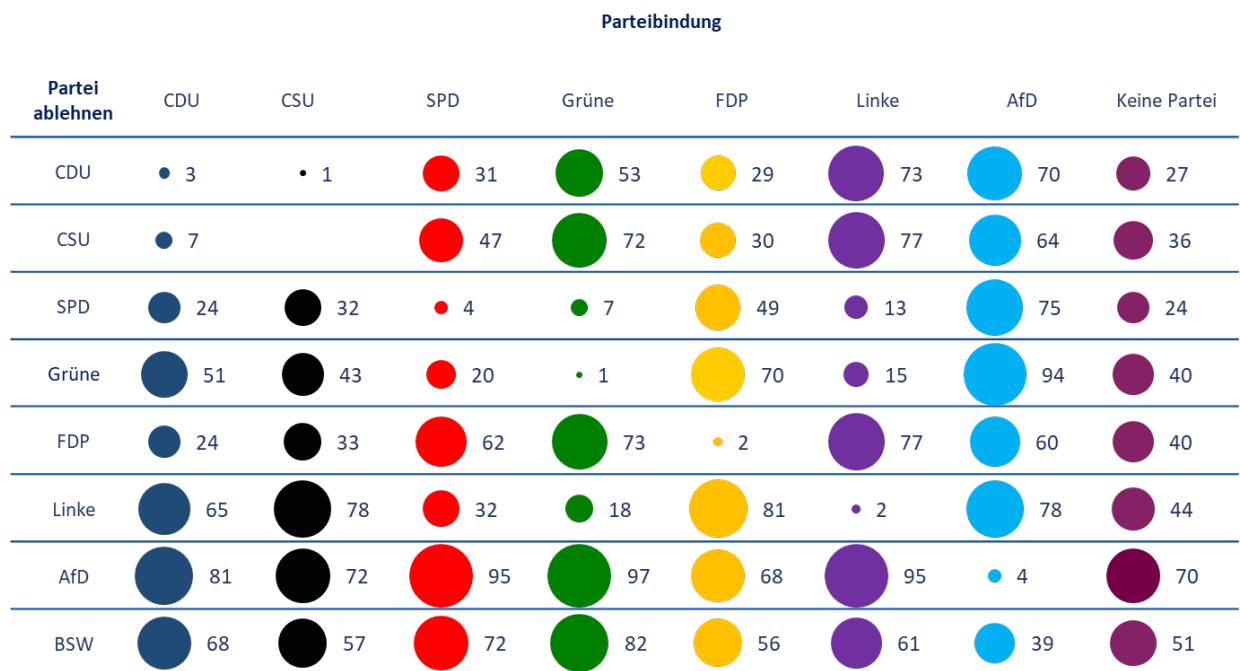
Diejenigen mit Bindung an die FDP lehnen ähnlich wie die CSU-Gebundenen die Linke am häufigsten ab (81 Prozent), gefolgt von der AfD (68 Prozent) und dem BSW (56 Prozent).

Ähnlich wie diejenigen mit Parteibindung an die SPD und die Grünen lehnen auch die Linken-Gebundenen fast geschlossen die AfD ab (95 Prozent). Rund drei Viertel derjenigen mit einer Bindung an die Linke lehnen zudem die CSU (77 Prozent), die FDP (77 Prozent) und die CDU (73 Prozent) ab. Auch das BSW wird noch mehrheitlich abgelehnt (61 Prozent).

Die AfD-Gebundenen stehen besonders vielen anderen Parteien negativ gegenüber. Die größte Ablehnung bringen Personen mit Parteibindung an die AfD den Grünen entgegen (94 Prozent). Aber auch die Linke (78 Prozent), die SPD (75 Prozent) und die CDU (70 Prozent) werden deutlich abgelehnt. Etwas geringer, aber immer noch mehrheitlich fällt die Ablehnung der AfD-Gebundenen gegenüber der CSU (64 Prozent) und der FDP (60 Prozent) aus.

Ungebundene sind weniger emotional gegenüber Parteien. Wie schon gezeigt, gibt es keine Partei, die Ungebundene mehrheitlich mögen. Und auch bei der Ablehnung sind sie zurückhaltender. Nur die AfD (70 Prozent) wird deutlich und das BSW (51 Prozent) knapp mehrheitlich abgelehnt.

Abbildung 23: Ablehnung von Parteien nach Parteibindung 2025 (lehne ich sehr ab/lehne ich etwas ab)



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent; mag ich sehr/mag ich etwas/ist mir gleichgültig/weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 1 und Abbildung 12.

Aspekte einer positiven Parteilaffinität

Die klassische Parteilaffinität besteht aus unterschiedlichen Komponenten, die individuell unterschiedlich stark sein können. Herauszuheben sind dabei eine emotionale, affektive Komponente und eine kognitive, rationale Komponente (Gluchowski 1983, Ohr/Quandt 2012). Dabei wurde sowohl für die klassische Parteilaffinität als auch für ein alternatives Messkonzept anhand der Theorie der sozialen Identität eine besondere Rolle der affektiven Komponente der Identifikation mit Parteien gezeigt (Ohr/Quandt 2012, Mayer 2015). Die Parteilaffinität ist also vor allem eine emotionale Bindung von Wählerinnen und Wählern an eine Partei, die eben auch bestehen bleiben kann, wenn sich die programmatische oder personelle Ausrichtung einer Partei verändert. Für die vorliegende Messung von (mehrfachen) Parteilaffinitäten soll daher untersucht werden, inwiefern auch hier ähnlich wie bei der klassischen Parteilaffinität eine emotionale Affinität sowie kognitiv-rationale Aspekte der Begründung einer positiven Parteilaffinität unterschieden werden können. Darüber hinaus wird untersucht, inwiefern eine positive Parteilaffinität über die Eltern vermittelt, also durch die Sozialisation im Elternhaus erworben wird und damit auch einen habituellen Aspekt besitzt.

Dazu wurden in Anlehnung an (aber nicht immer identisch mit) Ohr/Quandt (2012) fünf Aussagen erhoben, um die verschiedenen Aspekte einer positiven Parteilaffinität und ihres Erwerbs abzudecken:

Emotionale Aspekte einer positiven Parteilaffinität:

1. Wenn ich über die [Partei] spreche, sage ich meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘.
2. Wenn es für die [Partei] schlecht läuft, leide ich mit.

Kognitiv-rationale Aspekte einer positiven Parteilaffinität:

3. Die [Partei] steht für meine Werte und Grundüberzeugungen.
4. Die [Partei] tut viel für Leute wie mich.

Sozialisierungseffekt/habitueller Aspekt:

5. Schon in meinem Elternhaus wurde die [Partei] gewählt.

Grundsätzlich wurden diese Aussagen für jede Partei erhoben, die eine Person sehr oder etwas mag. Traf das auf mehr als drei Parteien zu, wurden die Aussagen prioritär für die Parteien abgefragt, die eine Person sehr mag. Das betrifft immerhin 803 Befragte. Mochte eine Person auch mehr als drei Parteien sehr, wurde zufällig ausgewählt, für welche Parteien die Aussagen abgefragt wurden. Das trifft aber nur auf elf Befragte zu und ist für die Analysen damit irrelevant. Aussage 5 wurde für alle Parteien außer das BSW erhoben, da es schlicht nicht möglich ist, dass das BSW schon im Elternhaus gewählt wurde. Für die AfD wurde die Aussage erhoben, aber auch hier können dieser aufgrund der kürzeren Parteigeschichte weniger Personen zustimmen als bei anderen Parteien.

Durch diese Art der Filterführung im Fragebogen konnte es passieren, dass Personen, die sich an eine Partei gebunden fühlen, für diese Partei nicht nach den affektiven, kognitiven und habituellen Aspekten gefragt wurden. Um die Ausprägung der erhobenen Aspekte zwischen der klassischen Messung der Parteibindung und der neuen Messung der Parteilaffinitäten zu vergleichen, wurden diese (wenigen) Personen im Anschluss an die Frage nach der klassischen Parteibindung noch einmal zu dieser Partei nach den einzelnen Aspekten gefragt. Dadurch können die Aspekte auch für diejenigen mit einer entsprechenden klassischen Parteibindung ausgewertet und mit den Parteilaffinen verglichen werden.

Wenn die Anteile der Parteien, die eine Person sehr oder etwas mag, untersucht werden (ohne Abbildung), ist die Zustimmung niedriger, als wenn nur die Zustimmung für Parteien, die eine Person sehr mag, untersucht wird (s. Tabelle 3). Für die detailliertere Beschreibung wird nur auf die engere Gruppe der Parteilaffinen eingegangen, die eine Partei sehr mag. Aufgrund der notwendigen Beschränkung auf drei Parteien kann für Personen, die mehr als drei Parteien sehr oder etwas mögen, nicht einwandfrei geklärt werden, wie die verschiedenen Komponenten der Parteilaffinität variieren und miteinander zusammenhängen. Für Personen, die eine Partei sehr mögen, sind die zufälligen Ausfälle dagegen so gering (N=11), dass sie irrelevant sind.

Am häufigsten werden die kognitiv-rationale Aspekte einer Parteilaffinität bejaht. Alle Parteilaffinen stimmen am häufigsten zu, die Partei, die sie sehr mögen, stehe für ihre Werte und Grundüberzeugungen (s. Tabelle 3). Mit 84 (FDP) bis 96 Prozent (Linke und AfD) meint in allen Gruppen eine deutliche Mehrheit, die Partei stehe für ihre Werte und Grundüberzeugungen. Diese hohen Werte sind erstaunlich, da hier ebenfalls Personen enthalten sind, die auch andere Parteien sehr mögen. Für die meisten Parteikombinationen reicht die Fallzahl nicht für genauere Analysen.¹¹ Eine Ausnahme bilden SPD und Grüne.¹² Betrachtet man diejenigen, die sowohl SPD als auch Grüne sehr mögen, dann geben 96 Prozent sowohl an, die SPD stehe für ihre Werte als auch die Grünen stünden für ihre Werte und Grundüberzeugungen (ohne Abbildung).

Offensichtlich können also mehrere Parteien gleichzeitig für die eigenen Werte und Grundüberzeugungen stehen.

Dass die Partei viel für Leute wie sie tue, meint ebenfalls eine überwiegende Mehrheit aller Parteiaffinen. Am seltensten stimmen dem die CDU-Affinen zu (73 Prozent), am häufigsten die Linke-Affinen (91 Prozent).

Auch die emotionale Komponente der Parteiaffinität ist teilweise stark vertreten, wenn auch deutlich geringer als die rationale Komponente und mit größeren Differenzen zwischen den Gruppen. Unter allen Parteiaffinen stimmt eine (teils knappe) Mehrheit zu, mitzuleiden, wenn es für die Partei schlecht laufe. Am seltensten leiden die Parteiaffinen zu CDU (51 Prozent) und CSU (52 Prozent) mit, am häufigsten die Grünen- (72 Prozent) und die FDP-Affinen (68 Prozent).

Der Aussage „Wenn ich über die Partei spreche, sage ich meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘“ stimmt nicht mehr unter allen Parteiaffinen eine Mehrheit zu. Am häufigsten meinen die BSW- und AfD-Affinen, meistens ‚wir‘ statt ‚sie‘ zu sagen (jeweils 59 Prozent). Auch unter den Parteiaffinen zu CDU (54 Prozent), CSU (53 Prozent) und SPD (52 Prozent) stimmt dem eine knappe Mehrheit zu. Die Affinen zu Grünen (41 Prozent), FDP (39 Prozent) und Linke (45 Prozent) sagen dagegen nicht mehrheitlich ‚wir‘ statt ‚sie‘, wenn sie von der Partei sprechen, und besitzen damit eine geringere emotionale Gruppenidentifikation als die anderen Gruppen.

Die größten Differenzen zwischen den Parteiaffinen ergeben sich beim Sozialisationseffekt. Hier liegen wenig überraschend CDU und SPD vorn. 60 Prozent derjenigen, die die SPD sehr mögen, und 58 Prozent derjenigen, die die CDU sehr mögen, geben an, die SPD bzw. CDU sei schon in ihrem Elternhaus gewählt worden. Für die CSU fällt der Wert mit 39 Prozent auf den ersten Blick gering aus. Wenn man bedenkt, dass es sich um eine bundesweite Umfrage handelt, die CSU aber nur in Bayern gewählt werden kann, ist dieser Wert dagegen eher hoch. In den anderen Gruppen liegt die Quote derer, in deren Elternhaus schon die jeweilige Partei gewählt wurde, zwischen einem Viertel und einem Drittel. Für die Affinität zu diesen Parteien spielt die Sozialisation im Elternhaus folglich eine geringere Rolle. Für die BSW wurde diese Aussage nicht erhoben.

Tabelle 3: Aspekte der Parteiaffinität nach Partei, die man sehr mag (trifft zu)

Mag ich sehr	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	BSW	AfD
Wenn ich über die [Partei] spreche, sage ich meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘.	54	53	52	41	39	45	59	59
Wenn es für die [Partei] schlecht läuft, leide ich mit.	51	52	64	72	68	64	63	61
Die [Partei] steht für meine Werte und Grundüberzeugungen.	88	87	92	95	84	96	95	96
Die [Partei] tut viel für Leute wie mich.	73	81	86	86	77	91	80	88
Schon in meinem Elternhaus wurde die [Partei] gewählt.	58	39	60	24	30	25	-	33

Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: trifft nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zur [Partei] vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob dies auf Sie zutrifft oder nicht zutrifft.“ Lesehilfe: 54 Prozent derjenigen, die die CDU sehr mögen, geben an, dass sie meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘ sagen, wenn sie über die CDU sprechen.

Man kann diese Aspekte nicht nur nach Parteiaffinität, sondern auch nach der klassischen Parteiloyalität analysieren (s. Tabelle 4). Auch hier ist die Zustimmung unter allen Parteiloyalen zur kognitiv-rationalen Komponente höher als zu den affektiven Aspekten. Am häufigsten stimmen Linke- und CSU-Gebundene den kognitiv-rationalen Aspekten zu. Bei der affektiven Komponente schwankt die Zustimmung stark zwischen den beiden Aussagen und zwischen den Parteien. Die CSU-Gebundenen sprechen besonders häufig von ‚wir‘, wenn sie über die Partei sprechen, die Grünen-Gebundenen leiden dafür häufiger als alle anderen Parteiloyalen mit, wenn es für die Partei schlecht läuft. Die habituelle Komponente ist am häufigsten unter Parteiloyalen an CDU, CSU und SPD anzutreffen.

Im Vergleich zur Parteiaffinität sind die Muster nicht einheitlich. CDU-Gebundene stimmen fast allen Aussagen häufiger zu als CDU-Affine. Einzig beim ‚Wir‘-Gefühl unterscheiden sie sich nicht voneinander.

Auch CSU-Gebundene stimmen vier von fünf Aussagen häufiger zu als CSU-Affine. Überraschenderweise leiden CSU-Gebundene seltener mit ihrer Partei mit als CSU-Affine.

SPD-Gebundene unterscheiden sich weniger von SPD-Affinen. Die affektive Komponente ist unter SPD-Gebundenen allerdings etwas geringer ausgeprägt als unter SPD-Affinen.

Zwischen Grünen-Gebundenen und Grünen-Affinen gibt es keine nennenswerten Unterschiede bei den Aspekten der Parteiaffinität.

FDP-Gebundene stimmen häufiger dem ‚Wir‘-Gefühl zu als FDP-Affine, meinen leicht häufiger, die FDP tue viel für Leute wie sie, und auch das Elternhaus spielt eine größere Rolle unter FDP-Gebundenen als unter FDP-Affinen. Die anderen beiden Aussagen unterscheiden sich nicht.

Linke-Gebundene sprechen häufiger von ‚wir‘ als Linke-Affine. Darüber hinaus gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Linke-Gebundenen und Linke-Affinen.

AfD-Gebundene sprechen etwas seltener von ‚wir‘ als AfD-Affine und stimmen auch leicht seltener zu, die Partei stehe für ihre Werte und Grundüberzeugungen. Allerdings ist die Zustimmung mit 91 Prozent immer noch sehr hoch. Darüber hinaus unterscheiden sich AfD-Gebundene nicht von AfD-Affinen.

Tabelle 4: Aspekte der Parteiaffinität nach Parteibindung (trifft zu)

Klassische Parteibindung	CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	BSW	AfD
Wenn ich über die [Partei] spreche, sage ich meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘.	53	68	47	38	49	52	-	53
Wenn es für die [Partei] schlecht läuft, leide ich mit.	58	45	59	74	67	69	-	61
Die [Partei] steht für meine Werte und Grundüberzeugungen.	94	99	92	96	87	98	-	91
Die [Partei] tut viel für Leute wie mich.	82	91	82	86	82	92	-	85
Schon in meinem Elternhaus wurde die [Partei] gewählt.	68	65	59	28	42	29	-	33

Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: trifft nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Tabelle 1. Lesehilfe: 53 Prozent derjenigen, die eine klassische Parteibindung an die CDU besitzen, geben an, dass sie meistens eher ‚wir‘ als ‚sie‘ sagen, wenn sie über die CDU sprechen.

Für die emotionale und für die kognitiv-rationale Komponente der Parteiaffinität wurden jeweils beide Aussagen für die ParteiAffinen (nicht die Parteigebundenen) zu einem Index zusammengefasst, sodass die Dimensionen besser untersucht werden können. Dabei zeigt sich, dass sowohl die affektive als auch die kognitive Dimension bei den AfD-Affinen am stärksten ausgeprägt ist, gefolgt von den Grünen-Affinen (ohne Abbildung). Die affektive Dimension ist insgesamt besonders stark bei Menschen, die zusätzlich eine klassischen Parteibindung zu der jeweiligen Partei haben. Bei der kognitiven Dimension werden dagegen auch Mehrfachaffinitäten deutlich, da es hier auch höhere Werte gibt bei Menschen mit einer klassischen Parteibindung zu einer anderen Partei.

Insgesamt zeigen die Befunde, dass das neue Messinstrument der Parteiaffinität sowohl die kognitiv-rationalen Aspekte als auch die emotionalen Aspekte und die habituelle Komponente erfasst und damit in dieser Hinsicht der klassischen Parteibindung ebenbürtig ist. Im Gegensatz zur klassischen Parteibindungsfrage ermöglicht sie zusätzlich die Berücksichtigung von positiven und negativen Mehrfachaffinitäten. Mit der neuen Messung kann also auch ein erweitertes Wählerpotenzial aller Parteien besser erfasst und untersucht werden.

Einfluss von positiver und negativer Parteiaffinität auf politische Einstellungen

Von den 1980er bis in die 2000er Jahre war das deutsche Parteiensystem relativ übersichtlich und in zwei Lager geteilt: Mitte-links und Mitte-rechts. „Rot-Grün“ und „Schwarz-Gelb“ galten als „natürliche“ Koalitionen. Ein Blick in die Bundesländer, aber auch in den Bundestag, zeigt, dass diese Zeiten vorbei sind. Die Koalitionsbildung ist deutlich schwieriger und verläuft nicht selten über Lagergrenzen hinweg. Zusätzlich belegen die Wählerwanderungen nach den Bundes- und Landtagswahlen eine gestiegene Volatilität von Wahl zu Wahl. Bei der Bundestagswahl 2025 konnte sich nur ein Drittel der Wählerinnen und Wähler nicht vorstellen, für eine andere Partei als die gewählte zu stimmen. Zwei Drittel hätten sich dagegen auch vorstellen können, eine andere Partei zu wählen (Hirndorf 2025: 29). Gleichzeitig besitzt aber die Mehrheit der Wahlberechtigten immer noch eine Parteibindung. Es liegt also nahe, dass die Wechsellpotenziale zwischen den Parteien nicht nur an einer fehlenden Parteibindung, sondern auch an Mehrfachaffinitäten liegen. Andererseits werden die Wechsellpotenziale durch die Ablehnung von Parteien begrenzt. Diese negative Parteiaffinität hat zudem Auswirkungen auf die Akzeptanz möglicher Koalitionen. Wenn die Ablehnung einer Partei für die eigene Wahlentscheidung relevant ist, ist davon auszugehen, dass auch die Möglichkeit einer Koalition der gewählten mit der abgelehnten Partei bedeutsam ist.

Um diesen positiven und negativen Mehrfachaffinitäten Rechnung zu tragen, werden anhand der Frage, ob man eine Partei mag, sie ablehnt oder sie einem gleichgültig ist, Parteiaffinitätstypen gebildet. Für diese Typen kann dann untersucht werden, inwiefern sich ihre politischen Einstellungen unterscheiden. Im Folgenden werden zuerst die Typen genauer vorgestellt, bevor ihre klassische Parteibindung und ihr Wahlverhalten sowie ihre politischen Einstellungen untersucht werden.

Parteiaffinitätstypen

Mithilfe einer Clusteranalyse können Gruppen gebildet werden, die in sich möglichst homogen sind, sich aber gleichzeitig möglichst stark voneinander unterscheiden (Backhaus et al. 2008: 391). Für die vorliegende Studie werden aus der Frage nach der Parteiaffinität zu CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, BSW und AfD Gruppen bzw. Typen gebildet, wobei sich die Mitglieder einer Gruppe sehr ähnlich sind bezüglich ihrer Parteinähe und Parteeablehnung. Gleichzeitig unterscheiden sich die einzelnen Gruppen möglichst stark voneinander bezüglich ihrer Haltung zu den Parteien.

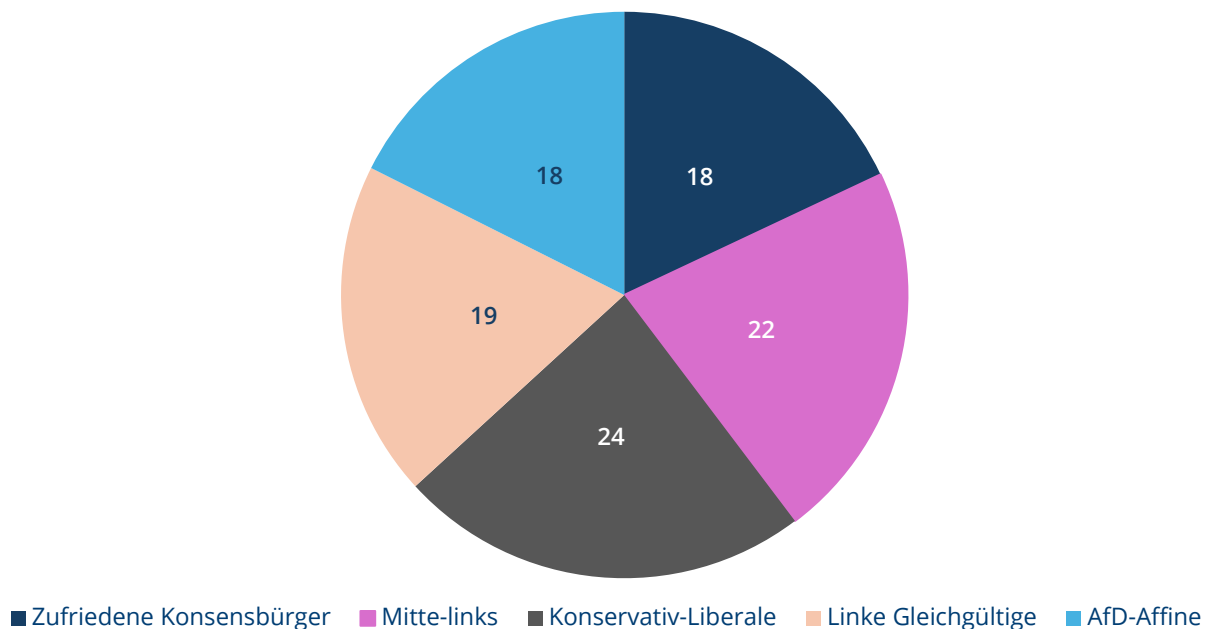
In dieser Clusteranalyse der Parteiaffinität zu CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, BSW und AfD ergeben sich folgende fünf Parteiaffinitätstypen (s. Abbildung 24):

1. Zufriedene Konsensbürgerinnen und -bürger
2. Mitte-links mit ausgeprägter AfD-Ablehnung

3. Konservativ-Liberale
4. Linke Gleichgültige
5. AfD-Affine

Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger zeichnen sich durch eine Nähe zu CDU, SPD und den Grünen aus. Gleichzeitig lehnen die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger die AfD deutlich ab. 18 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung können zum Typus der zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger gezählt werden. Noch stärker fällt die Ablehnung der AfD im Mitte-links-Cluster aus. Dieser Typ ist zusätzlich geprägt von einer Nähe zu SPD, Linken und Grünen und macht 22 Prozent der Wahlberechtigten aus. Der konservativ-liberale Typ dagegen mag CDU, CSU und FDP, lehnt Linke und AfD tendenziell ab, aber nicht so deutlich wie die beiden ersten Cluster. 24 Prozent gehören dem konservativ-liberalen Typ an. Das Cluster der linken Gleichgültigen ist von geringerer Zuneigung und Ablehnung geprägt. Tendenziell präferieren die linken Gleichgültigen eher die SPD, die Linke und das BSW. Die Sympathiewerte fallen aber geringer aus als in den übrigen Typen. Die Durchschnittswerte für CDU, CSU, FDP und Grüne bewegen sich eher im Bereich der Gleichgültigkeit, mit leichter Tendenz zur Nähe zu den Grünen. Die AfD wird tendenziell abgelehnt, aber weniger stark als in den ersten beiden Typen. 19 Prozent können zum Typ der linken Gleichgültigen gezählt werden. Die AfD-Affinen sind der einzige Typus, der die AfD mag. Alle anderen Parteien werden im Mittel eher abgelehnt, besonders stark ist die Ablehnung gegenüber den Grünen. Das BSW liegt zwischen Ablehnung und Gleichgültigkeit. 18 Prozent der Wahlberechtigten können den AfD-Affinen zugerechnet werden.

Abbildung 24: Parteiaffinitätstypen 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

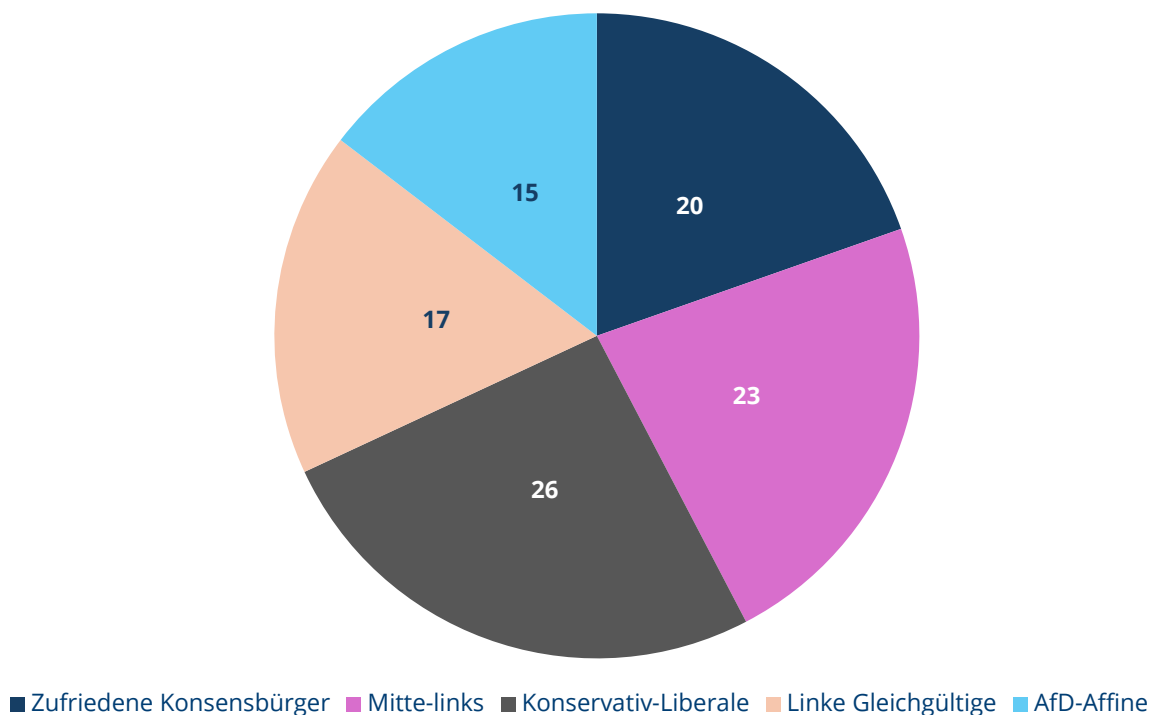
Frage: siehe Abbildung 12.

In Westdeutschland entspricht die Verteilung der Typen ziemlich genau dem gesamtdeutschen Durchschnittswert. In Ostdeutschland sind die Typen dagegen anders verteilt. Während in Westdeutschland insgesamt gut zwei Drittel der Wahlberechtigten den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern, dem Mitte-links-Typ oder dem konservativ-liberalen Typ zugeordnet werden können, machen diese Typen weniger als die Hälfte der ostdeutschen Wahlberechtigten aus (s. Abbildungen 25 und 26). Stattdessen gehören 56 Prozent der Ostdeutschen zu den linken Gleichgültigen oder den AfD-Affinen.

Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger sind in Ostdeutschland mit 12 Prozent deutlich geringer verbreitet als in Westdeutschland mit 20 Prozent. Auch das Mitte-links-Cluster fällt im Osten etwas kleiner aus als im Westen (18:23 Prozent). Noch deutlicher ist es beim konservativ-liberalen Typ. In Westdeutschland können 26 Prozent dem konservativ-liberalen Typ zugeordnet werden, in Ostdeutschland nur 15 Prozent. Deutlich stärker sind in Ostdeutschland dagegen die linken Gleichgültigen und die AfD-Affinen vertreten. 27 Prozent der Ostdeutschen können den linken Gleichgültigen zugerechnet werden (West: 17 Prozent). Zudem machen die AfD-Affinen 29 Prozent der ostdeutschen Wahlberechtigten aus (West: 15 Prozent).

Gleichzeitig darf dabei nicht übersehen werden, dass die Mehrheit der AfD-Affinen in Westdeutschland lebt. Zwar sind Ostdeutsche unter den AfD-Affinen mit 34 Prozent deutlich überrepräsentiert, da sie nur rund 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Westdeutsche (etwa 80 Prozent der Bevölkerung) sind dagegen unter den AfD-Affinen unterrepräsentiert. Aber dennoch sind zwei Drittel und damit die Mehrheit der AfD-Affinen Westdeutsche (ohne Abbildung).

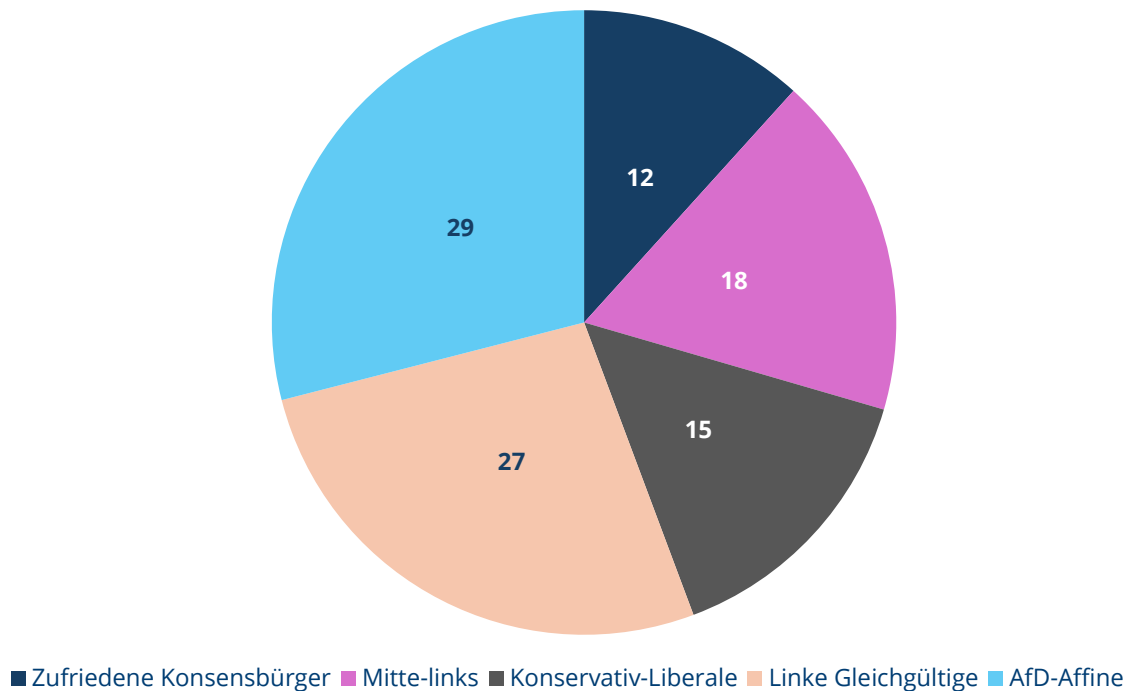
Abbildung 25: Parteiaffinitätstypen in Westdeutschland 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 12.

Abbildung 26: Parteiaffinitätstypen in Ostdeutschland 2025



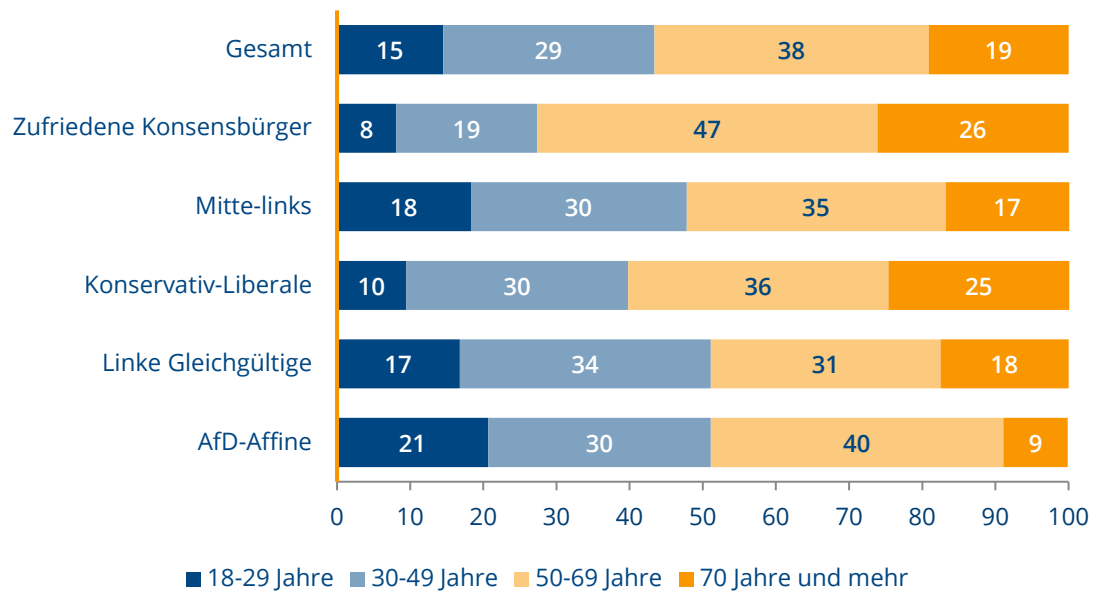
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent.

Frage: siehe Abbildung 12.

Soziodemografisch gibt es einige interessante Unterschiede zwischen den Parteiaffinitätstypen. Frauen sind unter den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern und bei Mitte-links leicht überrepräsentiert, Männer entsprechend unterrepräsentiert (ohne Abbildung). Beim konservativ-liberalen Typ und den linken Gleichgültigen sind Männer und Frauen relativ ausgeglichen vertreten, während Männer unter den AfD-Affinen deutlich überrepräsentiert sind.

Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger sind älter als der Durchschnitt (s. Abbildung 27). Die Altersgruppen zwischen 18 und 49 Jahren sind unter-, die Altersgruppen ab 50 Jahren überrepräsentiert. Das Cluster Mitte-links weicht kaum von der Gesamtverteilung ab, während unter den Konservativ-Liberalen die unter 30-Jährigen leicht unter- und die ab 70-Jährigen leicht überrepräsentiert sind. Die mittleren Altersgruppen weichen dagegen nicht nennenswert von der Gesamtverteilung ab. Die linken Gleichgültigen und die AfD-Affinen sind tendenziell jünger als die Gesamtheit der Wahlberechtigten. Bei den linken Gleichgültigen sind die 30- bis 49-Jährigen leicht über- und die 50- bis 69-Jährigen leicht unterrepräsentiert. Unter den AfD-Affinen finden sich überdurchschnittlich viele 18- bis 29-Jährige und unterdurchschnittlich viele über 70-Jährige. Die mittleren Altersgruppen sind etwa durchschnittlich bei den AfD-Affinen vertreten.

Abbildung 27: Altersverteilung der Parteiaffinitätstypen 2025¹³

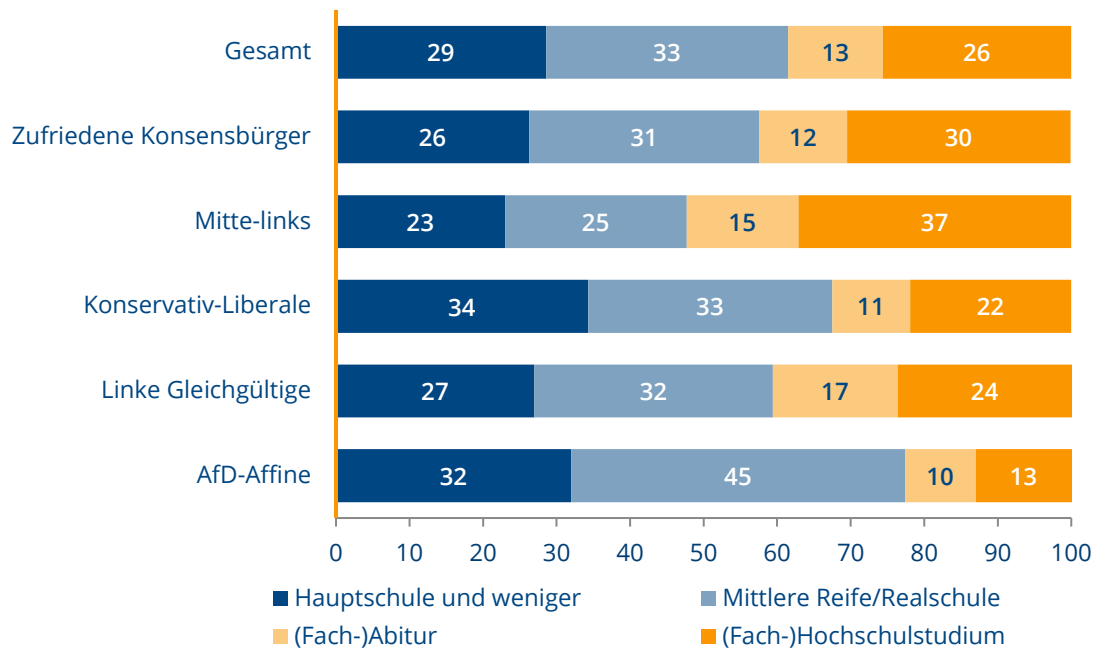


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Bezüglich der formalen Bildungsabschlüsse unterscheiden sich die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger kaum von der Gesamtverteilung (s. Abbildung 28). Das gilt auch für die linken Gleichgültigen. Im Mitte-links-Cluster sind hohe Bildungsabschlüsse über- und niedrige bis mittlere Bildungsabschlüsse unterrepräsentiert, während im konservativ-liberalen Cluster niedrige Bildungsabschlüsse leicht überdurchschnittlich vertreten sind. Unter den AfD-Affinen sind mittlere Abschlüsse besonders häufig vertreten, während hohe Bildungsabschlüsse unterdurchschnittlich häufig sind.

Abbildung 28: Formale Bildungsabschlüsse der Parteiaffinitätstypen 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

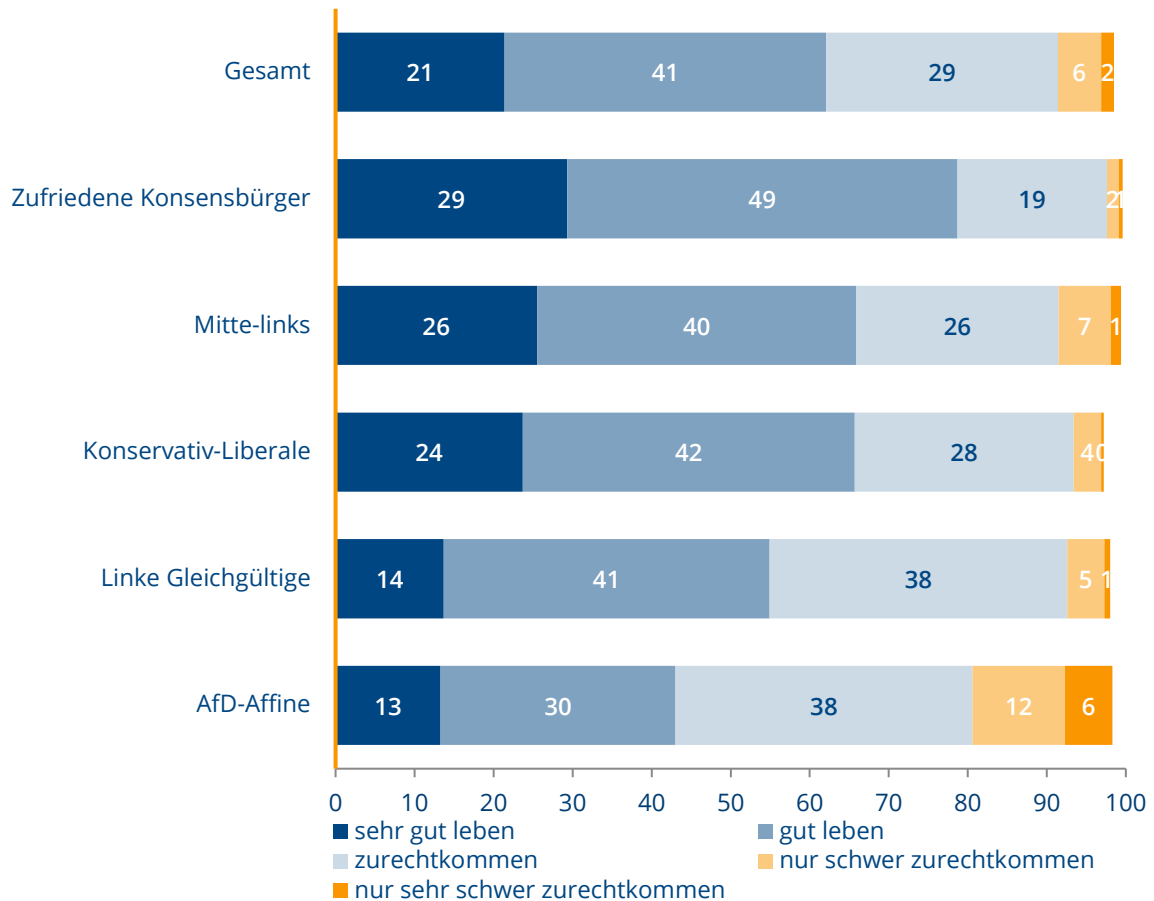
Frage: siehe Abbildung 12.

Da Angaben über das eigene Haushaltsnettoeinkommen relativ unzuverlässig sind, wurde nicht nach dem tatsächlichen Einkommen gefragt, sondern nach der Beurteilung des gegenwärtigen Haushaltseinkommens, also wie gut die Menschen mit ihrem Einkommen zurechtkommen. Insgesamt können die meisten Menschen gut oder sehr gut von ihrem Einkommen leben (s. Abbildung 29). 21 Prozent geben an, sehr gut davon leben zu können, weitere 41 Prozent können gut davon leben. 29 Prozent kommen mit ihrem Einkommen zurecht. 6 Prozent kommen nur schwer mit dem Einkommen zurecht und 2 Prozent nur sehr schwer.

Zwischen den Parteiaffinitätstypen zeigen sich dabei teils große Unterschiede. Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger kommen besonders gut mit ihrem Einkommen zurecht. 78 Prozent der zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger können gut oder sogar sehr gut von ihrem Einkommen leben, nur 19 Prozent kommen lediglich zurecht. Auch das Mitte-links- sowie das konservativ-liberale Cluster können tendenziell besser von ihrem Einkommen leben als der Durchschnitt, aber nicht so gut wie die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger. Zwei Drittel des Mitte-links- und des konservativ-liberalen Clusters können von ihrem Einkommen (sehr) gut leben, 26 bzw. 28 Prozent kommen zurecht. Im Cluster der linken Gleichgültigen können unterdurchschnittlich viele Menschen sehr gut von ihrem Einkommen leben. Insgesamt sagen 55 Prozent der linken Gleichgültigen, dass sie von ihrem Einkommen sehr gut oder gut leben können. Ganze 38 Prozent kommen mit ihrem Einkommen zurecht. Am schlechtesten sieht es bei den AfD-Affinen aus. Lediglich 43 Prozent der AfD-Affinen können sehr gut oder gut von ihrem Einkommen leben. 38 Prozent kommen mit ihrem Einkommen zurecht. Zusätzlich kommen 12 Prozent der AfD-Affinen nur schwer und weitere 6 Prozent nur sehr schwer mit ihrem Einkommen zurecht. Insgesamt geben damit 18 Prozent der AfD-Affinen an, nur schwer oder sehr

schwer mit ihrem Einkommen zurechtzukommen (gesamt: 8 Prozent). In allen anderen Clustern liegt dieser Wert im einstelligen Bereich.

Abbildung 29: Einkommenssituation der Parteiaffinitätstypen 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12 und „Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten, wie Sie Ihr gegenwärtiges Haushaltseinkommen beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich/können wir“

Parteibindung und Wahlverhalten der Parteiaffinitätstypen

Die Parteiaffinitätstypen wurden anhand der Parteinähe/Parteiablenkung gebildet. An welche Parteien fühlen sich diese Typen gebunden, wenn sie sich für eine Partei entscheiden müssen? Und wie haben sie bei der Bundestagswahl 2025 gewählt?

Das Muster der klassischen Parteibindung in den einzelnen Clustern ist wenig überraschend (s. Abbildung 30). Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger neigen am häufigsten zur SPD, gefolgt von Grünen und CDU. Andere Parteien spielen keine Rolle. Rund ein Drittel der zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger besitzt keine klassische Parteinähe.

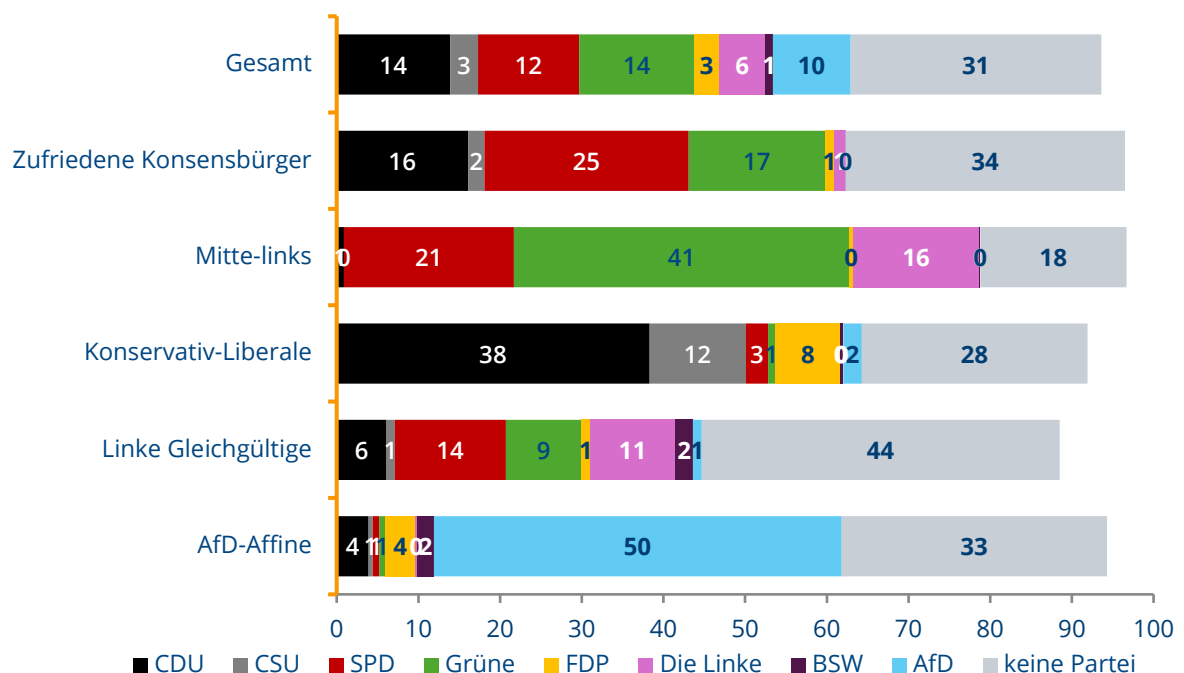
Das Mitte-links-Cluster fühlt sich am häufigsten an die Grünen gebunden, mit einigem Abstand folgen SPD und Linke. Andere Parteien kommen nicht vor. Nur 18 Prozent des Mitte-links-Typus fühlen sich an keine Partei gebunden. Das ist der niedrigste Wert aller Parteiaffinitätstypen.

Beim konservativ-liberalen Typus überwiegen Parteibindungen an CDU und CSU, gefolgt von der FDP. Andere Parteien spielen keine nennenswerte Rolle. 28 Prozent der Konservativ-Liberalen besitzen keine klassische Parteibindung.

Im Typus der linken Gleichgültigen fühlen sich deutlich weniger Menschen an eine Partei gebunden als in den anderen Clustern. 44 Prozent der linken Gleichgültigen weisen keine klassische Parteibindung auf. Am häufigsten neigen die linken Gleichgültigen zur SPD, gefolgt von der Linken und den Grünen. Eine kleine Gruppe neigt zur CDU. Nur der Anteil, der zur Linken neigt, fällt leicht überdurchschnittlich aus. Alle anderen Parteiateile liegen im oder unter dem Durchschnitt.

Die AfD-Affinen neigen deutlich überdurchschnittlich zur AfD, denn jeder zweite AfD-Affine fühlt sich an die AfD gebunden. Im Vergleich mit allen anderen Typen ist die Bindung an die AfD unter den AfD-Affinen stärker verbreitet als die Bindung an irgendeine andere Partei in den anderen Clustern. Andere Parteien spielen kaum eine Rolle. Die höchsten Werte liegen bei je 4 Prozent für CDU und FDP. Ein Drittel der AfD-Affinen besitzt keine klassische Parteibindung.

Abbildung 30: Klassische Parteibindung der Parteiaffinitätstypen 2025



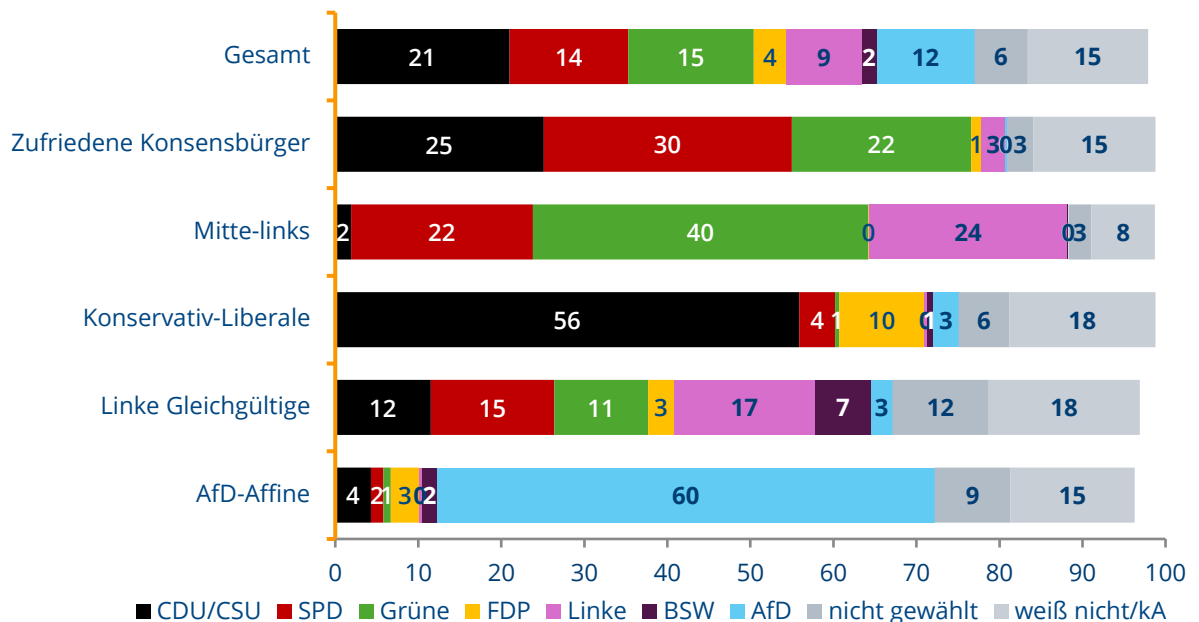
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Sonstige/ weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 1 und Abbildung 12.

Die Befunde zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 ähneln stark denen zur klassischen Parteibindung (s. Abbildung 31). Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger haben überwiegend für SPD, CDU/CSU und Grüne gestimmt, während im Mitte-links-Cluster die Wahl der Grünen, der Linken und der SPD überwiegen. Die Konservativ-Liberalen haben ihre Stimme mehrheitlich der CDU/CSU gegeben, auch die FDP wurde überdurchschnittlich häufig gewählt. Die linken Gleichgültigen sind häufiger als alle anderen Typen der Wahl ferngeblieben bzw. wissen nicht, wen sie gewählt haben oder machen keine Angabe. Überdurchschnittlich häufig stimmten sie für die Linke und das BSW. Auch SPD, CDU und Grüne wurden von den linken Gleichgültigen gewählt. Die AfD-Affinen wählten mehrheitlich die AfD. Andere Parteien wurden kaum gewählt.

Zusätzlich zur Wahlentscheidung wurde für diejenigen, die an der Wahl teilgenommen haben, erhoben, ob auch eine andere Partei bei der Bundestagswahl 2025 infrage gekommen wäre. Insgesamt hätten sich 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler vorstellen können, auch eine andere Partei zu wählen, für 40 Prozent gab es keine Alternative (ohne Abbildung). Die Wählerinnen und Wähler der Typen der zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger, Mitte-links und linken Gleichgültigen geben leicht überdurchschnittlich häufig an, sie hätten sich auch vorstellen können, eine andere Partei zu wählen. Für die konservativ-liberalen Wählerinnen und Wähler wäre eine andere Partei leicht unterdurchschnittlich häufig infrage gekommen. Dagegen geben die Wählerinnen und Wähler der AfD-Affinen deutlich überdurchschnittlich keine alternative Partei an. Nur 39 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD-Affinen sagen, sie hätten sich auch vorstellen können, eine andere Partei zu wählen. 61 Prozent konnten sich nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen.

Abbildung 31: Wahlverhalten der Parteiaffinitätstypen bei der Bundestagswahl 2025



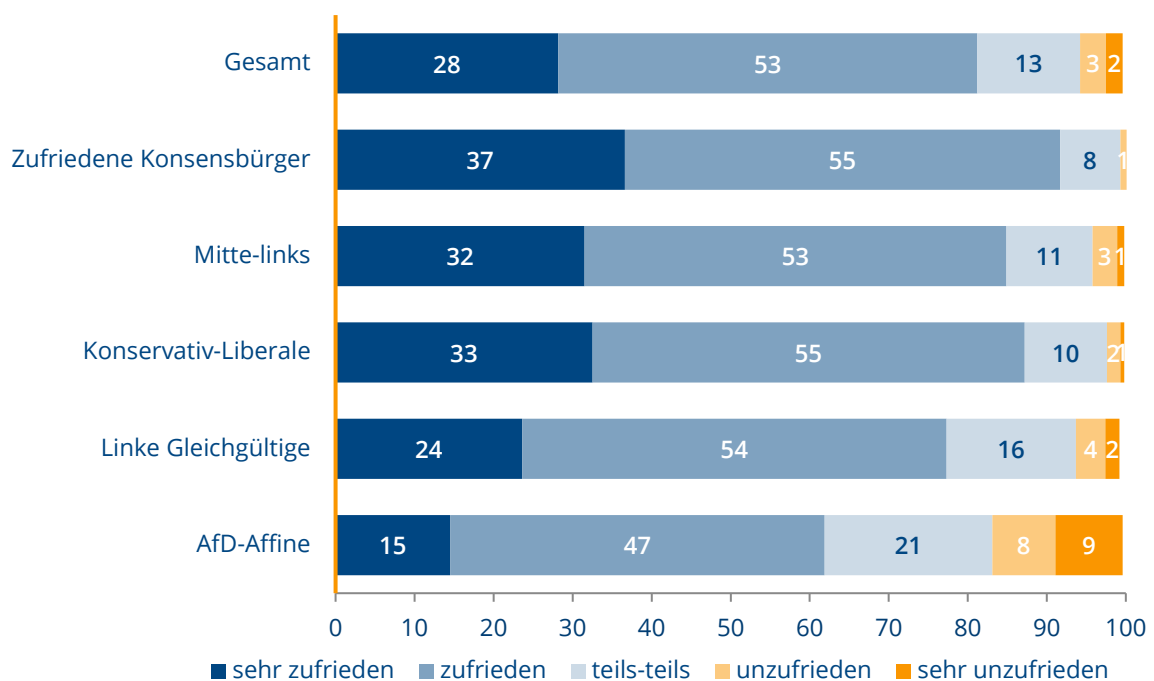
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Sonstige/weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12 und „Am 23. Februar 2025 fand die letzte Bundestagswahl statt. Viele Bürgerinnen und Bürger kamen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nahmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Wie war das bei Ihnen? Haben Sie an dieser Bundestagswahl teilgenommen?“, „Und welche Partei haben Sie bei dieser Bundestagswahl gewählt?“

Politische Einstellungen der Partiaffinitätstypen

Insgesamt ist die Lebenszufriedenheit in Deutschland sehr hoch (s. Abbildung 32). 28 Prozent der Deutschen sind sehr zufrieden mit ihrem Leben, weitere 53 Prozent sind zufrieden. Nur 13 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden und lediglich 5 Prozent sind unzufrieden oder sehr unzufrieden. Dabei gibt es teils deutliche Unterschiede zwischen den Partiaffinitätstypen. Am zufriedensten sind die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger, gefolgt von den Konservativ-Liberalen und Mitte-links. In jedem dieser drei Cluster liegt die Lebenszufriedenheit über dem Durchschnitt. Etwa durchschnittlich mit ihrem Leben zufrieden sind die linken Gleichgültigen, während die AfD-Affinen mit Abstand am wenigsten zufrieden sind. Unter den AfD-Affinen ist die Lebenszufriedenheit unter- und die Unzufriedenheit überdurchschnittlich ausgeprägt. Insgesamt sind 17 Prozent der AfD-Affinen mit ihrem Leben unzufrieden oder sehr unzufrieden. Das ist mit Abstand der höchste Wert aller Typen.

Abbildung 32: Lebenszufriedenheit der Partiaffinitätstypen 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12 und „Wenn Sie jetzt einmal an Ihr Leben insgesamt denken: Wie zufrieden sind Sie damit?“

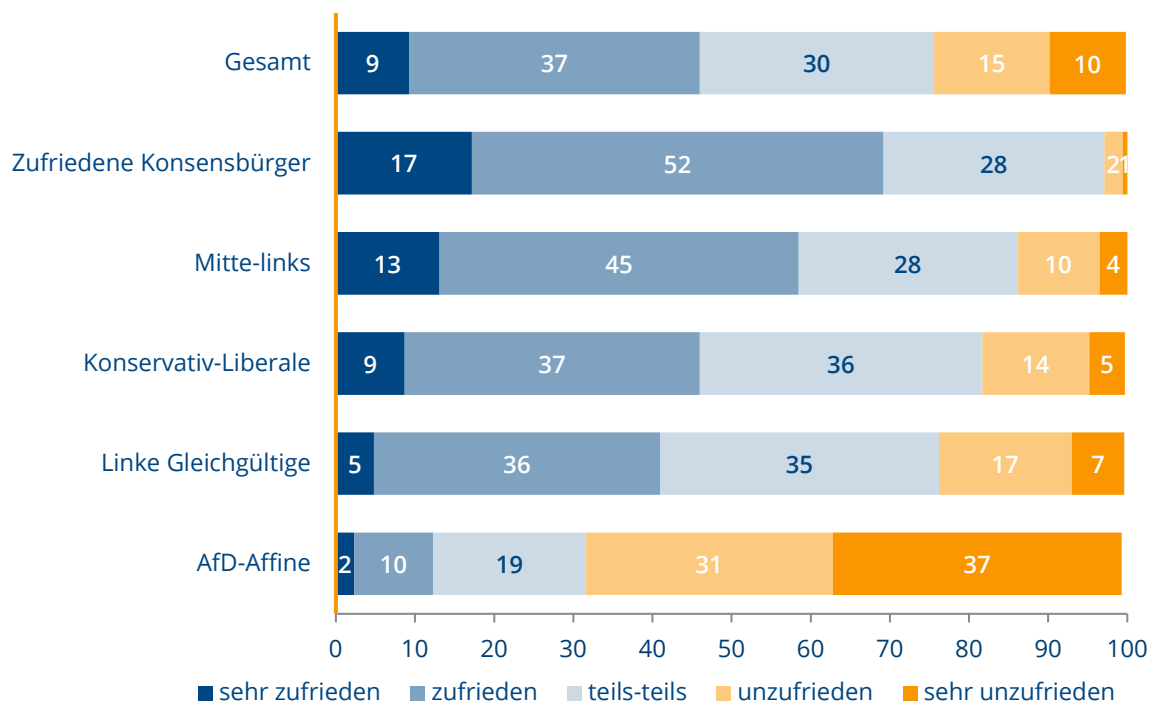
Die Demokratiezufriedenheit ist nach der Wahl 2025 wieder etwas höher als im Herbst 2024 (vgl. Pokorny 2025: 4 f.). Insgesamt sind 46 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden mit der Demokratie (s. Abbildung 33). 30 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden und 25 Prozent sind unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Demokratie.

Besonders zufrieden sind die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger, von denen 69 Prozent (sehr) zufrieden mit der Demokratie sind. Nur 3 Prozent sind (sehr) unzufrieden. Ebenfalls überdurchschnittlich zufrieden ist das Cluster Mitte-links, in dem die Demokratiezufriedenheit bei 58 Prozent liegt. 14 Prozent des Mitte-links-Typus sind (sehr)

unzufrieden mit der Demokratie. Auf Platz drei der Demokratiezufriedenheit liegen die Konservativ-Liberalen. 46 Prozent der Konservativ-Liberalen sind (sehr) zufrieden mit der Demokratie, 36 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden. Dieser Anteil ist überdurchschnittlich hoch. 19 Prozent der Konservativ-Liberalen sind (sehr) unzufrieden. Noch etwas geringer fällt die Demokratiezufriedenheit unter den linken Gleichgültigen aus, von denen 41 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden mit der Demokratie sind. 35 Prozent der linken Gleichgültigen sind teils zufrieden, teils unzufrieden und 24 Prozent sind (sehr) unzufrieden.

Erneut sind die AfD-Affinen mit Abstand am unzufriedensten. Nur 12 Prozent der AfD-Affinen sind (sehr) zufrieden mit der Demokratie und 19 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden. Stattdessen ist mit 68 Prozent eine deutliche Mehrheit der AfD-Affinen (sehr) unzufrieden mit der Demokratie. Damit ist die Demokratiezufriedenheit der AfD-Affinen noch deutlich geringer als ihre Lebenszufriedenheit. Die Unzufriedenheit ist also vor allem eine politische, erstreckt sich aber teilweise bis ins Private hinein.

Abbildung 33: Demokratiezufriedenheit der Parteiaffinitätstypen 2025



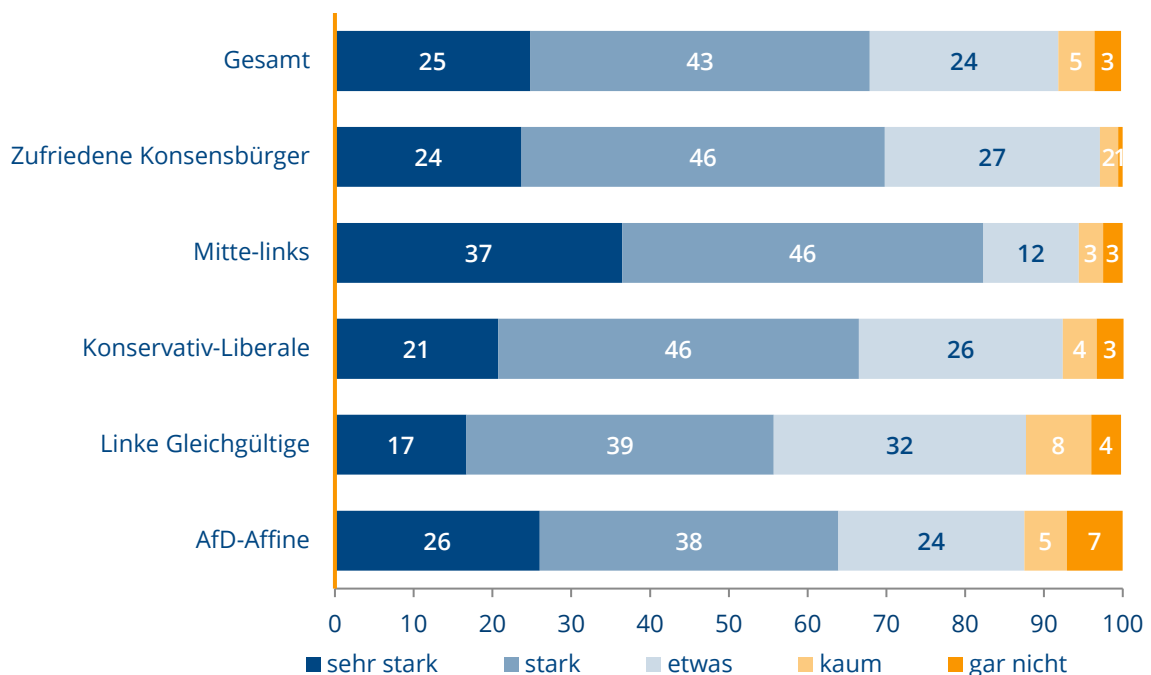
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12 und „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

Beim politischen Interesse gibt es geringere Unterschiede zwischen den Typen als bei der Demokratiezufriedenheit (s. Abbildung 34). Insgesamt sind 25 Prozent der Wahlberechtigten nach eigener Aussage sehr stark an Politik interessiert, weitere 43 Prozent interessieren sich stark. 24 Prozent interessieren sich etwas für Politik. Nur 5 Prozent sind kaum und 3 Prozent gar nicht an Politik interessiert.

Das politische Interesse der zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger unterscheidet sich nicht wesentlich von der Gesamtheit. Auch die Konservativ-Liberalen und die AfD-Affinen sind ähnlich stark an Politik interessiert wie der Durchschnitt. Mitte-links ist dagegen stärker politisch interessiert als alle anderen Typen. 37 Prozent des Mitte-links-Typus interessieren sich sehr stark für Politik, weitere 46 Prozent interessieren sich stark. Die linken Gleichgültigen weisen hingegen das geringste politische Interesse auf. Nur 17 Prozent der linken Gleichgültigen interessieren sich sehr stark und 39 Prozent stark für Politik. 32 Prozent sind etwas an Politik interessiert und 12 Prozent kaum oder gar nicht.

Abbildung 34: Politisches Interesse der Partiaffinitätstypen 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: siehe Abbildung 12 und „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“

Zusätzlich wurde die Haltung zum Sozialstaat, zu Zuwanderung und zu Bekämpfung des Klimawandels mit folgenden Gegenüberstellungen auf einer Skala von 0 bis 10 erhoben:

1. Weniger Steuern und Abgaben und weniger sozialstaatliche Leistungen (0) versus mehr Steuern und Abgaben und mehr sozialstaatliche Leistungen (10).
2. Zuzugsmöglichkeiten erleichtern (0) versus Zuzugsmöglichkeiten einschränken (10).
3. Bekämpfung des Klimawandels hat Vorrang, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet (0) versus Wirtschaftswachstum hat Vorrang, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert (10).

Bei den Skalen zum Zuzug und zum Klimawandel sind politisch „rechte“ Positionen im rechten Bereich der Skala (hohe Werte) zu finden, politisch „linke“ Positionen im linken Skalenbereich (niedrige Werte). Bei der Skala zu den sozialstaatlichen Leistungen dagegen finden sich die politisch „linken“ Positionen im rechten Skalenbereich, also bei den höheren Skalenwerten. Die

politisch „rechten“ Positionen sind dagegen im linken Skalenbereich bei den niedrigen Skalenwerten zu finden.

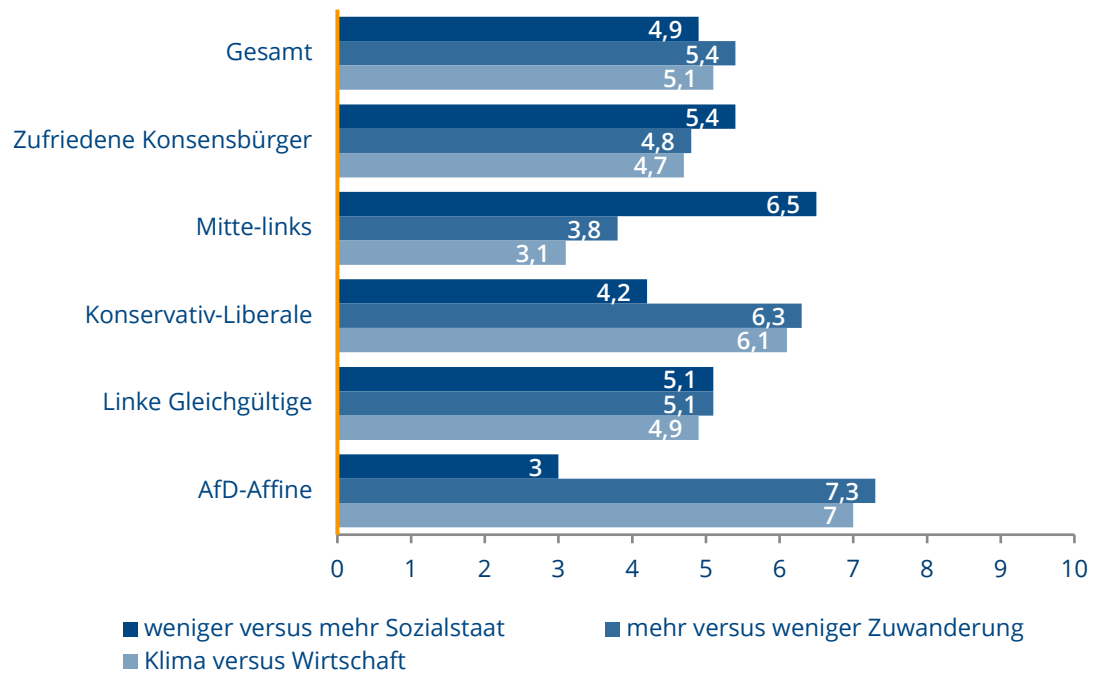
Im Durchschnitt liegen die Wahlberechtigten auf allen drei Dimensionen im Bereich des Skalenmittelpunktes, vertreten also überall eine ausgleichende Haltung (s. Abbildung 35). Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger liegen ebenfalls im Bereich der Skalenmitte und weichen nur gering vom Durchschnitt ab. Sie vertreten ausgeglichene Haltungen. Noch etwas näher an der Skalenmitte liegen die linken Gleichgültigen. Sie vertreten nicht nur ausgeglichene Positionen, sondern wirken eher indifferent in ihrer Haltung.

Alle anderen Typen weichen deutlich vom Durchschnitt ab. Das Mitte-links-Cluster vertritt auf allen drei Dimensionen inhaltlich eher linke Positionen. Mitte-links liegt bei der Sozialstaats-Dimension bei einem Mittelwert von 6,5, bevorzugt also eher mehr Steuern und mehr sozialstaatliche Leistungen. Kein anderer Typus steht so weit auf der Seite für mehr Steuern. Gleichzeitig spricht sich der Mitte-links-Typus eher für mehr Zuzug (Mittelwert 3,8) und Vorrang für die Bekämpfung des Klimawandels (3,1) aus. Auch hier gibt es keinen anderen Typus mit ähnlich starker Präferenz für mehr Zuzug und für die Bekämpfung des Klimawandels.

Die Konservativ-Liberalen vertreten in allen Dimensionen Positionen, die inhaltlich als „Mitte-rechts“ gelten können. Sie liegen bei der Sozialstaats-Dimension leicht in Richtung weniger Steuern und weniger Leistungen (4,2). Bei den anderen beiden Dimensionen sprechen sich die Konservativ-Liberalen im Mittel eher für weniger Zuwanderung (6,3) und Vorrang für die Wirtschaft (6,1) aus.

Die AfD-Affinen vertreten die stärksten Gegenpositionen zum Mitte-links-Typus und sind inhaltlich weiter „rechts“ anzusiedeln als alle anderen Typen. Die AfD-Affinen sprechen sich für weniger Steuern und weniger sozialstaatliche Leistungen aus (3,0) als alle anderen Typen, bevorzugen weniger Zuwanderung (7,3) als die anderen Cluster und sprechen sich stärker als alle anderen für Vorrang für die Wirtschaft aus (7,0).

Abbildung 35: Einstellung der Parteiaffinitätstypen zu Sozialstaat, Zuwanderung und Bekämpfung des Klimawandels 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben als Mittelwerte.

Fragen: siehe Abbildung 12 und „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“; „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“; „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“

Parteibindung und Parteiaffinität nach Alter und Geschlecht

Bei der Parteibindung handelt es sich um eine langfristige Identifikation mit einer Partei, die sich während der Sozialisation entwickelt und sich im Laufe des Lebens festigt. Entsprechend konnten frühere Studien zeigen, dass Ältere häufiger eine Parteibindung aufweisen als Jüngere (z. B. Gluchowski 1983, Elff/Meidert 2019). Das sogenannte Dealignment, also der Rückgang der

Parteibindung vor allem an CDU/CSU und SPD seit Beginn der 1980er Jahre, legt daher nahe, dass sich dieser Altersunterschied noch verstärkt haben müsste, jüngere also noch seltener eine Parteibindung besitzen sollten. Allerdings zeigen Untersuchungen auch, dass der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit einer Parteibindung und dem Alter zwischen den Parteien variiert. Für die Bindung an CDU/CSU und SPD gilt der beobachtete Alterseffekt: Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit für eine Bindung an CDU/CSU und SPD. Für die Grünen kann dagegen ein sogenanntes Realignment, also eine neue Parteibindung unter Jüngeren beobachtet werden, d. h. Jüngere weisen häufiger als Ältere eine Parteibindung an die Grünen auf (Elff/Meidert 2019). Mit dem Aufkommen weiterer Parteien wäre es denkbar, dass Jüngere auch zu anderen Parteien als den Grünen häufiger eine Parteibindung entwickeln als Ältere, sich das Realignment also auch auf andere Parteien ausweitet.

Ein Hinweis, dass dies so sein könnte, findet sich im Wahlverhalten. Das Wahlverhalten unterscheidet sich schon lange zwischen den Altersgruppen, entwickelte sich aber häufig parallel zueinander (s. exemplarisch Roose 2023, Hirndorf 2021, Pokorny 2013, Pokorny 2012). Bei der Bundestagswahl 2025 zeigte sich jedoch, dass die Jüngeren neue Parteipräferenzen entwickelt haben. Rund ein Fünftel der unter 35-Jährigen hat bei der Bundestagswahl 2025 die AfD gewählt (Die Bundeswahlleiterin 2025: 17). Damit lag die AfD in den jüngeren Altersgruppen in etwa im Durchschnitt ihres Gesamtergebnisses. Gleichzeitig war die AfD unter den 18- bis 24-Jährigen zweitstärkste Kraft und unter den 25- bis 34-Jährigen stärkste Kraft. Zudem hat die Linke in den jüngeren Altersgruppen deutlich überdurchschnittlich abgeschnitten. 27,3 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 17,6 Prozent der 25- bis 34-Jährigen haben die Linke gewählt. Dagegen kamen CDU und SPD in den beiden jüngsten Altersgruppen nur auf 10 bis 12 Prozent der Zweitstimmen (Die Bundeswahlleiterin 2025: 17).

Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob die Wahl dieser Parteien schon mit einer vorhandenen Parteibindung verbunden ist, und wenn ja, wie stark ist diese Bindung? Zeigt sich also ein Realignment der Jüngeren zu AfD und Linken?

Zusammenfassend zeigt sich, dass die jüngeren Wahlberechtigten 2025 im Gegensatz zu früheren Studien nicht seltener an eine Partei gebunden sind als die älteren Wahlberechtigten, mit Ausnahme der über 70-Jährigen, die häufiger eine klassische Parteibindung haben als alle anderen Altersgruppen. Jüngere fühlen sich aber seltener mehreren Parteien nah und mögen häufiger nur eine Partei. Zudem hat das Vorhandensein einer Parteibindung in der jüngsten Altersgruppe den stärksten Einfluss auf die Absicht, diese Partei auch zu wählen, im Vergleich mit den anderen Altersgruppen. Dabei unterscheiden sich die Altersgruppen auch in den vorliegenden Ergebnissen deutlich darin, welche Parteien sie mögen bzw. welcher Partei sie klassisch zuneigen. Während ältere Wahlberechtigte überdurchschnittlich häufig zu CDU und SPD neigen, fühlen sich jüngere Wahlberechtigte überdurchschnittlich oft an die Linke oder die AfD gebunden. Besonders bei der Linken zeigt sich zudem ein Geschlechtereffekt: Jüngere Frauen neigen noch einmal deutlich stärker zur Linken als jüngere Männer.

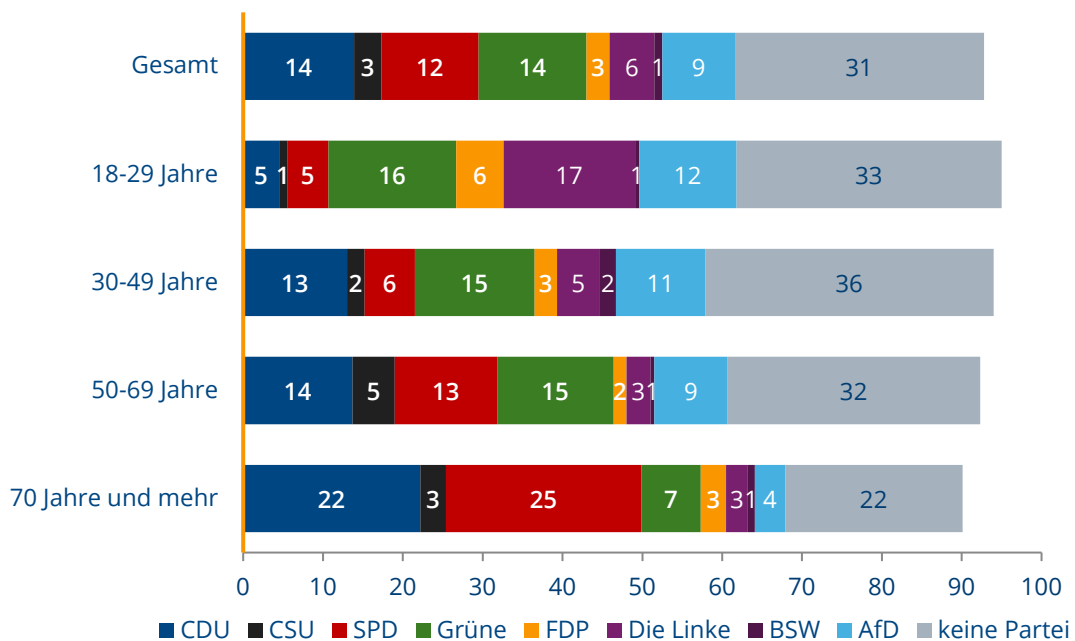
Die klassische Parteibindung nach Alter und Geschlecht

Auch die vorliegenden Daten bestätigen einen parteispezifischen Unterschied in der klassischen Parteibindung der Altersgruppen. Überraschend ist erstmal, dass die jüngste Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen¹⁴ nicht die Gruppe mit der geringsten Parteibindung ist (s. Abbildung 36). Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen bezüglich des reinen Vorhandenseins einer Parteibindung sehr gering. In allen Altersgruppen zwischen 18 und 69 Jahren liegt der Anteil an Personen, die keine klassische Parteibindung angeben, bei etwa einem Drittel. Einzig

unter den über 70-jährigen geben nur 22 Prozent an, sich an keine Partei gebunden zu fühlen. Hier ist eine Parteibindung also verbreiteter als in allen anderen Altersgruppen.

Dagegen unterscheiden sich die Altersgruppen stärker in der konkreten Parteibindung. Die Bindung an CDU und SPD nimmt mit dem Alter zu. Die Bindung an die Grünen ist nur unter den über 70-jährigen unterdurchschnittlich häufig, während die Bindung an die politischen Ränder, Linke und AfD, mit zunehmendem Alter tendenziell abnimmt. Eine Bindung an die Linke ist in der jüngsten Altersgruppe besonders häufig, eine Bindung an die AfD in der ältesten Altersgruppe besonders selten.

Abbildung 36: Parteibindung nach Alter 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Sonstige/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 1.

Ein noch differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man nicht nur nach Alter, sondern nach Alter und Geschlecht unterscheidet (s. Abbildung 37). In manchen Altersgruppen gibt es teils deutliche Geschlechterunterschiede. Besonders betroffen sind dabei die Bindungen an die Linke, die AfD, aber auch an die Grünen. Auch bei den Bindungen an CDU und SPD unterscheiden sich in manchen Altersgruppen Männer und Frauen voneinander, aber insgesamt sind die Unterschiede hier weniger ausgeprägt.

Bei den unter 30-jährigen fällt vor allem ein Unterschied in der Bindung an die Linke auf. Junge Frauen neigen öfter als alle anderen Gruppen zur Linken. Junge Männer neigen zwar ebenfalls überdurchschnittlich zur Linken, aber deutlich weniger als junge Frauen. Junge Frauen fallen auch auf, wenn man die Parteien der (unterschiedlichen) politischen Ränder, Linke und AfD, zusammenzählt und mit den Parteien der politischen Mitte vergleicht. 38 Prozent der unter 30-jährigen Frauen neigen einer Randpartei zu, nur 27 Prozent einer Partei der politischen Mitte. In keiner anderen Gruppe ist die politische Mitte so schwach vertreten. Zum Vergleich: 24 Prozent

der unter 30-jährigen Männer fühlen sich an eine Randpartei gebunden und 37 Prozent an eine Partei der Mitte.

Für Männer und Frauen gilt gleichermaßen, dass die Bindung an die CDU oder an die SPD mit steigendem Alter zunimmt. In den mittleren Altersgruppen neigen Männer etwas häufiger zur CDU als gleichaltrige Frauen. Unter den über 70-jährigen neigen Männer etwas häufiger zur SPD als die über 70-jährigen Frauen.

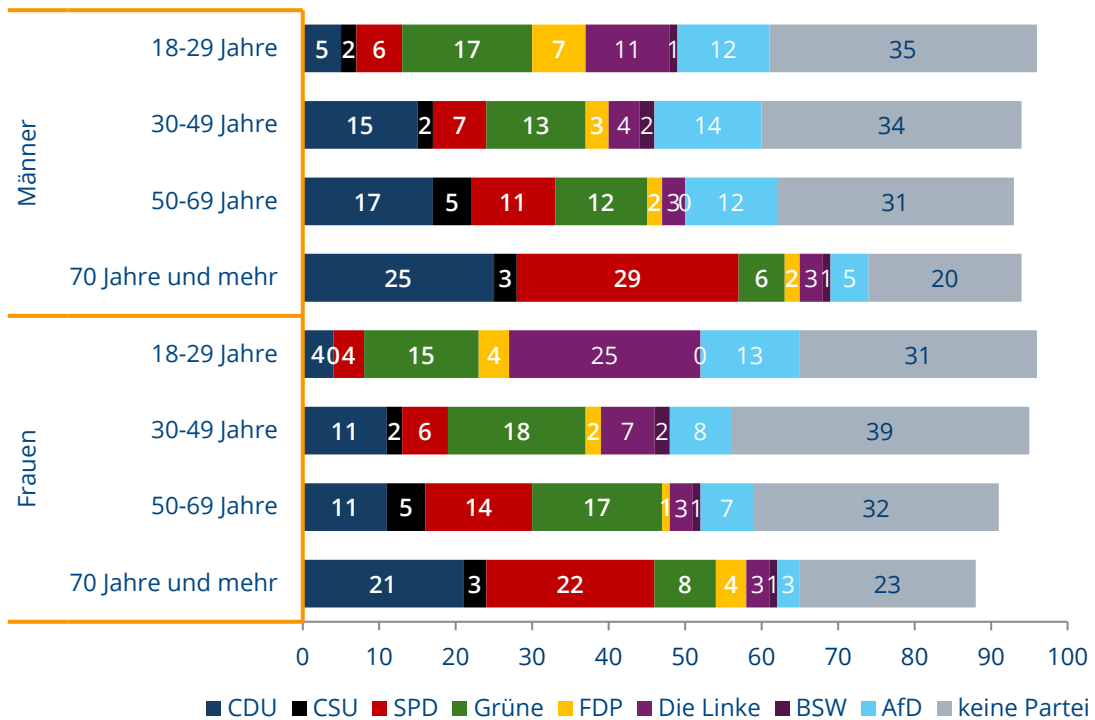
Für beide Geschlechter gilt, dass die über 70-jährigen seltener den Grünen zuneigen als die anderen Altersgruppen. Zugleich berichten Frauen zwischen 30 und 69 Jahren häufiger eine Bindung an die Grünen als gleichaltrige Männer.

Eine Bindung an die FDP berichten am häufigsten 18- bis 29-jährige Männer, von denen 7 Prozent den Liberalen zuneigen. Unter gleichaltrigen Frauen gilt das für 4 Prozent.

Ein besonders deutlicher Geschlechterunterschied ergibt sich, wie erwähnt, bei der Linken. 25 Prozent der 18- bis 29-jährigen Frauen, aber nur 11 Prozent der 18- bis 29-jährigen Männer neigen nach eigener Angabe der Linken zu. In den anderen Altersgruppen fallen die Geschlechterunterschiede, aber auch die Bindung an die Linke deutlich geringer aus.

Bei der Bindung an die AfD liegen die Geschlechterunterschiede dagegen in den mittleren Altersgruppen und sind nicht so stark ausgeprägt wie bei der Linken. Unter den 18- bis 29-jährigen fühlen sich Frauen (13 Prozent) und Männer (12 Prozent) ähnlich häufig an die AfD gebunden, während die 30- bis 49-jährigen (14 Prozent) sowie die 50- bis 69-jährigen Männer (12 Prozent) häufiger zur AfD neigen als die gleichaltrigen Frauen (8 und 7 Prozent). Unter den über 70-jährigen neigen sowohl Männer als auch Frauen deutlich unterdurchschnittlich zur AfD.

Abbildung 37: Parteibindung nach Alter und Geschlecht 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Sonstige/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 1.

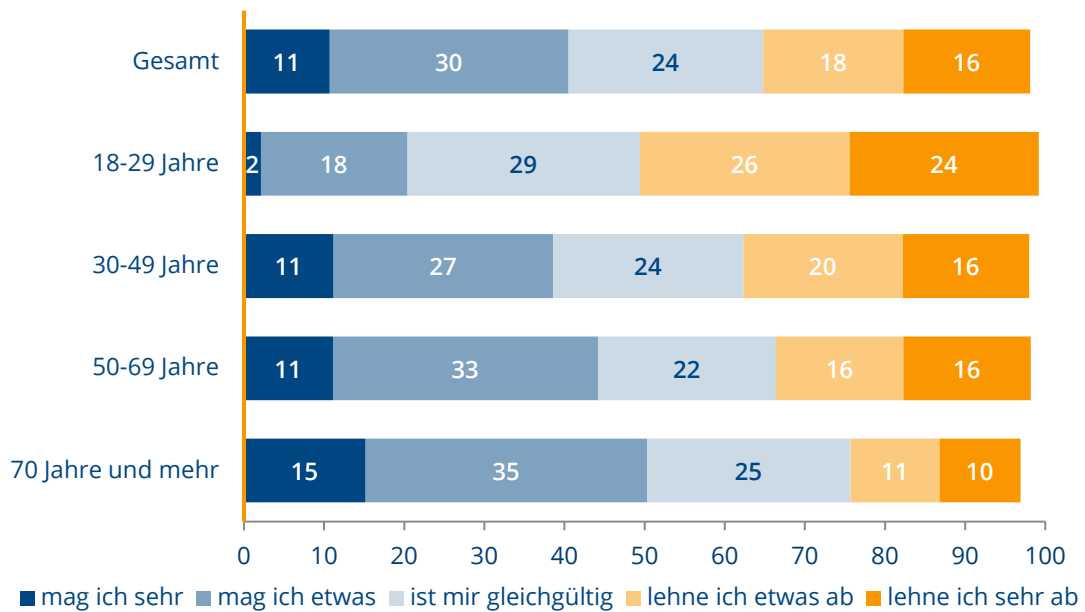
Parteiaffinität nach Alter und Geschlecht

Das eine ist die klassische Parteibindung, bei der die Befragten sich für eine Partei entscheiden müssen. Das andere ist die Frage nach der Parteiaffinität, die für jede Partei separat beantwortet wird. Prinzipiell wäre es denkbar, dass jüngere Menschen zwar seltener eine langfristige Parteibindung an CDU oder SPD angeben als andere Altersgruppen, diese Parteien aber genauso häufig sehr mögen.

Die Altersstruktur der Parteiaffinitätstypen zeigt allerdings gewisse Unterschiede (s. Abbildung 27). Bei den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern sind unter 50-Jährige deutlich unter- und ab 50-Jährige überrepräsentiert. Unter den AfD-Affinen sind dagegen die unter 30-Jährigen überdurchschnittlich vertreten. Insgesamt verdecken die Parteiaffinitätstypen aber einen Teil der Altersdifferenzen.

Deutlicher werden die Altersunterschiede, wenn man die Parteiaffinität für jede Partei einzeln betrachtet. Der Anteil an Personen, die die CDU oder die SPD sehr oder etwas mögen, steigt mit zunehmendem Alter (s. Abbildungen 38 und 40). Besonders stark ist dieser Zusammenhang bei der CDU. Bei der Affinität zur CSU zeigt sich kein linearer Effekt des Alters, sondern es gibt einen Sprung bei 30 Jahren (s. Abbildung 39). Unter 30-Jährige mögen die CSU deutlich seltener als über 30-Jährige.

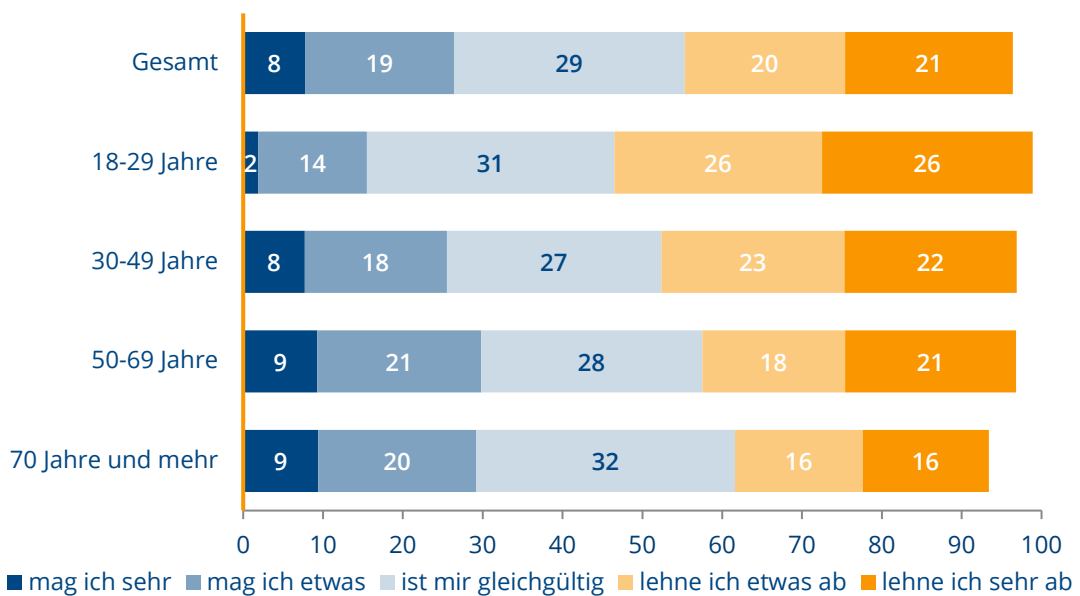
Abbildung 38: Parteiaffinität CDU nach Alter 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

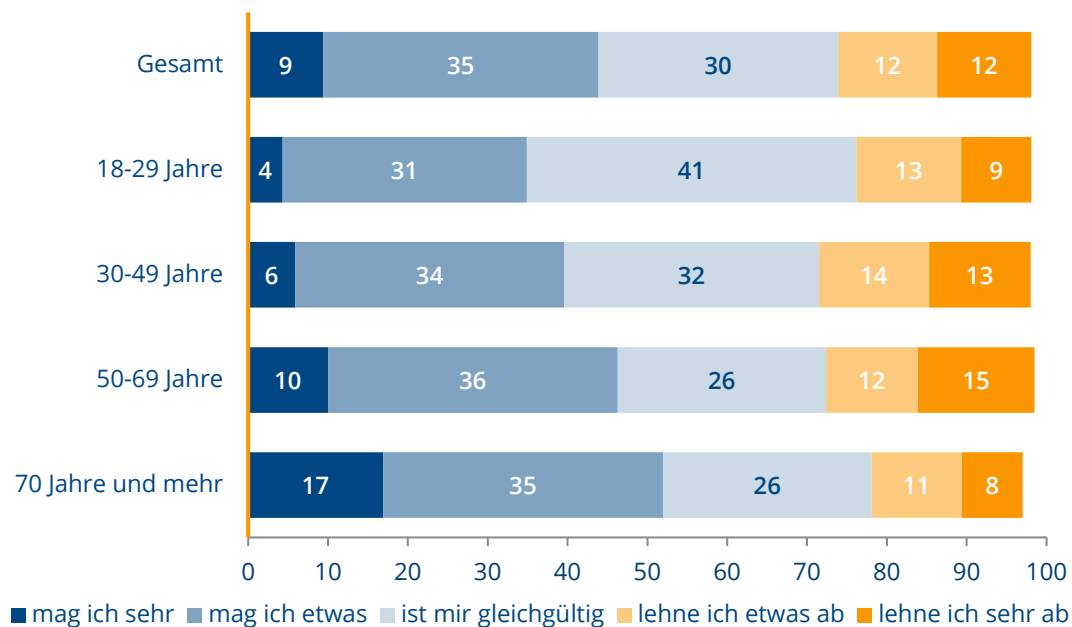
Abbildung 39: Parteiaffinität CSU nach Alter 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Abbildung 40: Parteiaffinität SPD nach Alter 2025

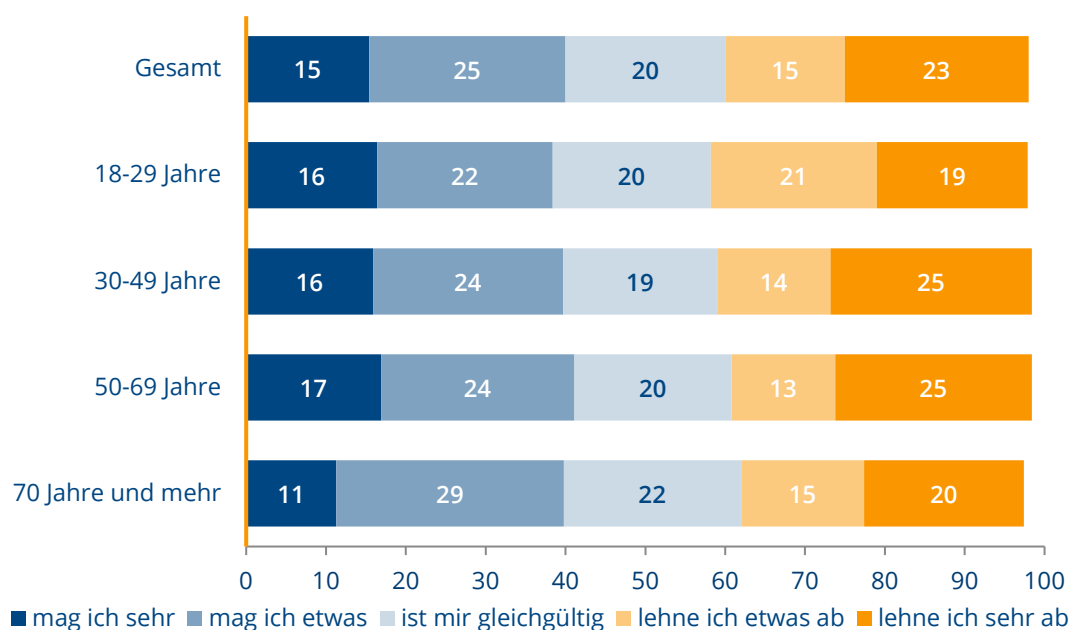


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Bei den Grünen zeigen sich kaum Altersunterschiede (s. Abbildung 41). Der Anteil an Personen, die die Grünen sehr oder etwas mögen, ist in allen Altersgruppen etwa gleich. Das ist insofern erstaunlich, als dass die über 70-jährigen deutlich seltener eine Parteibindung an die Grünen angeben als die anderen Altersgruppen. Bei den über 70-jährigen ist allerdings der Anteil, die die Grünen sehr mögen, etwas geringer und der Anteil, die die Grünen etwas mögen dafür etwas höher als in den anderen Altersgruppen.

Abbildung 41: Parteiaffinität Grüne nach Alter 2025



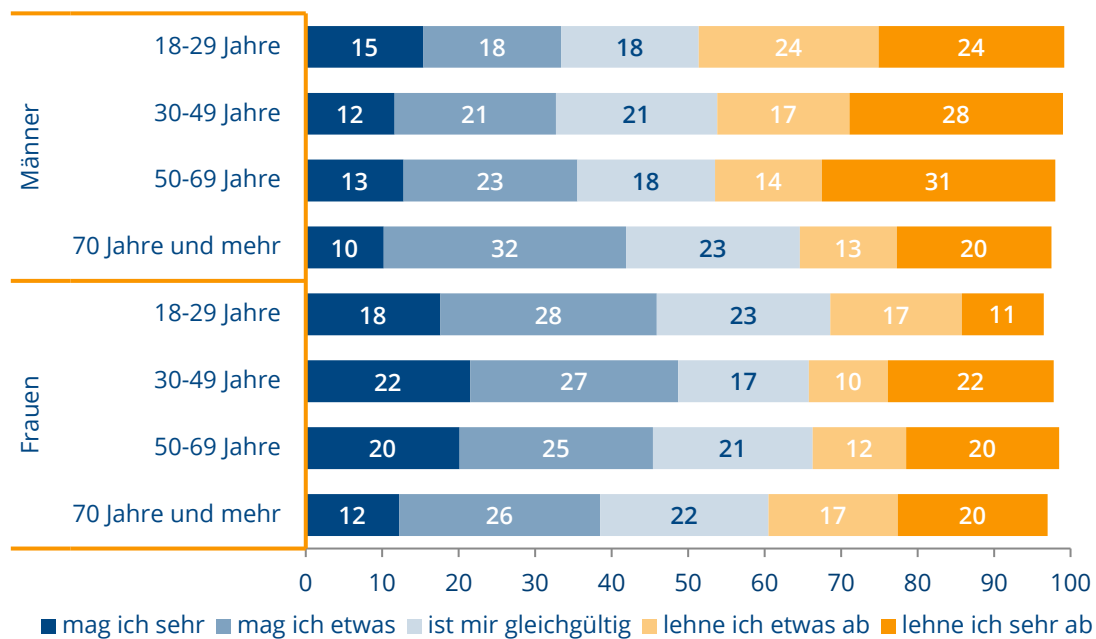
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Ein paar Altersunterschiede zeigen sich dann doch noch, wenn man zusätzlich zwischen Männern und Frauen differenziert (s. Abbildung 42). Die über 70-jährigen Männer mögen die Grünen seltener sehr als die jüngeren Männer, mögen sie dafür deutlich häufiger etwas, sodass die Grünen insgesamt bei den über 70-jährigen Männern höhere Sympathiewerte erzielen als bei den unter 70-jährigen Männern.

Bei den Frauen verhält es sich anders. Die über 70-jährigen Frauen mögen die Grünen seltener sehr als die unter 70-jährigen Frauen, aber genauso häufig mögen sie die Grünen etwas. Die Gesamtsympathie für die Grünen ist damit bei Frauen über 70 Jahren niedriger als bei Frauen, die jünger sind als 70 Jahre.

Abbildung 42: Parteiaffinität Grüne nach Alter und Geschlecht 2025

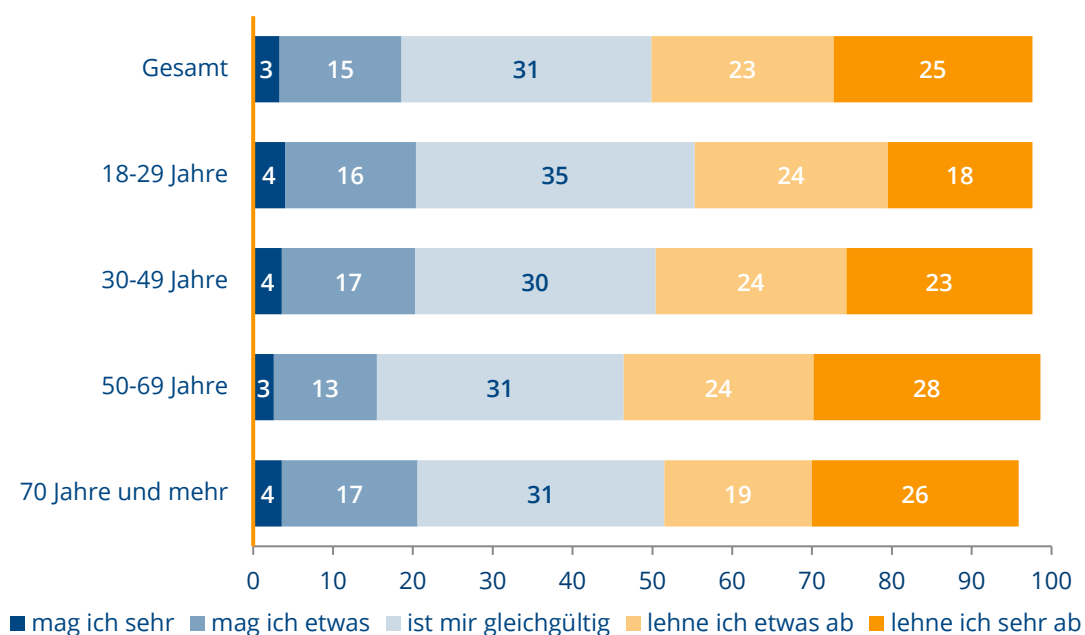


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Bei der Sympathie für die FDP gibt es kaum Altersunterschiede (s. Abbildung 43). Die 18- bis 29-Jährigen stehen der FDP häufiger gleichgültig gegenüber als die Älteren, lehnen die Partei dafür seltener ab. Die 50- bis 69-Jährigen dagegen mögen die FDP etwas seltener als die anderen Altersgruppen und lehnen sie häufiger sehr oder etwas ab.

Abbildung 43: Parteiaffinität FDP nach Alter 2025

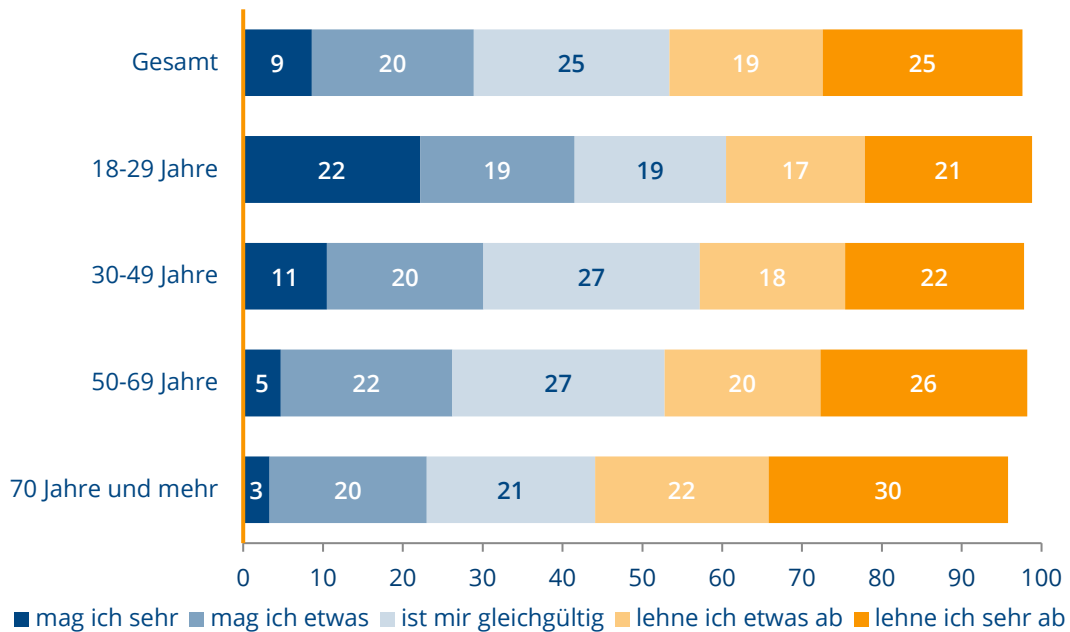


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Passend zur Parteibindung sinkt die Sympathie für die Linke mit zunehmendem Alter (s. Abbildung 44). Mit Abstand die höchste Sympathie für die Linke findet sich bei den 18- bis 29-jährigen. In den anderen Altersgruppen mögen deutlich weniger Menschen die Linke sehr. Der Anteil derjenigen, die die Linke etwas mögen, ist allerdings erstaunlich konstant über die Altersgruppen hinweg.

Abbildung 44: Parteiaffinität Linke nach Alter 2025



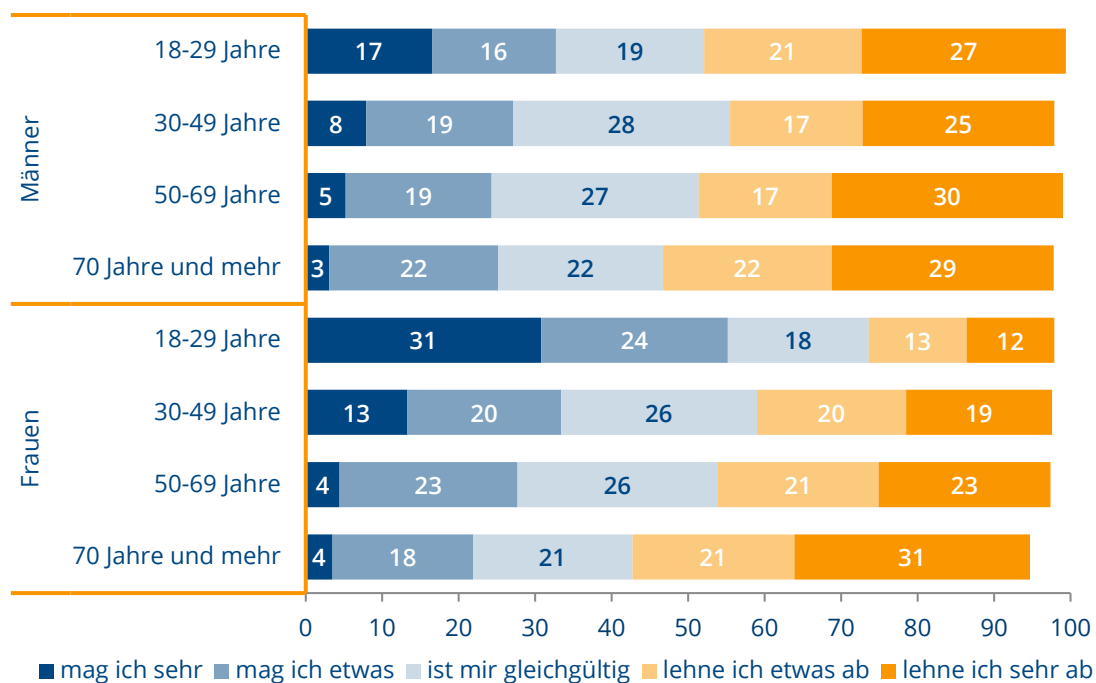
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent; weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Die Differenzierung nach Alter und Geschlecht ergibt ein ähnliches Muster wie bei der Parteibindung (s. Abbildung 45). Besonders viele junge Frauen unter 30 Jahren mögen die Linke. Mit 55 Prozent mag mehr als die Hälfte der Frauen zwischen 18 und 29 Jahren die Linke sehr oder etwas. Mit zunehmendem Alter sinkt der Anteil der Frauen, die die Linke mögen.

Bei den Männern zeigt sich auch ein Alterseffekt, der aber deutlich geringer ausgeprägt ist. Zudem liegt der Sympathiewert der Linken unter jungen Männern deutlich niedriger als unter jungen Frauen. Ein Drittel der 18- bis 29-jährigen Männer mag die Linke sehr oder etwas.

Abbildung 45: Parteiaffinität Linke nach Alter und Geschlecht 2025

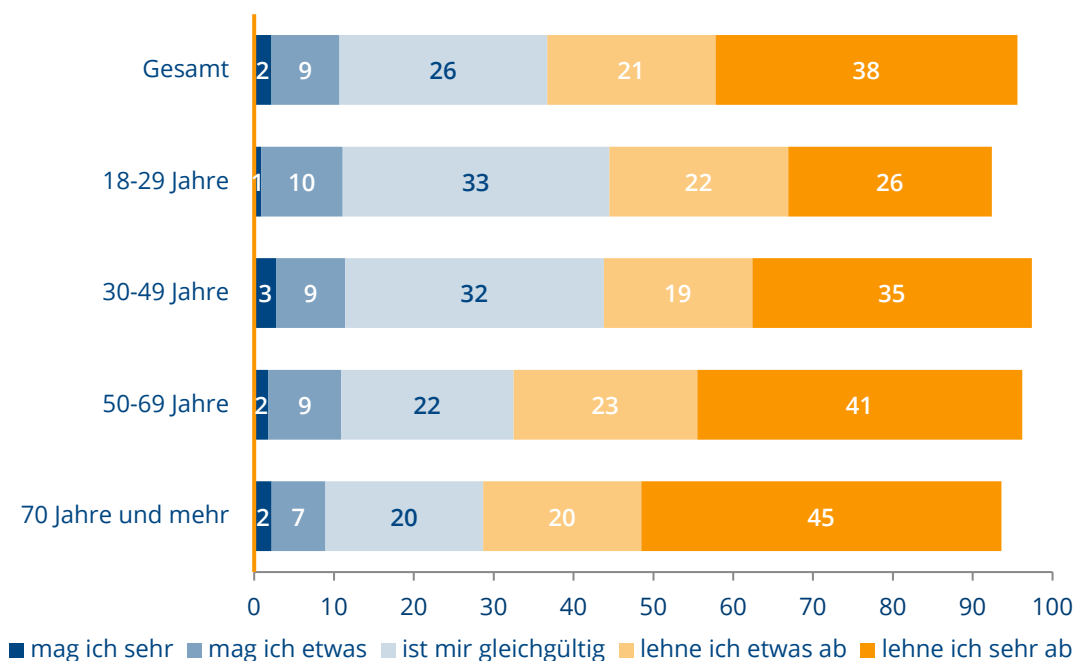


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Beim BSW gibt es keinen Alterseffekt bezüglich der Sympathie für die Partei, sehr wohl aber bezüglich der Ablehnung der Partei (s. Abbildung 46). Die unter 50-Jährigen stehen dem BSW häufiger gleichgültig gegenüber als die über 50-Jährigen, die das BSW dagegen häufiger sehr ablehnen als die jüngeren Altersgruppen.

Abbildung 46: Parteiaffinität BSW nach Alter 2025

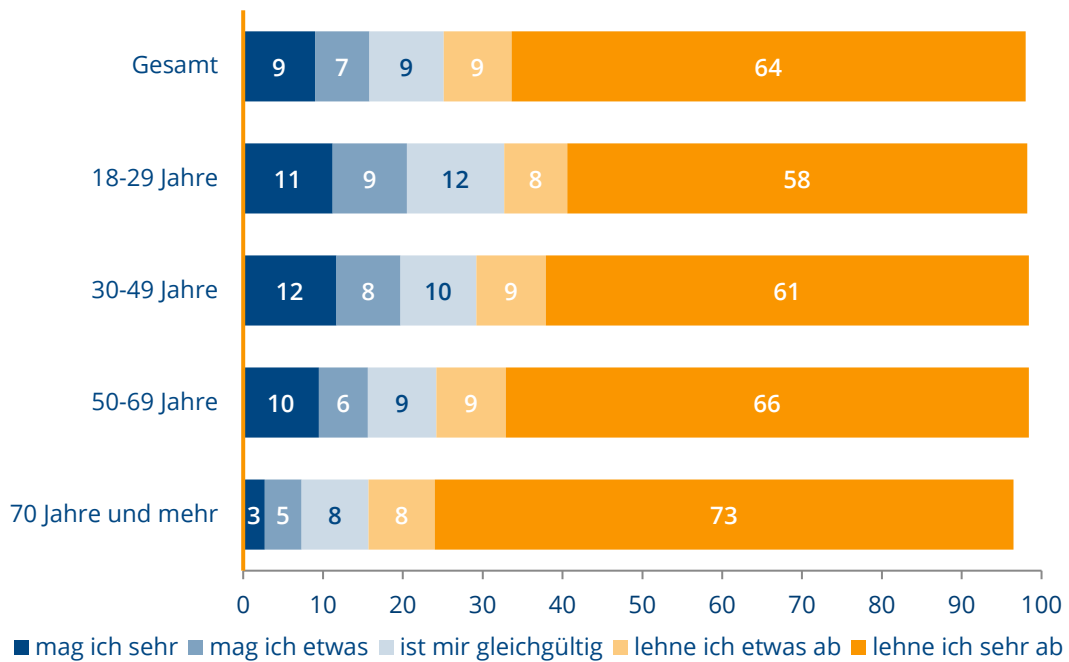


Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Die Sympathie für die AfD ist am höchsten bei den unter 50-Jährigen, am niedrigsten bei den über 70-Jährigen (s. Abbildung 47). Der Anteil an Gleichgültigkeit sinkt ganz leicht mit zunehmendem Alter, dafür steigt die Ablehnung deutlich. Die 18- bis 29-Jährigen lehnen die AfD seltener ab als andere Altersgruppen. Während 58 Prozent der unter 30-Jährigen die AfD sehr ablehnen, gilt das für knapp drei Viertel der über 70-Jährigen.

Abbildung 47: Parteiaffinität AfD nach Alter 2025



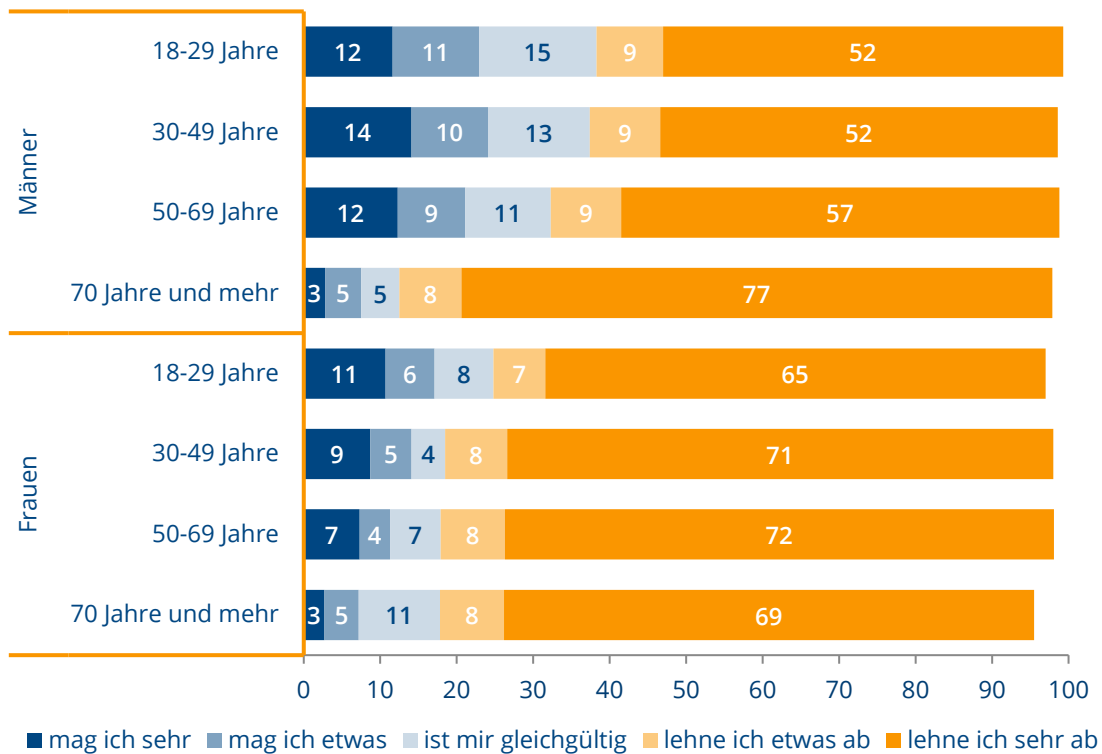
Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Die Differenzierung nach Alter und Geschlecht zeigt ähnliche Unterschiede wie bei der Parteibindung an die AfD (s. Abbildung 48). Männer unter 70 Jahren mögen die AfD häufiger und stehen ihr häufiger gleichgültig gegenüber als Männer über 70 Jahren. Über 70-jährige Männer lehnen die AfD dafür deutlich häufiger ab als jüngere Männer.

Bei den Frauen sinkt die Sympathie für die AfD nahezu kontinuierlich mit zunehmendem Alter. Dafür steigen Gleichgültigkeit und Ablehnung leicht an. Frauen unter 30 Jahren mögen die AfD nur geringfügig seltener als gleichaltrige Männer. In den Altersgruppen 30 bis 49 Jahre und 50 bis 69 Jahre fällt der Unterschied größer aus, da Männer die AfD häufiger mögen als Frauen.

Abbildung 48: Parteiaffinität AfD nach Alter und Geschlecht 2025



Quelle: Umfrage 1057 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: siehe Abbildung 12.

Wie sieht es nun mit Mehrfachaffinitäten bei jüngeren Menschen aus? Sind jüngere Menschen volatil und schwanken leichter zwischen verschiedenen Parteien? Dann wäre anzunehmen, dass sie mehr Parteien parallel mögen als ältere Wahlberechtigte. Das Gegenteil ist jedoch der Fall (ohne Abbildung). Unter 30-Jährige mögen im Durchschnitt weniger Parteien sehr oder etwas als über 30-Jährige und das liegt nicht daran, dass sie häufiger keine Partei mögen würden. Hier liegen sie im Durchschnitt. Betrachtet man nur die Zahl an Parteien, die sehr gemocht werden, mögen die unter 30-Jährigen mit 41 Prozent am häufigsten von allen Altersgruppen nur eine Partei sehr. Der Anteil an Jüngeren, die keine Partei sehr mögen, liegt dagegen niedriger als in allen anderen Altersgruppen. Das Gleiche gilt für den Anteil, die zwei oder mehr Parteien sehr mögen.

Dazu passt, dass der Einfluss der klassischen Parteibindung auf die Wahlabsicht in allen Altersgruppen signifikant ist (ohne Abbildung).¹⁵ Das bedeutet, dass Personen, die sich dauerhaft an eine Partei gebunden fühlen, diese Partei auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit wählen als Personen ohne diese Bindung. Der Effekt der jeweiligen Parteibindung auf die Absicht, CDU/CSU, SPD oder Grüne zu wählen, fällt unter 18- bis 29-Jährigen stärker aus als in den anderen Altersgruppen. Der Effekt der Parteibindung an die Linke auf die Wahl der Linken ist am stärksten unter 18- bis 29- sowie 30- bis 49-Jährigen. Und bei der Wahl der AfD fällt der Einfluss der Parteibindung an die AfD bei 18- bis 29- sowie über 70-Jährigen am stärksten aus. Das könnte angesichts der geringen Wahl der AfD unter den Älteren überraschen. Es bedeutet aber nur, dass in diesen Altersgruppen eine Parteibindung an die AfD mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch

zur Wahl der AfD führt als in anderen Altersgruppen. In anderen Altersgruppen ist der Zusammenhang zwischen Bindung an und Wahl der AfD also geringer ausgeprägt. Der Einfluss der Parteibindung an die FDP auf die dazugehörige Wahlabsicht steigt mit zunehmendem Alter.

Fazit

Eine langfristige, emotionale Bindung an eine Partei hat immer noch einen bedeutenden Einfluss auf die Wahlentscheidung. Zwar besitzt rund ein Drittel der Wahlberechtigten keine klassische Parteibindung mehr, zwei Drittel fühlen sich aber sehr wohl an eine Partei gebunden, was die Wahrscheinlichkeit, für diese Partei bei einer Wahl zu stimmen, deutlich erhöht. Zugleich zeigt die Messung der Parteaaffinität, dass es nur sehr wenige Menschen gibt, denen alle Parteien gleichgültig sind. Ungebundene haben also durchaus Sympathien und Antipathien für bestimmte Parteien. Außerdem haben Menschen mit Parteibindung auch Sympathien für andere Parteien.

Daraus ergibt sich, dass ein großer Teil der Wahlberechtigten potenziell für verschiedene Parteien erreichbar ist. Welche Sympathien und Antipathien Hand-in-Hand gehen, wird durch die Parteaaffinitätstypen sichtbar. Hieraus ergeben sich Wählerpotenziale, aber auch Hinweise auf die Akzeptanz möglicher Koalitionsmodelle.

Einer der Parteaaffinitätstypen kann als zufriedene Konsensbürgerinnen und -bürger beschrieben werden. Dieser Typ hat Sympathien für CDU, SPD und Grüne und lehnt die AfD entschieden ab. Entsprechend wählten die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger bei der Bundestagswahl 2025 auch überwiegend CDU, SPD und Grüne. Die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger sind überdurchschnittlich zufrieden mit ihrem Leben und mit der Demokratie, sie sind durchschnittlich an Politik interessiert und vertreten in Fragen von Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz eher ausgeglichene Haltungen.

Der Typus Mitte-links dagegen weist Sympathien für Grüne, SPD und Linke auf und lehnt die AfD sogar noch entschiedener ab als die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger. Bei der Bundestagswahl 2025 wählte Mitte-links überwiegend Grüne, SPD und Linke. Die linke Mitte ist leicht überdurchschnittlich mit ihrem Leben und mit der Demokratie zufrieden, aber weniger zufrieden als die zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürger. Sie ist stärker an Politik interessiert als alle anderen Typen. Bezüglich Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz vertritt sie politisch linke Positionen.

Auch der konservativ-liberale Typ lehnt die AfD deutlich ab, wenn auch weniger entschieden als die beiden anderen Typen. Die Sympathien der Konservativ-Liberalen liegen dagegen bei CDU, CSU und FDP. Über die Hälfte der Konservativ-Liberalen wählte die Union bei der Bundestagswahl und auch die FDP wurde überdurchschnittlich häufig gewählt. Konservativ-Liberale sind leicht überdurchschnittlich mit ihrem Leben zufrieden. Ihre Demokratiezufriedenheit und ihr politisches Interesse liegen im Durchschnitt. Bei den Themen Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz sind sie politisch leicht rechts der Mitte anzusiedeln.

Zusätzlich gibt es einen Typus, der am besten mit linke Gleichgültige beschrieben werden kann. Die linken Gleichgültigen haben eine eher schwache Sympathie für Linke, SPD und BSW, stehen Grünen und CDU eher gleichgültig gegenüber und lehnen die AfD eher ab. Bei der Bundestagswahl 2025 finden sich bei den linken Gleichgültigen die höchsten Anteile an Personen, die nicht gewählt haben oder keine Angabe machen. Die linken Gleichgültigen haben bei der Bundestagswahl überdurchschnittlich für die Linke und das BSW gestimmt. Aber auch SPD, CDU und Grüne wurden gewählt. Die linken Gleichgültigen sind etwa durchschnittlich mit ihrem Leben

und mit der Demokratie zufrieden, sind aber unterdurchschnittlich und damit weniger als alle anderen Typen an Politik interessiert. Bei den Dimensionen Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz liegen sie so nah am Skalenmittelpunkt, dass sie eher als indifferent und weniger als mittig beschrieben werden können.

Neben diesen vier Typen, die alle die AfD mehr oder weniger stark ablehnen, gibt es nur einen Typ mit Sympathien für die AfD: die AfD-Affinen. Sie mögen die AfD und nur die AfD. Grüne, SPD, Linke und CDU lehnen sie stärker, FDP und CSU etwas schwächer ab. Wenig überraschend wählten 60 Prozent der AfD-Affinen die AfD, andere Parteien spielten keine Rolle. AfD-Affine sind mit Abstand am wenigsten zufrieden mit ihrem Leben und mit der Demokratie, sind aber etwa durchschnittlich politisch interessiert. Inhaltlich positionieren sie sich bei den Themen Sozialstaat, Zuwanderung und Klimaschutz politisch weiter rechts als alle anderen Typen.

Die AfD-Affinen sind der einzige Typ, in dem es Sympathien für eine einzige Partei, die AfD, gibt. Alle anderen Typen zeichnen sich durch Mehrfachaffinitäten aus. Für die Parteien heißt das, dass ihre Wählerpotenziale in mehreren Typen zu finden sind, die sich z. T. erheblich in ihren politischen Einstellungen unterscheiden. Die Wählerpotenziale der CDU liegen überwiegend bei den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern sowie den Konservativ-Liberalen. Die SPD hat gleich in drei Typen Potenziale, bei den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern, Mitte-links und in geringerem Ausmaß den linken Gleichgültigen. Die Potenziale der Grünen sind auch unter den zufriedenen Konsensbürgerinnen und -bürgern sowie Mitte-links zu finden. Die FDP verfügt vor allem unter den Konservativ-Liberalen über Wählerpotenziale, während die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Linken bei den Typen Mitte-links und linke Gleichgültige zu finden sind.

Die meisten Parteien müssen also ihre Wählerpotenziale in unterschiedlichen Typen ansprechen und aktivieren, was bei teils sehr unterschiedlichen politischen Haltungen durchaus eine Herausforderung darstellt. Dies sollte vor allem Parteien gelingen, die sich nicht allein auf eine (kleine) Kernwählerschaft fokussieren, sondern für die breite politische Mitte Angebote unterbreiten.

Bei der Untersuchung von Parteiäffinitäten drängt sich zudem die Frage auf, wie sich die Altersgruppen voneinander unterscheiden. Bei Wahlen gibt es immer wieder deutliche Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählerinnen und Wählern. Dabei sind die Auswirkungen für die Zukunft sehr unterschiedlich, je nachdem, ob sich die Unterschiede nur beim Wahlverhalten oder auch bei der Parteibindung und Parteiäffinität zeigen. Die Parteibindung ist theoretisch eine langfristige Bindung, die sich in der Sozialisation entwickelt und im Laufe des Lebens festigt. Jüngere Menschen sollten demnach also schwächere und weniger Bindungen haben. Die vorliegende Studie zeigt jedoch, dass jüngere schon genauso häufig an Parteien gebunden sind wie Ältere. Lediglich die ab 70-Jährigen sind häufiger an Parteien gebunden als alle anderen. Aber es ist keineswegs so, dass Parteibindungen bei Jüngeren besonders selten wären. Jüngere fühlen sich nur mit anderen Parteien verbunden als Ältere. Jüngere neigen weniger zu CDU und SPD und mehr zu Grünen, Linken und AfD. Der Einfluss der Parteibindung auf das Wahlverhalten ist bei den unter 30-Jährigen besonders stark ausgeprägt (mit Ausnahme der FDP). Zudem weisen Jüngere seltener Mehrfachaffinitäten auf, schwanken also weniger zwischen Parteien als Ältere.

Was heißt das für die Zukunft? Dass Jüngere andere Parteipräferenzen haben als Ältere ist nicht neu. Dass die Parteibindung unter Jüngeren ähnlich stark ausgeprägt ist, dagegen schon. Trotzdem ist davon auszugehen, dass sich Parteipräferenzen im Laufe des Lebens noch einmal verändern. Wenn aber ein Teil der jüngeren Wählerinnen und Wähler ihre Parteibindung und ihre

Parteiaffinität beibehält, wovon ebenfalls auszugehen ist, kann das langfristig deutliche Veränderungen in der Parteienlandschaft zur Folge haben.

Glossar

Parteibindung: Hierunter wird die klassische Parteibindung aus dem sozialpsychologischen Modell der Erklärung von Wahlverhalten (auch als Ann-Arbor-Modell bekannt) verstanden. Gemessen wird die Parteibindung anhand folgender Frage: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“

Parteiaffinität: Als Parteiaffinität wird hier die neue Messmethode der Konrad-Adenauer-Stiftung bezeichnet. Damit wird für mehrere Parteien die Nähe zu oder Ablehnung von diesen Parteien erfasst. Die Parteiaffinität wird mit folgender Frage erhoben: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die CDU/CSU/SPD/Grünen/FDP/Linke/BSW/AfD?“

Literatur

- Ambrasat, Jens, 2017: Affektive Wahrnehmung von politischen Parteien. Ein Vorschlag zur Messung von positiven, negativen und multiplen Parteiidentifikationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 69, S. 307–330.
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf, 2008: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 12. Auflage. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.
- Dalton, Russel J., 2000: The Decline of Party Identifications. In: Dalton, Russel J./Wattenberg, Martin P. (Hrsg.): Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies. Oxford: Oxford University Press, S. 19–36.
- Die Bundeswahlleiterin, Statistisches Bundesamt, 2025: Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025. Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Wiesbaden.
- Elff, Martin/Meidert, Nadine, 2019: Soziale Identifikation vs. running tally: Der Einfluss des politischen Kontextes auf die Ausformung einer Parteiidentifikation. In: Steinbrecher, Markus/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hrsg.): Identität – Identifikation – Ideologie. Analysen zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Gluchowski, Peter, 1983: Wahlerfolg und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 442–477.
- Hirndorf, Dominik, 2025: Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2025. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Wahlgründen und wichtigen Einflussfaktoren in den Wählerschaften. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2025> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).
- Hirndorf, Dominik, 2021: Wahlbeteiligung und Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht in Deutschland. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wahlbeteiligung-und-wahlverhalten-nach-alter-und-geschlecht-in-deutschland> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).
- Hogg, Michael A./Abrams, Dominic, 1988: Social Identifications. London: Routledge.
- Kaase, Max, 1970: Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. In: Politische Vierteljahresschrift 11, S. 46–110.
- Kroh, Martin, 2020: Parteiidentifikation: Konzeptionelle Debatten und empirische Befunde. In: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Baden-Baden: Nomos, S. 458–479.
- Mayer, Sabrina Jasmin, 2017: Die Parteiidentifikation. Eine Konstruktvalidierung neuer Maße auf Basis des Ansatzes sozialer Identität. Wiesbaden: Springer VS.

Mayer, Sabrina Jasmin, 2015: Die Messung der Parteiidentifikation auf Basis des Ansatzes sozialer Identität. In: Faas, Thorsten/Frank, Cornelia/Schoen, Harald (Hrsg.): Politische Psychologie. PVS-Sonderheft 50/2015. Baden-Baden: Nomos, S. 263–286.

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2025: Bundestagswahl in Deutschland am 23. Februar 2025. Endgültiges Ergebnis. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-bundestagswahl-am-23-februar-2025> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Ohr, Dieter/Dülmer, Hermann/Quandt, Markus, 2009: Kognitive Mobilisierung oder nicht-kognitive De-Mobilisierung? Eine längsschnittliche Analyse der deutschen Wählerschaft für die Jahre 1976 bis 2005. In: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: Springer VS, S. 536–558.

Ohr, Dieter/Quandt, Markus, 2012: Parteiidentifikation in Deutschland: Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland. PVS-Sonderheft 45/2011. Baden-Baden: Nomos, S. 179–202.

Ohr, Dieter/Stelzle, Robert, 2021: Parteiidentifikation, Kognitive Mobilisierung und die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2017. In: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017. Wiesbaden: Springer VS, S. 19–39.

Pokorny, Sabine, 2025: Ampel-Aus ohne Folgen für das Meinungsklima. Ergebnisse aus repräsentativen Trendumfragen zu politischen Einstellungen. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/ampel-aus-ohne-folgen-fuer-das-meinungsklima> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Pokorny, Sabine, 2013: Mit 60 Jahren fängt das Wählen an. Das Wahlverhalten der älteren Generation. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/mit-60-jahren-faengt-das-waehlen-an> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Pokorny, Sabine, 2012: Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/jungwaehler-hoffnungslos-verloren> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Roose, Jochen, 2026: Plakat, Online, Haustür – Wer wurde im Bundestagswahlkampf wie erreicht? Repräsentative Umfrage zur Wahlkampfkommunikation 2025. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/plakat-online-haustuer-wer-wurde-im-bundestagswahlkampf-wie-erreicht> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Roose, Jochen, 2023: Generation ist weniger als Alter. Repräsentative Umfragen zu Altersunterschieden bei Wahlverhalten, Werten, Ängsten und politischer Beteiligung. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
<https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/generation-ist-weniger-als-alter> (zuletzt eingesehen am 11.03.2026).

Schoen, Harald/Weins, Cornelia, 2014: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen/Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 241–329.

Tajfel, Henry/Turner, John C., 1986: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hrsg.): Psychology of Intergroup Relations. Chicago: Nelson-Hall, S. 7–24.

Tougas, Francine/Beaton, Ann M., 2002: Personal and Group Relative Deprivation: Connecting the 'I' to the 'We'. In: Walker, Iain/Smith, Heather J. (Hrsg.): Relative Deprivation. Specification, Development, and Integration. Cambridge: Cambridge University Press, S. 119–135.

Vehrkamp, Robert/Bischoff, Lars, 2020: Negative Parteiidentifikationen und demokratische Legitimität: (K)ein Grund zur Sorge? In: Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 181–204.

¹ Für eine Analyse der Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2025 s. Hirndorf (2025), für eine Analyse zur Wahlkampfkommunikation bei der Bundestagswahl 2025 s. Roose (2026).

² Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse insbesondere von der Präferenz bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegenden Umfragen mit mehr Befragten durchgeführt werden als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.

³ 2024: CSU: 50, FDP: 68, Linke: 58, BSW: 51; 2025: BSW: 54.

⁴ Die Jahreskumulationen der Politbarometer-Daten wurden über das Datenarchiv der Gesis bezogen: <https://www.gesis.org/home> (zuletzt eingesehen am 10.03.2026).

⁵ Für die Auswertung der Politbarometer-Daten wurden die Antwortkategorien „weiß nicht/keine Angabe“ ausgeschlossen. 1984 verweigerten 9 Prozent der Befragten die Antwort, 1994 waren es 4 (Westdeutschland) bzw. 0,4 Prozent (Ostdeutschland), 2024 machten 3 Prozent der Befragten keine Angabe bei der Parteibindung.

⁶ Zum Zeitpunkt der Publikationserstellung lagen die Jahreskumulationen des Politbarometers bis 2024 vor. Die Jahreskumulation 2025 wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2026 verfügbar sein. Aktuelle Entwick-

lungen wie z. B. der Anstieg der Linken (zumindest in der Sonntagsfrage) sind daher hier noch nicht abgebildet.

⁷ Eigene Berechnungen. Der Datensatz (ZA10100) wurde über das Datenarchiv der Gesis bezogen: <https://www.gesis.org/home> (zuletzt eingesehen am 10.03.2026).

⁸ Für jede Partei bzw. keine Parteibindung wurden separate Regressionen durchgeführt. Die abhängigen Variablen waren jeweils als Dummy-Variablen kodiert: 1 für Parteibindung an die jeweilige Partei versus 0 Parteibindung an eine andere oder keine Partei bzw. 1 für keine Parteibindung versus 0 Parteibindung an eine Partei.

⁹ Berlin wird für die Analyse zu Ostdeutschland gezählt, wodurch sich die hohe Sympathie für die Grünen in Ostdeutschland erklärt.

¹⁰ Demokratiezufriedenheit: Pearson's $r = 0,207$, signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; politisches Interesse: $r = 0,143$, signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau.

¹¹ Zum Beispiel mögen nur 36 Personen die CDU und die SPD sehr.

¹² 122 Personen mögen die SPD und die Grünen sehr.

¹³ Rundungsbedingt kann es in der Summe zu mehr als 100 Prozent kommen.

¹⁴ Die Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik weichen von den hier verwendeten Einteilungen ab.

¹⁵ Die Befunde beziehen sich auf binär logistische Regressionsanalysen für jede Partei. Abhängige Variable ist jeweils die Wahl der entsprechenden Partei versus die Wahl einer anderen Partei. Nichtwählerinnen und Nichtwähler wurden von der Analyse ausgeschlossen. Als unabhängige Variablen ging die klassische Parteibindung an die jeweilige Partei (versus eine Bindung an eine andere Partei oder keine Partei) ein. Die Analysen wurden separat für alle Altersgruppen durchgeführt. In einem zweiten Schritt wurde dann auch die Parteinähe bzw. -ablehnung für jede abgefragte Partei integriert. Die detaillierten Ergebnisse können bei Interesse bei der Autorin angefragt werden.

Impressum

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an den Universitäten Köln und Florenz. Anschließend war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Methoden der Empirischen Sozialforschung der Freien Universität Berlin. Im September 2011 wechselte sie als Koordinatorin für Empirische Sozialforschung zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit Januar 2020 arbeitet sie als Referentin für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026
Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR
Lektorat: Manuela Klein M. A., Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).